



salonfähig, trittsicher

Rechtspopulismus
und Rechtsextremismus
in Europa

Karima Benbrahim,
Ole Jantschek,
Barbara Manthe
(Hg.)

**Reader für
Multiplikator_innen
in der Jugend- und
Bildungsarbeit**

Impressum

Düsseldorf
2014

Herausgeber_innen: Karima Benbrahim, Ole Jantschek, Barbara Manthe
im Auftrag des
Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismuarbeit e.V. (IDA)
Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel. 0211/15 92 55-5
Fax 0211/15 92 55-69
info@idaev.de
www.idaev.de

Redaktion: Ansgar Drücker, Ole Jantschek, Barbara Manthe

Gedruckt mit freundlicher Unterstützung des Bundesministeriums für
Familie, Senioren, Frauen und Jugend



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

ISSN 1616-6027

Die Broschüre ist im Anschluss an die Tagung
„salonfähig, trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa“
vom 20. bis zum 22. September 2013 entstanden, die von IDA e.V. und der
Evangelischen Akademie Frankfurt veranstaltet wurde. Die Tagung wurde von
der Bundeszentrale für politische Bildung (BpB) und aus Mitteln der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau für das Themenjahr „Reformation
und Toleranz“ im Rahmen der Lutherdekade gefördert.

Gestaltung: Rainer Stenzel

Bilder: Roland Geisheimer, attenzione photographers (12, 39),
Mark Mühlhaus, attenzione photographers (20, 26, 28, 45),
Evangelische Akademie Frankfurt (07, 51, 58)

Wir danken den Fotografen von attenzione, Mark Mühlhaus, und Roland Geisheimer,
für die Bereitstellung der Bilder.

Druck: Düssel-Druck & Verlag GmbH, Düsseldorf

Grußwort der Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig



Der Kampf gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus ist mir ein wichtiges Anliegen.

Die Aufdeckung der schrecklichen NSU-Mordserie im November 2011 hat in Deutschland zu großem Entsetzen geführt. Zehn Menschen sind aus rassistischen und menschenverachtenden Motiven heraus umgebracht worden. Sie wurden grausam mitten aus dem Leben gerissen und hinterlassen Familien und Angehörige, denen unser ganzes Mitgefühl gehört. Doch während die demokratische Öffentlichkeit bestürzt reagierte, werden die Täter in den Kreisen von Rechtsextremisten im In- und Ausland wie Helden gefeiert – ein unerträglicher Zustand, auf den wir einerseits politisch und mit den Mitteln des Strafrechts, andererseits aber besonders mit intensiver Aufklärung reagieren müssen.

Rechtsextremismus kommt heute vielfach nicht mehr polternd in Springerstiefeln daher. Rechtsextremisten in ganz Europa versuchen, dem Rechtsextremismus ein vermeintlich demokratisches Mäntelchen umzuhängen, und gehen Bündnisse mit Rechtspopulisten ein, um ihre wahren Ziele zu verschleiern. Gemeinsam haben Rechtsextremisten und Rechtspopulisten ihre Strategie zur Ansprache insbesondere von jungen Menschen weiterentwickelt. Neue technische Möglichkeiten und mediale Trends werden unmittelbar zur Verbreitung von Propaganda genutzt. Nicht selten gelingt es ihnen, ihre Angebote als unverdächtig zu tarnen und aktuelle Themen für ihre Kampagnen zu instrumentalisieren. Kern dieser Strategie sind einfache Antworten auf komplexe gesellschaftliche Herausforderungen. So nutzen sie beispielsweise die Finanz- und Wirtschaftskrise, um die Ängste von Bürgerinnen und Bürgern für „ihre Sache“ zu instrumentalisieren. Diese Entwicklung ist in unterschiedlicher Ausprägung europaweit zu beobachten und in höchstem Maße besorgniserregend.

Deshalb begrüße ich es sehr, dass die vorliegende Broschüre die europäische Dimension rechtsextremistischer und rechtspopulistischer Entwicklungen mit in den Blick nimmt. Sie befasst sich mit Erscheinungsformen der extremen Rechten und weckt ein Bewusstsein für die Ursachen von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Wissen und demokratische Orientierung zu vermitteln, den Austausch über problematische Entwicklungen zu fördern und daraus Ansätze für ein gemeinsames Handeln abzuleiten, sind wesentliche Bestandteile der Rechtsextremismusprävention. Dazu leistet diese Broschüre einen wertvollen Beitrag.

A handwritten signature in black ink that reads "Manuela Schwesig". The script is fluid and cursive.

Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Inhaltsverzeichnis

- 01 Grußwort
Manuela Schwesig
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- 04 Einleitung
salonfähig, trittsicher
Rechtspopulismus
und Rechtsextremismus
in Europa
Karima Benbrahim
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung, Düsseldorf
Ole Jantschek
Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Berlin
Barbara Manthe
Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung, Düsseldorf

DYNAMIKEN UND ENTWICKLUNGEN DER EXTREMEN RECHTEN IN DEUTSCHLAND UND EUROPA

- 09 Europäische Dimensionen
der extremen Rechten
Fabian Virchow
Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus, Fachhochschule Düsseldorf
- 15 Zwischen Neonazismus
und Rechtspopulismus
Aktuelle rechte
Erscheinungsformen
Alexander Häusler
Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus, Fachhochschule Düsseldorf
- 24 Modernisierter Rechtsextremismus
in sozialen Medien
Inszenierungsstrategien am Beispiel
der „Identitären Bewegung“ und der
„German Defense League“
Johannes Baldauf
no-nazi.net, Amadeu Antonio Stiftung Berlin

REFLEXIONEN UND PERSPEKTIVEN FÜR DIE PRAXIS

- 30 **Rassismuskritische
Auseinandersetzung mit
populären Gegenbildern**
Bildungsarbeit zu
antimuslimischem und
antiziganistischem
Rassismus
Astrid Messerschmidt
Pädagogische Hochschule Karlsruhe
- 37 **Muslimische
Lebenswelten und
antimuslimischer
Rassismus**
Hasret Karacuban
AK Grüne MuslimInnen NRW
- 44 **Was tun gegen Antiziganismus?**
Strategien und Methoden für die
Bildungsarbeit
Elisa Schmidt
Jugendbildungsstätte Kaubstraße, Berlin
- 50 **Berücksichtigung
pluraler Perspektiven**
Erweiterung der
Handlungsnotwendigkeiten
in der Beratungspraxis
Tami Rickert/Christa Kaletsch
Bildungsstätte Anne Frank, Frankfurt
- 55 **Eine kosmopolitische Perspektive**
Rechtspopulismus als Herausforderung
für die europabezogene politische
Bildung
Ole Jantschek
Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, Berlin

SERVICETEIL

- 62 Die Vielfalt-Mediathek des IDA e.V.
- 65 Kontakt und Adressen

Karima Benbrahim/Ole Jantschek/Barbara Manthe

salonfähig, trittsicher Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa

Europa im Frühjahr 2014: Selten stand die Wahl des Europäischen Parlaments (EP) so sehr im Fokus des öffentlichen Interesses wie in diesem Jahr. Dafür gibt es vor allem zwei Gründe: Zum einen wird über wichtige politische Fragen zunehmend auf europäischer Ebene entschieden – eine Entwicklung, die sich durch die Euro-Krise seit 2009 stark beschleunigt hat. Zum anderen hat das Europäische Parlament (EP) über die letzten Jahre immer mehr Einflussmöglichkeiten hinzu gewonnen.

Bei den Europawahlen geht es daher deutlicher als bisher um unterschiedliche politische Angebote und die Frage, wie es mit dem politischen Projekt Europa weitergehen soll. Damit steht die europäische Einigung aber auch auf dem Prüfstand. Bisher konnten sich die „professionellen“ Europäer_innen in den Hauptstädten und EU-Institutionen auf ein wohlwollendes Desinteresse verlassen, das sich nicht zuletzt in einer niedrigen Wahlbeteiligung widerspiegelte. Wenn jetzt im Sinne der europäischen Demokratie mehr politischer Streit möglich ist und erstmals prominente Spitzenkandidat_innen einen europäischen Wahlkampf inszenieren, entwickelt sich das EP auch für extrem rechte und rechtspopulistische Kräfte zu einem immer attraktiveren Betätigungsort.

„Gegen Europa“ kann derzeit politischer Profit gemacht werden, denn ein solcher Standpunkt stellt eine Projektionsfläche für weit verbreitete Ängste dar – vor wirtschaftlichen Krisen, vor einer unsicheren Zukunft, vor sozialer oder politischer Instabilität.

„Gegen Europa“ bietet auch der extremen Rechten ein schier endloses Agitationsfeld. Befeuert durch die so genannte „Eurokrise“ gewinnt sie in vielen Ländern an Zuspriech.

Wie die Europawahlen ausgehen, ist zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Broschüre kurz vor der Wahl nicht abzusehen. Fest steht aber: Für die Europawahl werden in fast allen europäischen Ländern extrem rechte und rechtspopulistische Parteien mit teils sehr guten Erfolgsaussichten kandidieren. Das Spektrum reicht von der neofaschistischen „Jobbik“ in Ungarn über die extrem rechte NPD in Deutschland bis hin zu fest etablierten rechtspopulistischen Parteien wie den Freiheitlichen (FPÖ) in Österreich oder dem „Front National“ in Frankreich. Für diese Parteien ist die Abstimmung von nicht unerheblicher Bedeutung, können sie doch über die Ergebnisse Stärke im eigenen Land demonstrieren und erhalten Zugang zu neuen Ressourcen. Ferner dienen die Wahlen der extrem rechten Koalitions- und Bündnisbildung über nationale Grenzen hinweg. So verkündeten der „Front National“ und die „Partij voor de Vrijheid“ aus den Niederlanden Ende 2013, eine „antieuropäische Allianz“ schmieden zu wollen. Es geht den Parteien also nicht zuletzt darum, Europa als demokratisches Modell in Frage zu stellen und ihre Vorstellungen als Gegenmodell zu setzen. Dabei werden unterschiedliche Bürger_innen Europas, wie etwa Roma und

Sinti, Muslim_innen, Migrant_innen oder Juden und Jüdinnen, ganz offensiv angegriffen und ausgegrenzt. Die Themen, mit denen Rechtsextreme auf Stimmfang gehen, unterscheiden sich zwar von Land zu Land, doch die Stoßrichtung ist häufig eine ähnliche: Das „Diktat“ von Brüssel sei schuld an der Misere der Bevölkerung, „Multikulti“ würde gesellschaftliche Werte und Normen untergraben,

Einwanderung bedrohe die Zukunft des eigenen „Volkes“ (Langebach/Speit 2013). Wenn Rechte gegen die Vielfalt Europas und die europäische(n) Migrationsgesellschaft(en) hetzen, so heißt das allerdings nicht, dass sie nicht auch Vorstellungen eines „einigen“ Europas haben, das jedoch als völkisches Konstrukt gedacht ist und keineswegs allen Bürger_innen Europas gleiche Rechte zugestehen will.

Warum diese Broschüre?

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus machen nicht vor nationalen Grenzen halt. In der außerschulischen Bildungsarbeit mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen wird diese europäische Perspektive bisher jedoch nur selten berücksichtigt. Damit dies in Zukunft besser gelingt, brauchen Fachkräfte und Multiplikator_innen Wissen und konkrete Handlungsperspektiven, um jungen Menschen Gegenkonzepte zu extrem rechten Ideologien aufzeigen zu können. Dazu möchten wir mit dieser Publikation einen Beitrag leisten.

Der Reader ist aus einer Kooperationstagung des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusarbeit (IDA) e.V. und der Evangelischen Akademie Frankfurt hervorgegangen, die unter dem Titel „salonfähig und trittsicher. Rechtspopulismus und Rechtsextremismus in Europa“ vom 20. bis zum 22. September 2013 in Schmitten im Taunus stattfand. Für die Unterstützung der Tagung durch die Bundeszentrale für Politische Bildung (BpB) und die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) aus Mitteln des Themenjahres „Reformation und Toleranz“ im Rahmen der Lutherdekade möchten wir uns an dieser Stelle noch einmal herzlich bedanken.

Der Untertitel der Tagung „Herausforderungen für Politische Bildung, Kirche und Zivilgesellschaft“ verwies auf unser Anliegen, eine Vielzahl von Menschen aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen zusammenzuführen, die sich gegen Rassismus und Rechtsextremismus engagieren. Eine erfolgreiche Vernetzung auf europäischer Ebene muss von starken Akteur_innen und ihrer Praxis vor Ort ausgehen. Wir wollten aber auch Perspektiven aufzeigen,

die über die bisherige Arbeit hinausgehen: Erstens gilt es, die europäische Dimension der modernisierten Rechten inhaltlich und strategisch zu erfassen und die eigene Position zum europäischen Einigungsprozess zu reflektieren. Zweitens braucht es Wissen über die Verbindungen zwischen den unterschiedlichen Spielarten und Ausprägungen rechter Bewegungen in Europa vom Rechtsextremismus bis hin zum Rechtspopulismus. Drittens sollen europäische Netzwerke gegen Rechtsextremismus und für Demokratie weiter gestärkt und Gegenstrategien entwickelt werden.

IDA e.V. ist das Dienstleistungszentrum der Jugendverbände für die Themenfelder (Anti-)Rassismus, Rechtsextremismus, Migration, Interkulturalität und Diversität. Für die Evangelische Akademie Frankfurt hat die Arbeit mit Jugendlichen im Rahmen des Netzwerks der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) einen hohen Stellenwert. Unser Anliegen ist es daher, vor allem bei jungen Menschen ein breiteres Verständnis für die Ursachen von Rechtsextremismus und Rassismus zu wecken und mit demokratiebildenden Prozessen präventiv gegen rechtsextreme und nationalistische Einstellungen vorzugehen. Wissen, ethische Orientierung, der Austausch mit anderen und das gemeinsame Handeln sind wesentlicher Bestandteil einer solchen Präventionsarbeit. Um diese politische Bildung an unterschiedlichen Lernorten konzeptionell zu unterstützen, richtet sich die Publikation explizit an Multiplikator_innen, die in unterschiedlichen Kontexten mit Jugendlichen und jungen Erwachsenen arbeiten.

Rechtsextremismus und Rechtspopulismus als gesamteuropäische Phänomene

Ziel der Publikation ist es, den Blick dafür zu schärfen, dass Rechtsextremismus und Rechtspopulismus gesamteuropäische Phänomene sind. Verschiedene Aspekte und Tendenzen werden in der vorliegenden Publikation exemplarisch behandelt. Wenn wir auf die letzten zehn Jahre zurückblicken, so stellen wir fest, dass, so unterschiedlich

extrem rechte Gruppen, Parteien und Strömungen in den einzelnen Ländern aussehen und agieren, dennoch transeuropäische Netzwerke, Kooperationen und Strategien entstanden sind. Einzelne Entwicklungen, die wir als besonders relevant erachten, wollen wir im Folgenden skizzieren.

Trend 1 Unterschiedliche Themen – gleiche Stoßrichtung

Kampagnen und Diskurse, die sich gegen tatsächliche oder vermeintliche Einwander_innen richten, sind seit langer Zeit der Garant für Wahlerfolge extrem rechter Parteien, denn rassistische Einstellungen sind in Europa weit verbreitet. So ergab sich aus einer repräsentativen Befragung in acht europäischen Ländern durch Forscher_innen der Universität Bielefeld, dass rund die Hälfte aller europäischen Befragten der Ansicht waren, es gebe zu viele Zuwander_innen in ihrem Land (Zick/Küpper/Hövermann 2011, 14).

Auf solche Einstellungsmuster können extrem rechte und rechtspopulistische Parteien aufbauen, wobei sich ihre Agitation gegen unterschiedliche Bevölkerungsgruppen richtet:

In der extremen Rechten Westeuropas ist antimuslimischer Rassismus vorherrschende Thematik und Strategie. Muslim_a werden in vielen Ländern ausgegrenzt und rassistisch diskriminiert, wenn „Europa“ als positives Gegenstück zur islamischen Welt gesetzt wird. Als Bedrohung einer völkischen Homogenität gilt der Islam; in einer anderen Spielart entwirft die vermeintliche Tradition eines „christlich-jüdischen Abendlandes“ als negativen Gegenpart ein feindliches islamisches „Morgenland“. Dass die jüdische Bevölkerung Europas in den christlichen Mehrheitsgesellschaften über Jahrhunderte hinweg diskriminiert, ausgegrenzt und vertrieben wurde, im 19. und 20. Jahrhundert der moderne rassistische Antisemitismus salonfähig und breitenwirksam und Europa zum Schauplatz antisemitischer Pogrome und des nationalsozialistischen Völkermords wurde, wird dabei – bewusst oder unbewusst – ausgeblendet.

Weil der antimuslimische Rassismus seit Jahren das zentrale mobilisierende Thema der extremen Rechten in Westeuropa ist, gehen verschiedene Beiträge dieser Publikation explizit darauf ein.

In osteuropäischen Ländern finden sich als Themen der extremen Rechten antisemitische und homophobe Positionen, die offen artikuliert werden können und wenig gesellschaftliche Proteste hervorrufen. Als Spezifikum der ehemals der Sowjetunion angehörenden Länder lassen sich vor allem in den baltischen Staaten nationalistische Vorstellungen von ethnischer Homogenität beobachten, die sich besonders gegen die russischsprachige Bevölkerung richten (Melzer/Serafin 2013, 6).

Europaweit richtet sich die Agitation der Rechten gegen Sinti und Roma – oder Menschen, die mit antiziganistischen Vorurteilen konfrontiert und die besonders von

gesellschaftlicher Ausgrenzung betroffen sind. Binnen-europäische Migrationsbewegungen von Roma aus Osteuropa dienen der extremen Rechten ferner als Anlass, gesellschaftliche Ressentiments rassistisch zu verschärfen: Althergebrachte rassistische Bedrohungsszenarien erhalten neues Gewicht, wenn bei einer „Zuwanderungsdebatte“ osteuropäische Roma als „Wohlstandsgefährder“ angegriffen werden. Auch gewalttätige Übergriffe, rassistische Morde und Pogrome gegen Roma häufen sich, vor allem in Osteuropa. Bisher gibt es nur wenige Vorstöße der Bildungsarbeit, (pädagogische) Stragien gegen Antiziganismus zu entwickeln, weswegen dieser Frage ein Artikel in der Broschüre nachgeht.

Die Krise verschärft zwar die Ressentiments gegen Migrant_innen, doch sie hat den Hass auf „Fremde“ keineswegs hervorgerufen. Debatten über „Armutflüchtlinge“ oder über die „Bedrohung“ westlicher Kulturen durch Muslim_a existieren schon weitaus länger. Der Kampf gegen „Anderere“ eint die europäische extreme Rechte; dass ihre Themen auch in der Mitte der Gesellschaft Zustimmung finden, ist wesentliche Grundbedingung für ihre Erfolge.

Trend 2 Wahlerfolge

In Europa sind immer wieder extrem rechte und rechtspopulistische Parteien in Regierungskoalitionen eingebunden. Vor allem in Westeuropa haben rechtspopulistische Parteien teils beachtliche Wahlerfolge erringen können; bei dem rechtspopulistischen Politikstil, der sich ideologisch flexibel als Ausdruck von „Bürgerwillen“ inszeniert, scheint es sich, bei allen temporären Misserfolgen, um ein „Erfolgsrezept“ zu handeln. Ein Beispiel ist die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ), die seit Jahren mit explizit muslimfeindlichen Positionen auftritt. Nach einer Durststrecke und internen Konflikten kam sie bei der Nationalratswahl 2013 auf über 20 Prozent der Stimmen. Ob das deutsche Parteiensystem auch weiterhin in einer „rechtspopulistischen Lücke“ verweilt, wie es der Sozialwissenschaftler Alexander Häusler in dieser Broschüre formuliert, ist derzeit offen. Ebenso unklar ist, ob die 2013 gegründete „Alternative für Deutschland“ (AfD) diese Lücke auffüllen kann und will. Zu berücksichtigen ist ferner, dass durch den Wegfall der Sperrklausel in Deutschland bei der Wahl 2014 kleine Parteien eine größere Chance haben, in das EP einzuziehen.

In Europa können auch extrem rechte Parteien, die weitaus offener ihre rassistischen und antisemitischen Positionen vertreten, Erfolge verbuchen: So kann sich die extrem rechte und antisemitische ungarische Partei „Jobbik“, die 2010 als drittstärkste Partei in das ungarische

Parlament einzog, immer wieder einer ideologischen Übereinstimmung mit der regierenden Partei „Fidesz“ versichern (Marsovszky 2012).

Trend 3 Transeuropäische Netzwerke und Wissenstransfer

Rechte Fraktionsbildungen im Europäischen Parlament zeigen bislang wenig Auswirkungen. Mit der rassistischen „Identitären Bewegung“, die wir in dieser Publikation ebenso wie die „German Defence League“ (GDL) unter die Lupe nehmen, ist aber beispielsweise derzeit ein jugendkulturelles Phänomen zu beobachten, das sich, ausgehend von Frankreich, über nationale Grenzen hinweg in Deutschland und Österreich ausbreitet. Auch rechtspopulistische Parteien wie die „Pro“-Partei und FPÖ vernetzen und unterstützen sich bei ihren Aktivitäten; militante Neonazis bauen europäische Organisationen auf, so etwa die „English Defence League“, nach deren Vorbild u. a. in Deutschland die GDL agiert. Rechtspopulistische Kampagnen gegen Moscheebauten, u. a. in Deutschland, der Schweiz und Dänemark, oder die Agitation gegen von Roma bewohnte Häuser oder Viertel, etwa in Deutschland, Frankreich und Tschechien, zeigen, dass politische Konzepte kopiert, transferiert und weiterentwickelt werden. Die Neue Rechte setzt vor allem auf grenzüberschreitenden Strategieaustausch; sie liefert der extremen Rechten das ideologische Rüstzeug.

Trend 4 Europäische Dimensionen

Die europäische Dimension politischen Handelns wird immer zentraler, wegen der Euro-Krise, aber auch aufgrund der EU-Erweiterung und weil Europa immer stärker im Fokus politischer Aussagen steht. Gesamteuropäische Entwicklungen wirken sich ebenso wie nationale Ereignisse in anderen Ländern auf den (deutschen) Rechtsextremismus aus: Als Folge der Ermordung Theo van Goghs 2004 und des Karikaturenstreits 2006 breitete sich eine Welle an antimuslimischen Rassismus aus – ab diesem Zeitpunkt griff die extreme Rechte auch in Deutschland antimuslimische Konzepte verstärkt auf. Wahlerfolge extrem rechter Parteien befruchteten die Anstrengungen anderer Gruppierungen jenseits nationaler Grenzen: Der Aufstieg rechtspopulistischer Parteien in Westeuropa etwa fand fast zeitgleich statt. Der Anstieg antiziganistischer Aktionen der extremen Rechten in Deutschland, Frankreich oder Italien hängt mit der Diskriminierung von Roma in Osteuropa und ihrer binneneuropäischen Migration zusammen. Auch auf die Eurokrise reagiert die extreme Rechte grenzüberschreitend – von Kampagnen zur Wiedereinführung der Landeswährungen bis hin zur Schürung anti-europäischer Vorurteile und der Gegnerschaft zur EU.

Solche transnationalen Entwicklungen sind Ausdruck einer umfassenden Modernisierung und Erneuerung der extremen Rechten in Europa, auf die die Jugend- und Bildungsarbeit Antworten finden muss. Aus diesem Grund greift die Broschüre als eine Möglichkeit, den Ausgrenzungsstrategien der Rechten zu begegnen, die Idee eines kosmopolitischen Europas als Alternative zum Nationalismus auf.

An der Tagung „salonfähig, trittsicher“ nahmen Multiplikator_innen aus zivilgesellschaftlichen Initiativen, der außerschulischen Jugendbildung und ökumenischen Netzwerken teil.



Inhalt der Broschüre

Der erste Teil dieser Broschüre vertieft die hier kurz dargestellten Dynamiken und Entwicklungen der extremen Rechten in Europa. Der zweite Teil geht auf Perspektiven für die (pädagogische) Praxis im Umgang mit Rechtsextremismus und Rechtspopulismus ein.

Fabian Virchow skizziert in seinem Beitrag, welche Geschichte und Tradition europäische Vernetzung und Zusammenschlüsse extrem rechter Parteien haben. Er weist darauf hin, dass die extreme Rechte nicht per se „europafeindlich“ sei, sondern zum Teil eigene, spezifische Vorstellungen eines völkischen Europa vertreten. Auf aktuelle Erscheinungsformen der extremen Rechten in Europa geht Alexander Häusler ein, wobei er besonders das Phänomen des Rechtspopulismus beleuchtet. Johannes Baldauf schließlich wirft einen Blick auf die Aktivitäten von Rechtsextremen in den sozialen Medien: Solche modernisierten Inszenierungsstrategien finden sich unter anderem bei Gruppierungen wie der „Identitären Bewegung“ und der „German Defense League“.

Den Teil „Perspektiven für die Praxis“ leitet Astrid Messerschmidt mit Überlegungen zur rassismuskritischen Auseinandersetzung mit populären Gegenbildern ein: Wie können wir in einer pädagogischen Praxis in eine kritische und reflektierte Auseinandersetzung mit Rassismus

gehen? Dabei beleuchtet sie insbesondere die Bildungsarbeit zu antimuslimischem und antiziganistischem Rassismus. Daran schließen die beiden folgenden Beiträge an und berichten von Erfahrungen aus der konkreten Praxis: Hasret Karacuban untersucht, mit welchen Strategien Menschen zu Muslim_a gemacht werden – und welche Initiativen Betroffene ergreifen. Elisa Schmidt zieht Bilanz aus der Bildungsarbeit gegen Antiziganismus und berichtet von einem Projekt der Jugendbildungsstätte Kaubstraße in Berlin, in dessen Rahmen ein Methodenhandbuch gegen Antiziganismus entwickelt wurde. Welche Perspektiven von Opfern und Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt in der Beratungsarbeit eingenommen werden müssen, zeigen Tami Rickert und Christa Kaletsch auf. Ole Jantschek schließlich skizziert eine europabezogene politische Bildung aus kosmopolitischer Perspektive, die für Diversität sensibilisiert und zum Nachdenken über die Zukunft des politischen Projekts Europa anregt.

In einem Serviceteil bieten wir Hinweise auf zahlreiche Materialien zum Thema Rechtsextremismus und Rechtspopulismus aus der Vielfalt-Mediathek des IDA e.V. und weisen in einem Adressteil auf Organisationen hin, die europaweit gegen Rassismus und Rechtsextremismus arbeiten.

Karima Benbrahim ist Diplom-Pädagogin mit einer Zusatzausbildung als Konfliktmediatorin und Diversity-Trainerin. Sie ist als Bildungsreferentin beim Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e.V. (IDA) in Düsseldorf tätig. Ihre Schwerpunkte sind Rassismus, Rechtsextremismus und Antidiskriminierungsarbeit. Sie lehrte an der Universität Bielefeld und der Hochschule Koblenz zu ihren Schwerpunktthemen.

Ole Jantschek studierte Internationale Beziehungen und Osteuropastudien in Dresden, Lausanne, Krakau und Berlin. Er arbeitet bei der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) in Berlin. Zuvor war er von 2010 bis 2013 Studienleiter für Politik und gesellschaftspolitische Jugendbildung an der Evangelischen Akademie Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: Europäische Bürgerschaft, Historisch-politische Bildung. Er ist Vorsitzender der Kreisau-Initiative e.V.

Barbara Manthe, Dr. phil., ist Historikerin und Referentin beim Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung (IDA e.V.). Darüber hinaus ist sie Lehrbeauftragte an der Fachhochschule Düsseldorf im Fachbereich Sozial- und Kulturwissenschaften. Ihre Schwerpunkte sind Nationalsozialismus, die extreme Rechte sowie Strategien gegen Rechtsextremismus.

Literatur

Langebach, Martin/Speit, Andreas (2013): Europas radikale Rechte. Bewegungen und Parteien auf Straßen und in Parlamenten, Zürich: Orell Füßli.

Marsovszky, Magdalena (2012): Ungarn – von völkischer Ideologie durchdrungen, in: Forschungsgruppe Europäische Integration (Hg.): Rechtspopulismus in der Europäischen Union, Hamburg: VSA Verlag, 130–149.

Melzer, Ralf/Serafin, Sebastian (2013): Vorwort, in: Melzer, Ralf/Serafin, Sebastian (Hg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Friedrich-Ebert-Stiftung, online verfügbar: <http://library.fes.de/pdf-files/dialog/10030.pdf>, Zugriff: 20. 3. 2014, 5–8.

Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (Hg.) (2011): Die Abwertung der Anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung, Friedrich-Ebert-Stiftung, online verfügbar: <http://library.fes.de/pdf-files/do/07905-20110311.pdf>, Zugriff: 20. 3. 2014.

Fabian Virchow

Europäische Dimensionen der extremen Rechten

Die Krise des Euro und der Europäischen Union (EU) hat die Frage der zukünftigen Bedeutung und Gestalt supranationaler Strukturen in Europa wieder deutlicher ins Zentrum politischer Debatten gerückt. In mehreren europäischen Ländern erhalten politische Parteien in Umfragen Spitzenwerte, die aus einer nationalistischen Perspektive heraus EU- bzw. Euro-Skepsis, aber auch -Ablehnung formulieren. Die Wahlen zum Europäischen Parlament (EP) im Mai 2014 werden zeigen, ob sich im Anschluss der Einfluss entsprechender Akteure auch dort vergrößert und wie sich gegebenenfalls Fraktionen aus den extrem rechten, nationalautoritären und einwanderungsfeindlichen Parteien bilden werden. Bereits vor 15 Jahren wies Stöss darauf hin, dass das „Ausmaß der Vernetzung der nationalen Rechtsextremisten, die Frage insbesondere, ob es ihnen gelingt, die nationalen und internationalen Gegensätze zu überwinden, (...) als ein wichtiger Indikator für die Politikfähigkeit und damit für das Bedrohungspotential, das vom Rechtsextremismus ausgeht, angesehen werden“ müsse (Stöss 2001, 2). Der vorliegende Beitrag skizziert vor diesem Hintergrund zunächst wichtige europapolitische Traditionslinien und Grundverständnisse dieser politischen Strömung(en), erinnert an einige Versuche der Bildung europäischer Organisationen und diskutiert schließlich die in diesem Spektrum anzutreffenden Gemeinsamkeiten und Spannungsfelder.

Europa-Ideen der extremen Rechten

Die häufig formulierte These, die extreme Rechte sei ‚europafeindlich‘, trifft nicht zu. Vielmehr handelt es sich um alternative Entwürfe völkischer, staatlicher und suprastaatlicher Ordnung, die mit liberalen und demokratischen Konzeptualisierungen konkurrieren. Bereits in der Zwischenkriegszeit existierten mehrere Europadiskurse autoritär-nationalistischer und extrem rechter Provenienz. Die nationalsozialistische Europa-Konzeption, die die Eroberung von ‚Lebensraum‘ im Osten mit der Etablierung eines vom Deutschen Reich kontrollierten ‚Großraums‘

verband, dessen innere Struktur an rassistischen Kriterien ausgerichtet war (Kletzin 2002), setzte sich dabei gegen andere Entwürfe durch – darunter auch jene, die von faschistischen Bewegungen und Parteien in anderen europäischen Ländern formuliert worden waren (Grunert 2012). Die Tarnung deutscher Hegemonialpolitik als Europa-Idee (Opitz 1977; Blindow 1999, 67) und die Charakterisierung des Krieges gegen die Sowjetunion als ‚europäischer Einigungskrieg‘, so etwa durch den hochrangigen SS-Führer Franz Alfred Six (Hachmeister 1998, 239 ff.), bzw.

der Waffen-SS als ‚erste europäische Armee‘ finden sich noch heute im Diskurs der extremen Rechten (Sudholt 2006; Seidler 2004; Schönhuber 1999).

Die breit gefächerte Kritik der extremen Rechten gegenüber der EU (Virchow 2013b) findet ihren spezifischen Kern in der völkisch-nationalistischen Weltanschauung: „Denn dies ist das eigentliche und letzte Ziel der Europäischen Union: die Wege zu ebnen für den endgültigen Triumphzug der internationalen Hochfinanz, für die Abschaffung selbstbestimmter und ihre Kultur liebenden Völker und für deren Knechtung in einem durch nichts als schrankenlose Konkurrenz definierten Einheitsmenschenbrei“, bzw. mit Verweis auf die Verständigung der Außenminister innen der EU-Staaten auf einen gemeinsamen Rahmentext für die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei: „Was den Türken auf militärischem Wege versagt blieb, wird ihnen inzwischen am runden Tisch offeriert: Europa als neues Siedlungsgebiet der Mohammedaner. (...) Der Türkensturm auf Deutschland ist spätestens seit dem 3. Oktober 2005 eröffnet.“ (Knop 2006, 12; 26)

Das Verständnis dessen, was ‚Europa‘ wesenhaft ausmacht, ist in der extremen Rechten durchaus unterschiedlich. Während die einen eine christlich-abendländische Prägung behaupten, deklamieren andere, wie etwa der frühere NPD-Landtagsabgeordnete Karl Baßler, einen germanisch-heidnischen Charakter. Danach sei ‚Europa‘ seit der Spätantike die „germanische Welt“ gewesen, gestaltet von „den germanischen Stämmen der Völkerwanderung und ihren Adelsgeschlechtern, die bis heute die Spitze der europäischen Gesellschaft“ darstellten. Gegen das Christentum als „eine wissenschafts- und lebensfeindliche Ideologie“ hätte das NS-Regime in Gestalt der Computer-,

Raketen- und Atomtechnologien die Grundlagen für einen weltweiten ökonomischen Aufschwung und Strukturwandel gelegt (Baßler 1996, 51; 61; 72). Auch das französische GRECE (Groupement de recherche et d'études pour la civilisation européenne) verband die Ablehnung des jüdisch-christlichen Erbes mit der Propagierung des Heidentums und der Betonung der Überlegenheit der ‚westlichen Zivilisation‘ (McCulloch 2006; Zinell 2007).⁰¹

Die als Alternative zur EU entworfenen Modelle einer ‚europäischen Ordnung‘ lassen sich vier Typen zuordnen: das ‚Europa der Vaterländer‘, das Konzept des Reiches, das ‚Europa der Regionen‘ und der ‚Eurasismus‘.⁰² Wird letzterer am dezidiertesten von Aleksandr Dugin vertreten (Laruelle 2007, Shekhovtsov 2009), so wird das Konzept des Reiches als supranationale Struktur stark auf eine deutsche Hegemonie zugeschnitten (Virchow 2006) und historisch insbesondere unter Verweis auf das Staufer-Reich begründet: „Mit den Staufern verging die großartige Vision der Gestaltung Europas im 13. Jahrhundert. Fortan sollten nicht mehr die Deutschen das europäische Geschehen, sondern fremde Mächte die Geschehnisse Deutschlands bestimmen.“ (Sudholt 2006, 147) Deutlich mehrheitsfähiger im Reigen der europäischen extremen Rechten dürfte die Idee eines ‚Europa der Vaterländer‘ bzw. ‚Europa der Nationen und Regionen‘ sein, die sich an der Idee eines Staatenbundes orientiert, der die nationalstaatliche Souveränität, insbesondere in den Politikfeldern Wirtschaft und Kriegsführung, nur in begrenztem Maße einschränkt und in mancher Lesart den Regionen auf der Basis einer ethnizierenden Gemeinschaftsideologie identitätsstiftende Funktion zuweisen möchte (Salzborn/Schiedel 2003; Zaslove 2011; Bar-On 2013).

Versuche der extremen Rechten zur Bildung (pan)europäischer Organisationen und Kooperationen

Nach dem Sieg der Alliierten über das NS-Regime kam es rasch zu Ansätzen der Reorganisation faschistischer Netzwerke, die sich als paneuropäisch verstanden. Oswald Mosley (1896–1960), Anführer der „British Union of Fascists“ und der 1948 gegründeten „Union Movement“, trat für eine ‚Nation Europa‘ ein (Mosley 1962). Gemeinsam

mit Per Engdahl (1909–1994) von der „Neuschwedischen Bewegung“ (Nysvenska Rörelsen, NR) und Maurice Bardèche (1907–1998), der 1952 die Zeitschrift „Défense de l'Occident“ ins Leben rief, gründete er im Mai 1951 in Malmö die „Europäische Soziale Bewegung“ (ESB) (Hagtvet u. a. 1980). Aus Spanien, Italien, Portugal, Belgien

⁰¹ Das Sprechen über ein „jüdisch-christliches Erbe“ als angeblich konstituierende Grundlage der europäischen Geschichte ignoriert – häufig absichtsvoll – die lange Tradition und die vielfältigen Formen der Ausgrenzung und Diskriminierung jüdischen Lebens auch durch im Namen des Christentums auftretende Akteur_innen.

⁰² Begriff und Konzept des Eurasismus gehen auf die 1920er Jahre zurück und verweisen auf eine geopolitisch grundierte Vorstellung, der zufolge Russland als kontinentale Macht in grundsätzlichem Gegensatz zur angelsächsisch-atlantischen Sphäre stehe. Da es in sich einen europäischen und einen asiatischen Teil vereine, sei es – so die gegenwärtige eurasische Denkschule – dazu prädestiniert, in der „Befreiung“ des Großkontinents Europa/Asien von der „Vorherrschaft der USA“ eine strategische Rolle zu spielen.

und den Niederlanden kamen weitere Teilnehmer. In Österreich baute der ehemalige Waffen-SS'er Wilhelm Landig (1909–1997) die „Österreichische Soziale Bewegung“ auf. Der ehemalige Gaupropagandaleiter der Hitler-Jugend, Karl Heinz Priester (1913–1961), wurde in den Vorstand der ESB gewählt, obwohl er aufgrund eines Einreiseverbots nicht selbst anwesend war. Kurze Zeit später gründete er in Deutschland die „Deutsch-Soziale Bewegung“ als Ableger der europäischen Struktur. Mit dem ehemaligen SS-Sturmbannführer Arthur Ehrhardt (1896–1971) und dem ehemaligen SA-Obersturmführer Herbert Böhme (1907–1971) rief er die Zeitschrift „Nation Europa“ ins Leben, die bis zu ihrer Einstellung im Jahr 2009 zu den wichtigsten deutschsprachigen neofaschistischen Publikationen gehörte. Rasch kam es zu politischen Differenzen hinsichtlich des Stellenwerts klassisch rassistischer und antikommunistischer Positionen, durch die die ESB zunehmend paralysiert wurde (Tauber 1967). Bereits früh hatte sich um den Schweizer Gaston Amaudruz (1920) die Gruppe „Europäische Neuordnung“ abgespalten, die offen dafür warb, dass ein geeintes Europa politischer Macht zumindest wie der USA oder der Sowjetunion bedürfe, um die ‚weiße Rasse‘ zu verteidigen (Schmollinger 1986, 834). Die international besuchten Versammlungen dieses Netzwerkes fanden bis in die 1990er Jahre statt, allerdings vertraten die beteiligten Personen keine massenwirksam tätigen Organisationen der extremen Rechten.

1962 unternahm Mosley mit der „National Party of Europe“ (NPE), die aus einer Kooperation mit dem „Movimento Sociale Italiano“ (MSI), der französischen „Jeune Europe“, der belgischen „Mouvement d'Action Civique“ sowie der Deutschen Reichspartei (DRP) entstand, einen weiteren Versuch paneuropäischer Organisationsbildung. Das Gründungstreffen in Venedig beschloss eine ‚Europäische Deklaration‘, in der u. a. eine gemeinsame europäische Regierung, ein europäisches Parlament bei Weiterbestehen der Parlamente auf nationaler Ebene (nur für soziale und kulturelle Angelegenheiten) sowie der Abzug der Soldaten aus den USA und der Sowjetunion gefordert wurde. Der Vereinbarung, dass die beteiligten Organisationen ihre jeweiligen Namen an die Bezeichnung NPE anlehnen sollten, kamen aber weder der MSI noch die NPD als Nachfolgeorganisation der DRP nach. Mit dem Gründer der „Jeune Europe“, Jean-François Thiriart, dessen Hauptwerk „Un empire de 400 millions d'hommes: l'Europe“ auch in anderen Ländern rezipiert wurde (Zinell 2007, 130 ff.), kam es zudem rasch zu erheblichen programmatischen Differenzen.

Ebenfalls 1962 rief der Gründer der „American Nazi Party“, Lincoln Rockwell, die „World Union of National Socialists“ (WUNS) ins Leben. In ihrem ersten Manifest

bekanntete diese sich zu Hitler als „geistiger Inspiration“ und deklarierte sich als „einheitlicher, kampfprober internationaler Akteur für den Kampf und die Vernichtung des internationalen jüdischen kommunistischen und zionistischen Apparates des Verrates und der Unterwanderung“ (Kaplan/Löw 2002, 213). In den Folgejahren hielt die WUNS mehrere so genannte „Führer-Thing“ ab, konnte aber kaum neue Gruppen dazugewinnen.

Einen weiteren Versuch der Etablierung stabiler europaweiter Strukturen unternahm Anfang der 1970er Jahre Bernhard C. Wintzek. Zu dem von ihm maßgeblich mitorganisierten „Nationaleuropäischen Jugendkongress“ kamen Mitte September 1972 über 1000 junge Rechtsextremist_innen nach Planegg bei München. Mitte der 1980er Jahre intensivierte Michael Kühnen nach dem Verbot seiner „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) und der Gründung der Nachfolgestruktur „Gesinnungsgemeinschaft der Neuen Front“ (GdNF) auch die Kooperation mit neonazistischen Gruppen im europäischen Ausland. Während in den Bezeichnungen ANS Niederlande und ANS Flandern der Anspruch zum Ausdruck kam, dass diese Gebiete Teil eines Großdeutschen Reiches werden sollten, fanden sich unter dem Namen Europäische Bewegung weitere Gruppen aus Frankreich – Michel Caignets „Faisceaux Nationalistes Européens“ (FNE), Spanien – „Círculo Español de Amigos de Europa“ (CEDADE) und Portugal zusammen. Dieser Versuch europaweiter Organisation scheiterte kurz darauf an der Frage, wie die Akteure zur Homosexualität standen. Auch der Versuch des französischen „Front National“, im April 1997 unter der Bezeichnung Euro-Nat (Europa der Nationalisten) gemeinsam mit der „Großrumänien-Partei“, der ungarischen „Partei der Wahrheit und des Lebens“ (MLEP), den tschechischen Republikanern sowie der „Slowakischen Nationalistischen Partei“ und der „Kroatischen Partei des Rechts“ eine dauerhafte Struktur zu etablieren, schlug fehl.

Das Europäische Parlament wurde zu einem weiteren Ort der internationalen Absprachen und Fraktionsbildungen, die jedoch häufig von pragmatischen Kriterien, d. h. der Verbesserung des Zugriffs auf Ressourcen, beeinflusst waren. Bereits im Vorfeld der ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 gab es den Ansatz einer Sammlung um die französische „Parti des Forces Nouvelles“ (PFN), die spanische „Fuerza Nueva“ sowie den italienischen MSI-DN (Osterhoff 1997, 168 ff.). Nach der Wahl 1984 bildeten der „Front National“ (FN), der MSI-DN sowie die griechische E.P.EN die Fraktion der Europäischen Rechten, die wenig später durch einen Abgeordneten der nordirischen „Ulster Unionist Party“ Zuwachs erhielt. Als Technische



Europäische Kooperationen: Der belgische „Vlaams Belang“-Politiker Filip Dewinter bei einer Kundgebung von „Pro NRW“

Fraktion der Europäischen Rechten fungierte nach der Wahl 1989 eine Kooperation zwischen dem FN, dem „Vlaams Blok“ (VB) und den „Republikanern“ (REP) aus der Bundesrepublik. Weitergehende Absprachen scheiterten an Interessengegensätzen, so etwa gegenüber dem MSI-DN mit Blick auf den Status Südtirols. Da nach der Wahl 1994 keine Fraktion zustande kam, obwohl eine ausreichend große Zahl von Abgeordneten vorhanden war, sieht Osterhoff (1997, 187/8) im Zeitraum zwischen 1979 und 1994 eine sinkende Qualität der Zusammenarbeit der Euro-Rechten. In der Legislaturperiode 1999–2004 fanden sich Vertreter_innen der extremen Rechten gemeinsam mit anderen Kleinparteien in einer Technischen Gruppe zusammen, um einen etwas besseren Zugang zu Ressourcen zu bekommen.

Bei den Wahlen im Jahr 2004 haben die meisten der größeren und etablierten extrem rechten Parteien ihre Stimmenanteile konsolidieren können; allerdings blieben der „Front National“ und die FPÖ hinter den eigenen Erwartungen zurück. In Lettland konnte die „Tēvzemei un Brīvībai/Für Vaterland und Freiheit“ (LNNK) knapp 30 Prozent der Stimmen gewinnen; in Polen erreichte die

„Liga Polskich Rodzin/Liga der Polnischen Familien“ (LPR) 16 Prozent (de Lange/Guerra 2009). Im Europaparlament bildete sich nach der Entsendung von Abgeordneten aus Rumänien und Bulgarien in Folge des EU-Beitritts (1. Januar 2007) die Fraktion Identität, Tradition, Souveränität (ITS), der Vertreter_innen des FN, der „Großrumänien-Partei“, der bulgarischen „Ataka“, der FPÖ sowie der italienischen „Fiamma Tricolore“ und „Alternative Sociale“ angehörten. Die Kooperation zerbrach rasch, da die fünf rumänischen Abgeordneten der „Partidul România Mare“ aus Protest gegen rassistische Äußerungen von Alessandra Mussolini austraten (Liang 2007, 13 ff.).

Im Jahr 2009 gab es einerseits Zugewinne für die Partei von Geert Wilders, die FPÖ, die ungarische „Jobbik“, die „Dänische Volkspartei“, die „British National Party“, die italienische „Lega Nord“, die „Wahren Finnen“ (Arter 2010) sowie die griechische LAOS; andererseits verloren der „Front National“, der „Vlaams Belang“, die „Ataka“, die LNNK und die LPR zahlreiche Sitze. Die Kooperation der meisten Abgeordneten dieser Parteien findet bis heute als parlamentarische Gruppe unter der Bezeichnung „Europa für Freiheit und Demokratie“ statt.

Die leichtere Verfügbarkeit von Informationen durch das Internet, zunehmende Kenntnis der englischen Sprache auch in Osteuropa und gestiegene Mobilität erleichtern

das aufeinander Bezug nehmen der Organisationen und Parteien, aber auch der bewegungsförmig und subkulturell auftretenden extremen Rechten. Gegenseitige Unterstützung, grenzüberschreitende Kooperation, transnationales Lernen und die Vernetzung von Strukturen haben einen festen Stellenwert im politischen Auftreten dieser Akteure

(Macklin 2013; Virchow 2013a); allerdings wirken sich die nationalistischen Grundeinstellungen immer wieder einschränkend und konfliktuell aus, so dass insgesamt zwar von Zusammenarbeit und fallbezogener Unterstützung, nicht aber von einer europäischen Bewegung gesprochen werden kann.

Fazit:

Trotz Zuwachs an Abgeordneten schwierige Fraktionsbildung

Der Erfolg der Schweizer Volkspartei beim Referendum gegen die Arbeitsmigration Anfang Februar 2014 ist europaweit von extrem rechten und nationalkonservativen Parteien und Organisationen begrüßt worden, die sich davon auch eine Signalwirkung für eine striktere Einwanderungs- und Asylpolitik in ihren jeweiligen Nationalstaaten erhoffen. Sieht man von der nationalistischen Kritik an der EU ab, der sich auch zunächst europafreundliche Parteien wie die „Lega Nord“ angeschlossen haben (Giordano 2004; Chari/Iltanen/Kritzinger 2004), so stellt dieses Politikfeld die größte Gemeinsamkeit in diesem politischen Spektrum her. Eine Verschärfung der Zuwanderungsregeln, die Ablehnung muslimischen Lebens in Europa und eines Beitritts der Türkei zur Europäischen Union markieren zentrale Pfeiler der Übereinstimmung. Diese haben in jüngerer Zeit insbesondere durch den Zuzug von Rumän_innen und Bulgar_innen, der in rassistischer Perspektive als „Zuwanderung in die Sozialsysteme“ gedeutet wurde, neue Wirkmächtigkeit bekommen und bisher wirksame Abgrenzungen, etwa seitens Geert Wilders gegenüber dem „Front National“, zurücktreten lassen.

Zugleich gibt es aber auch bedeutsame politische Grenzen, die die Bildung einer gemeinsamen und handlungsfähigen Fraktion im zukünftigen Europaparlament zu einer schwierigen Aufgabe machen. Dazu zählen neben den mit der Grundcharakterisierung als autoritär-faschistisch (z. B. BNP, „Jobbik“, „Goldene Morgenröte“) bzw. einwanderungsfeindlich-ethnozentristisch (z. B. DVP, PVV) verbun-

denen Unterschieden die fortbestehenden Differenzen über Grenzverläufe und nationale Minderheiten, das Fortleben antisemitischer Denkfiguren und Praxen sowie unterschiedliche Schlussfolgerungen bezüglich der zukünftigen Beziehungen zur EU, wo etwa der „Front National“ und die britische „United Kingdom Independent Party“ (UKIP) einen Austritt ihrer Länder fordern, während andere eine Umgestaltung favorisieren. Weitere Unterschiede gibt es in der wirtschaftspolitischen Programmatik (von neoliberal bis protektionistisch) sowie in der außenpolitischen Orientierung gegenüber den USA, die sich auch im Falle von Militäreinsätzen zeigt (Liang 2007).

Um eine eigene Fraktion im Europäischen Parlament zu bilden und damit Zugang zu erheblichen Ressourcen zu erhalten, müssen sich mindestens 25 Abgeordnete aus mindestens einem Viertel der Mitgliedsstaaten zusammenfinden. Auch wenn die extrem rechten, nationalkonservativen und immigrationsfeindlichen Parteien insgesamt die Zahl ihrer Sitze im Europäischen Parlament erhöhen können, wird die Bildung einer auf Dauer arbeitsfähigen Fraktion kein Selbstgänger sein – auch wenn in der Publizistik der deutschsprachigen extremen Rechten bereits frohlockt wird (Tiedemann 2014). Freilich darf dabei nicht übersehen werden, dass Wahlerfolge dieser Parteien auch auf das politische Geschehen in den einzelnen Nationalstaaten zurückwirken – wie sich exemplarisch am Beispiel der UKIP und der britischen Konservativen zeigen lässt (Lynch/Whitacker 2013).

Fabian Virchow, Dr. rer. pol., Soziologe und Politikwissenschaftler, Professor für Theorien der Gesellschaft und Theorien politischen Handelns an der FH Düsseldorf sowie Leiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus (FORENA), Lehr- und Forschungsschwerpunkte: Gesellschaftliche Normalitätsvorstellungen, Geschichte, Weltanschauung und politische Praxis der extremen Rechten; soziale/politische Bewegungen; Militärsoziologie.

Literatur

- Albrecht, Jan Philipp (2012): Europa Rechts- außen. Rechtsextreme und Rechtspopulisten im Europäischen Parlament. Brüssel: Die Grünen/Freie Europäische Allianz.
- Arter, David (2010): The Breakthrough of Another West-European Populist Radical Right Party? The Case of the True Finns. In: *Government and Opposition* 45 (4), 484–504.
- Baßler, Karl (1996): Die Zukunft Europas. Schöpferische Kultur oder todbringende Multikultur? In: *Gesellschaft für freie Publizistik* (Hg.): *Deutschland im Europa freier Völker*. Oberboihingen: GFP, 51–74.
- Bar-On, Tamir (2013): Fascism to the Nouvelle Droite. In: *Andrea Mammone/Emmanuel Godin/Brian Jenkins* (Hg.): *Varieties of Right-Wing Extremism in Europe*. Abingdon/New York: Routledge, 69–84.
- Blindow, Felix (1999): Carl Schmitts Reichsordnung. Strategie für einen europäischen Großraum, Berlin: Akademie Verlag.
- Chari, Raj S./Iltanen, Suvi/Kritzinger, Sylvia (2004): Examining and Explaining the Northern League's 'U-Turn' from Europe. In: *Government and Opposition* 39 (3), 423–450.
- Giordano, Benito (2004): The Politics of the Northern League and Italy's Changing Attitude Towards Europe. In: *Perspectives on European Politics and Society* 5 (1), 61–79.
- Grunert, Robert (2012): Der Europagedanke westeuropäischer faschistischer Bewegungen 1940–1945. Paderborn: Schöningh.
- Hachmeister, Lutz (1998): Der Gegnerforscher: die Karriere des SS-Führers Franz Alfred Six. München: Beck.
- Hagtvet, Bernt/Larsen, Stein Ugelvik/ Myklebust, Jan Petter/Botz, Gerhard (1980): Who Were the Fascists. *Social Roots of European Fascism*. Bergen: Universitetsforlaget.
- Kaplan, Jeffrey/Löw, Helene (2002): The Cultic Milieu: Oppositional Subcultures in an Age of Globalization. Walnut Creek: AltaMira Press.
- Kletzin, Birgit (2002): Europa aus Rasse und Raum. Die nationalsozialistische Idee der Neuen Ordnung, Münster: LIT.
- Knop, Ingmar (2006): Mit der EU in den Abgrund. In: *Gesellschaft für freie Publizistik* (Hg.): *Sturm auf Europa*. Oberboihingen: GFP, 9–37.
- Lange, Sarah L. de/Guerra, Simona (2009): The League of Polish Families between East and West, past and present. In: *Communist and Post-Communist Studies* 42, 527–549.
- Laruelle, Marlene (2007): Aleksandr Dugin: A Russian Version of the European Radical Right? Kennan Institute. Occasional paper No. 294.
- Liang, Christina Schori (2007): Europe for the Europeans. *The Foreign and Security Policy of the Populist Radical Right*. Aldershot/Burlington: Ashgate.
- Lynch, Philip/Whitaker, Richard (2013): Rivalry on the right: The Conservatives, the UK Independence party (UKIP) and the EU Issue. In: *British Politics* 8, 285–312.
- Macklin, Graham (2013): Transnational Networking on the Far Right: The Case of Britain and Germany. In: *West European Politics* 36 (1), 176–198.
- McCulloch, Tom (2006): The Nouvelle Droite in the 1980s and 1990s: Ideology and Entryism, the Relationship with the Front National. In: *French Politics* 4, 158–178.
- Mosley, Oswald (1962): Ich glaube an Europa. Lippoldsberg: Klosterhaus-Verlag.
- Opitz, Reinhard (1977): Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln: Pahl Rugenstein.
- Osterhoff, Andre (1997): Die Euro-Rechte. Zur Bedeutung des Europäischen Parlaments bei der Vernetzung der extremen Rechten. Münster: Unrast.
- Salzborn, Samuel/Schiedel, Heribert (2003): „Nation Europa“. Ethnoföderale Konzepte und kontinentale Vernetzung der extremen Rechten. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 10/2003, 1209–1217.
- Schmollinger, Horst W. (1986): Deutscher Block. In: *Stöss, Richard* (Hg.): *Partei- handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980*. Opladen: West-deutscher Verlag, 807–847.
- Schönhuber, Franz (1999): Die Deutschen, das Reich und Europa. In: *Opposition* 1/1999, 40–44.
- Seidler, Franz Wilhelm (2004): Avantgarde für Europa: Ausländische Freiwillige in Wehrmacht und Waffen-SS. Selent: Pour le Mérite.
- Shekhovtsov, Anton (2009): Aleksandr Dugin's Neo-Eurasianism: The New Right a la Russe. In: *Religion Compass* 3–4, 697–716.
- Stöss, Richard (2001): Zur Vernetzung der extremen Rechten in Europa. Berlin: Arbeitshefte aus dem Otto-Stammer-Zentrum Nr. 5.
- Sudholt, Gert (2006): Die Idee Europas. In: *Gesellschaft für freie Publizistik* (Hg.): *Sturm auf Europa*. Oberboihingen: GFP, 137–158.
- Tauber, Kurt P. (1967): Beyond Eagle and Swastika: German Nationalism since 1945. Middletown: Wesleyan University Press.
- Tiedemann, Falk (2014): Kommt die Euro-Rechte? In: *Zuerst* 1/2014, 46–47.
- Virchow, Fabian (2006): Gegen den Zivilismus. Internationale Beziehungen und Militär in den politischen Konzeptionen der extremen Rechten. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften.
- Virchow, Fabian (2013a): Creating a European Movement by Joint Political Action? In: *Mammone, Andrea/Godin, Emmanuel/Jenkins, Brian* (Hg.): *Varieties of Right-Wing Extremism in Europe*. London/New York: Routledge, 197–213.
- Virchow, Fabian (2013b): Geopolitisches Denken der extremen Rechten im Zeichen der Euro-Krise. In: *Kellersohn, Helmut/Paul, Jobst* (Hg.): *Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion*. Münster: Unrast, 164–182.
- Zaslove, Andrej (2011): The Re-invention of the European Radical Right: Populism, Regionalism, and the Italian Lega Nord. Montreal/London: McGill-Queen's University Press.
- Zinell, Adelheid (2007): Europa-Konzeptionen der Neuen Rechten. Frankfurt/M.: Peter Lang.

Alexander Häusler

Zwischen Neonazismus und Rechtspopulismus Aktuelle rechte Erscheinungsformen

01 Der vorliegende Text fußt auf:
Häusler, Alexander (2012): Europas rechte
Ränder, in: Atlas der Globalisierung,
64–69. Häusler, Alexander (2013a):
Antimuslimischer Rechtspopulismus –
ein Markenzeichen der modernisierten
extremen Rechten in Europa, in:
Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.):
Die neuen Rechten in Europa. Zwischen
Neoliberalismus und Rassismus, Köln.

Die extreme Rechte in Europa hat viele Facetten. Sie reichen von militanten neofaschistischen Bewegungen bis zu rechtspopulistischen Parteien, die gegen die EU und gegen Zuwanderung Stimmung machen. Im Kontext der ökonomischen Krise droht zum hundertsten Jahrestag des Ausbruchs des Ersten Weltkrieges ein nationalistisches Rollback in Europa. **01**

Der folgende Artikel skizziert die Erscheinungsformen der extremen Rechten in Europa und weist auf Unterschiede und Gemeinsamkeiten hin. Während in Osteuropa vielerorts eine neofaschistische und neonazistische Mobilisierung stattfindet, erstarkt in den westlichen Ländern der wohlstandschauvinistische Rechtspopulismus.

Wiederaufstieg der extremen Rechten

Der Aufstieg der Partei „Chrysi Avgi“ („Goldene Morgenröte“) in Griechenland ist ein Beleg dafür, dass eine schwere soziale und ökonomische Krise den Nährboden für extrem rechte Ideen bereiten kann. Die neofaschistische Partei, die den Griechen die „Säuberung“ ihrer Wohnviertel von illegalen Migrant_innen verspricht, kam bei den Parlamentswahlen vom 17. Juni 2012 auf einen Stimmenanteil von knapp sieben Prozent (vgl. Rosa Luxemburg Stiftung 2013). Nachdem ein Parteimitglied einen Mord an einem antifaschistisch gesinnten Musiker verübt hatte, wurden führende Mitglieder der „Goldenen Morgenröte“ verhaftet und ein Verfahren wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung eingeleitet. Um sich präventiv gegen ein mögliches Verbot zu schützen, wurde aus den eigenen Reihen eine neue Organisation gegründet: die „Ethniki Avgi“ („Nationale Morgenröte“). Griechenland ist nur ein Beispiel unter vielen: In ganz Osteuropa und insbesondere in Russland konnte der gewalttätige Neofaschismus bedrohlich an Boden gewinnen (vgl. BpB 2013).

Nach dem Mauerfall vollzog sich in Osteuropa ein Aufstieg rechtsextremer Parteien mit ethnonationalistischem und antisemitischem Gedankengut, der mit dem EU-Beitritt

dieser Länder keineswegs beendet war. Der Zerfall Jugoslawiens (1991–1999) setzte zudem einen militanten Nationalismus mit genozidalem Potential frei. Als Prototyp für einen Rechtsruck in Europa kann Ungarn angesehen werden: Während unter der Regierungspartei „Fidesz“ massiv Grundrechte und Meinungsfreiheit eingeschränkt worden sind, erzielte die offen rechtsextreme Partei „Jobbik“ bei den ungarischen Parlamentswahlen 2010 fast 17 Prozent. Aus ihren Reihen heraus bildete sich nach griechischem Vorbild eine Rechtsabspaltung unter dem Namen „Magyar Hajnal“ („Ungarische Morgenröte“) (vgl. Koop/Marcks/Marsovszky 2013). Der exzessive Rassismus, der in Ungarn zu beobachten ist, drückt sich auch in einem weit verbreiteten Antiziganismus aus: So terrorisierten im nordungarischen Gyöngyöspata im Frühjahr 2011 neofaschistische Bürgerwehren wochenlang die Bewohner_innen einer Romasiedlung. Auch in Rumänien, der Slowakei und Tschechien mehrten sich romafeindliche Ausschreitungen.

Auch wenn die Aktivitäten rechtsextremer Gruppierungen in Süd- und Osteuropa immer häufiger zur Eskalation führen, tritt der gewalttätige Neofaschismus auch in Nordwesteuropa in Erscheinung. Sowohl in den skandinavischen Ländern als auch in Österreich, Frankreich und in Großbritannien sind neofaschistische Gruppen aktiv (vgl. Melzer/Serafin 2013).

Die Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU), die vierzehn Jahre lang unerkannt operieren und zehn gezielte Morde begehen konnte, verdeutlicht das terroristische Potential des deutschen Neonazismus. Eine kontextualisierte Betrachtung des NSU macht eine lange Kontinuität rechter Gewaltstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland sichtbar (vgl. Virchow 2013). Der Entstehungskontext des NSU wurzelt im informellen Netzwerk neonazistischer „Kameradschaften“, die sich als „Nationaler Widerstand“ begreifen (vgl. Schedler 2011). Große Teile der Neonazis sind im subkulturellen Milieu jenseits der Parteipolitik verwurzelt. Eine internettaugliche Video-Propaganda, die unterschiedliche „Underground“-Stilmittel aufgreift, ermöglicht die Öffnung gegenüber bestimmten Teilen der Jugendkultur und dient zugleich dem Aufbau internationaler neofaschistischer Netzwerke. Diese festigen sich über Rechtsrock-Konzerte und den dazugehörigen Musikvertrieb und bringen ihre Gewalt verherrlichende Ideologie auch unter die jungen Leute (Langebach/Raabe 2011). Das parteipolitische Dach dieses neonazistischen Milieus ist die NPD. Die älteste rechtsextreme Partei der Bundesrepublik näherte sich nach dem Mauerfall organisatorisch wie inhaltlich der neonazistischen Kameradschaftsszene an und konnte besonders im Osten der Republik Fuß fassen (vgl. Virchow/Dornbusch 2008). Trotz finanzieller Engpässe und einem möglichen Verbot durch das Bundesverfassungsgericht stellt die NPD auch aktuell noch eine bedeutende Kraft der neonazistischen Strömung in Deutschland dar. In Konkurrenz zu ihr entstand im Jahr 2012 die Partei „Die Rechte“. Nachdem in Nordrhein-Westfalen durch das Innenministerium zahlreiche neonazistische Kameradschaften verboten worden waren, entwickelte sich „Die Rechte“ als parteipolitisches Dach von Mitwirkenden aus den verbotenen Organisationen (vgl. Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen 2012, 78–91).

Exkurs (1) Begriff „Extreme Rechte“

Die Begrifflichkeiten zur Typologisierung rechter Gesellschaftsvorstellungen und Organisationsstrukturen in antidemokratischer Tradition sind äußerst vielfältig: Rechts extremismus kann hierbei als Sammelbegriff für die Bündelung autoritärer, nationalistischer und rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden (vgl. Botsch 2012; Roth 2010, 14 f.; Decker et. al. 2010, 18). Als Variante findet in der Forschung der

Begriff „extreme Rechte“ zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums zunehmende Verwendung (vgl. Braun/Geisler/Gerster 2009, 9; Hafener/Schönfelder 2007, 15 f.). Er umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone rechtskonservativer und rechtsextremer Zirkel bis hin zu offen neonazistischen Szenen und misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien:



Seit Beginn der Eurokrise versuchen Teile der extremen Rechten, die Angst um den Verlust von Zugehörigkeit und sozialer Sicherheit politisch auszunutzen, indem sie sich als eine europakritische „heimisch-soziale Fürsorgekraft“ anbieten.

Der wohlstandschauvinistische Rechtspopulismus

Anders als in Ost- und Südeuropa treten im Norden und Westen Europas viele Rechtsaußenparteien nicht mehr ganz so offen demokratiefeindlich auf. Stattdessen inszenieren sie sich als die „wahren Demokraten“ und Anwälte der alteingesessenen Bevölkerung. Sie schüren die Angst vor dem sozialen Abstieg und dem Verlust der nationalen Souveränität und machen sich dabei die üblichen propagandistischen Feindbilder zunutze. Diese Parteien greifen also brisante Probleme auf – wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder das Demokratiedefizit in der EU – und beantworten sie mit schlichten und reaktionären Lösungsvorschlägen. Mit Vorliebe wird dabei „das Volk“ in Kontrast zur „politischen Klasse“ gesetzt, die angeblich die nationalen Interessen an eine undemokratische, multikulturelle und international orientierte Europäische Union verkauft hat, um sich dabei in erster Linie selbst zu bereichern.

Die Rechtspopulist_innen verwandeln nationalistische und rassistische Motive der traditionellen Rechten sowohl auf der kulturellen als auch auf der religiösen Ebene in Feindbilder: die „schleichende Islamisierung“, der „bürokratische Moloch EU“, die „Zerstörung der kulturellen Identität“ durch den Multikulturalismus, dessen „Steigbügelhalter“ die Linke sei. Das gilt etwa für den französischen „Front National“ (FN) unter seiner Vorsitzenden Marine Le Pen und für die belgische Separatistenpartei „Vlaams Belang“ (VB). In Österreich verdankte die „Freiheitliche Partei Österreichs“ (FPÖ) nach dem Tod des schillernden Rechtspopulisten Jörg Haider ihren erneuten Aufstieg unter „H.C.“ (Heinz-Christian) Strache einer Mischung aus dumpfem Rassismus und fürsorglich inszeniertem Sozialpopulismus: Strache bekundete, die österreichische Sozialdemokratie

durch eine Politik „für unsre Leut“ beerben zu wollen; die FPÖ drang stark in das sozialdemokratische Wählermilieu ein. Bei dieser Partei mischt sich Muslimfeindlichkeit mit einem bürgernah inszenierten Sozialpopulismus: Bürgerbeteiligung und Volksbegehren werden für Kampagnen gegen Minderheitenrechte instrumentalisiert. Seit die „Schweizerische Volkspartei“ (SVP) 2009 ein Referendum gegen den Bau von Minaretten durchgesetzt und gewonnen hat und in den Niederlanden die „Partij voor de Vrijheid“ (PVV) von Geert Wilders Furore macht, wird die Agenda der westeuropäischen Rechtsaußenparteien immer stärker von einem muslimfeindlichen Populismus geprägt (vgl. Ivaldi/Swyngedouw 2006; Frölich-Steffen 2006; Cuperus 2011; Reuter 2009). Die Muslimfeindlichkeit bietet sich deshalb als propagandistisches Einfallstor von rechts an, weil antimuslimische Ressentiments in europäischen Ländern auf breite Zustimmung stoßen.

Zum Thema Antisemitismus haben die Rechtspopulist_innen ein instrumentelles Verhältnis: Wilders bemüht sich seit langem um ein gutes Verhältnis zu Israel; auch die FPÖ und der belgische VB wollen nicht mehr allzu offen mit Antisemitismus in Verbindung gebracht werden. Ende 2010 reisten Vertreter_innen der FPÖ, des VB, der „Schwedendemokraten“ und der deutschen Partei „Die Freiheit“ auf Einladung rechter israelischer Politiker_innen nach Israel. In einer „Jerusalemser Erklärung“ bekannten sie sich zum Existenzrecht Israels und zu „jüdisch-christlichen kulturellen Werten“, während sie den Islam als ein „totalitäres System mit dem Ziel der Unterwerfung der Welt“ bezeichneten. Auch FN-Chefin Marine Le Pen distanziert sich öffentlich von Antisemitismus und NS-Nostalgie und versucht, mit ihrem handfesten, aber moderaten Auftreten das konservative Lager anzusprechen und den „Front National“ für die bürgerliche Mitte wählbar zu machen. Durch die kulturelle und religiöse Umdeutung rassistischer Weltbilder soll der Einbruch in breitere Wählerschichten vollzogen werden. Der Massenmord des Rechtsterroristen Anders Behring Breivik an jugendlichen Mitgliedern der norwegischen Sozialdemokratischen Partei am 22. Juni 2011 hat auf grausame Weise die möglichen Konsequenzen von massiver Hetze gegen Zuwanderer_innen im Allgemeinen und Muslime und Muslima im Besonderen verdeutlicht (vgl. Wamper et. al. 2013). Breivik war zeitweilig Mitglied der rechtspopulistischen norwegischen „Fortschrittspartei“ (FrP) gewesen. Er rechtfertigte die Ermordung von 77 Menschen in einem 1500 Seiten langen Traktat, in dem er die „Islamisierung“ und den „Kulturmarxismus“ für die Zuwanderung und die Zerstörung traditioneller Familienmodelle verantwortlich machte. Die weltanschauliche Rahmung dieses apokalyptischen Kulturkampf-Szenarios bezog er größtenteils aus rechtspopulistischen Blogs (Häusler/Virchow 2011). Die rechte Bloggerszene distanzierte sich schnell von den Morden und versuchte, Breivik als psychopathischen Einzeltäter darzustellen. Auf Distanz ging auch die FrP, die bereits in den 1970er Jahren als rechte Protestpartei mit neoliberalen und rassistischem Programm entstanden war und 2005 zur zweitstärksten Partei im norwegischen Parlament aufstieg. Wie andere erfolgreiche rechtspopulistische Parteien betont die FrP ihre Distanz zum Neofaschismus und stellt ihren Rassismus als eine legitime Form der demokratischen Meinungsvielfalt dar. Damit gelang es ihr, mit der konservativen Partei eine Koalitionsregierung einzugehen.

Exkurs (2)

Begriff „Rechtspopulismus“

In den 1970er Jahren sah der Rechtspopulismus noch im sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat das zentrale Angriffsziel: In Skandinavien traten zu jener Zeit rechtspopulistische Parteien mit Kampagnen gegen Steuern und Keynesianismus in Erscheinung (vgl. Decker 2004, 97–107). Der traditionelle Rechtspopulismus in Europa war neoliberal,

mittelschichtfixiert und rassistisch geprägt. Heute weist der Rechtspopulismus sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative, neoliberale und zugleich auch sozialpopulistische Tönungen auf – er ist ideologisch flexibel geworden. Politisch beruht der zeitgenössische Rechtspopulismus auf der Gleichsetzung von ‚Volk‘ mit den ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten oder den ‚kleinen Leuten‘ (Priester 2008, 20). Populistische Inszenierungsformen sind im Rechtsaußenspektrum weit verbreitet und reichen von der extremen Rechten bis hinein in den Nationalkonservatismus und Nationalliberalismus. Bemerkenswert ist, dass sich die rechtspopulistisch modernisierte Rechte mit der selektiven Inanspruchnahme der Demokratie munitioniert. Sie nutzt Bürgerbeteiligung und Volksbegehren als demokratische Wege der Mitbestimmung für politische Kampagnen gegen Minderheitenrechte. Mit einer taktisch motivierten, selektiven Forderung nach individuellen Freiheitsrechten, von der Glaubensfrage über die sexuelle Orientierung bis hin zum Feminismus, vollzieht die modernisierte Rechte argumentativ eine Hinwendung zu den Milieus liberal-demokratisch orientierter Mittelschichten. Eine solche „neue Mischung“ von Politikangeboten sieht der französische Politikwissenschaftler Jean-Yves Camus in der „Konstruktion eines politischen Programms der Exklusion“, welches auf Werten der Inklusion aufbaue, „die gewöhnlich von der Linken oder der gemäßigten Rechten vertreten werden“ (Camus 2011, 93 f.). Das bedeutet: Der Rechtspopulismus greift selektiv auch demokratische Partizipationsvorstellungen auf, deutet sie um und fügt sie in sein ausgrenzendes Freund-Feind-Schema ein. So werden demokratische Errungenschaften argumentativ dafür in Anspruch genommen, Ausgrenzungsforderungen gegenüber Zugewanderten damit zu rechtfertigen, diese würden die Freiheits- und Menschenrechte abschaffen wollen.

Eine solche neurechte Identitätssetzung kennzeichnet auch den Rechtspopulismus des 21. Jahrhunderts, der seinen Antiuniversalismus als ‚Verteidigung nationaler Souveränität‘ zu ummanteln sucht. Ihre antieuropäische und nationalistische Stoßrichtung versuchen rechtspopulistische Parteien oftmals dadurch zu tarnen, dass sie sich als Hüter der ‚nationalen Demokratie‘ gegenüber einer ‚Diktatur aus Brüssel‘ darzustellen versuchen. In vielen europäischen Ländern konnten rechtspopulistische Parteien mit dieser modernisierten politischen Agenda erfolgreich punkten und sich zum Teil auch etablieren. Folgende Merkmale kennzeichnen einen rechtspopulistischen Politikstil:



Deutschlands „rechtspopulistische Lücke“

Das Feld des parteiförmigen Rechtspopulismus ist in Deutschland noch rar bestellt. Parallel zu zwei rechtspopulistischen Parteien, die „Pro-Bewegung“ und „Die Freiheit“, bedienen unterschiedliche freie Wählergemeinschaften und Vereine vor allem rechtsgerichtete Muslimfeindlichkeit: So etwa der bundesweit aktive Verein „Bürgerbewegung Pax Europa“, der politisch eng an die Partei „Die Freiheit“ angebunden ist. Informations- und Propagandaplattform für diese Gruppierungen ist der Webblog „Politically Incorrect“ (PI), das bundesweit größte muslimfeindliche Internetportal mit offen rassistischer Stoßrichtung.

Seit dem Aufkommen der „Schill-Partei“ Anfang der 2000er gewann der Rechtspopulismus auch für die deutschen Rechtsaußen-Parteien an Bedeutung. Für Parteien der extremen Rechten wie der „Pro-Bewegung“ dient die rechtspopulistische Beschwörung „des Volkes“ der Einbindung neuer Zielgruppen jenseits des offen rechtsextremen Wählerandes. „Pro“ hat ihren angestammten Platz im Spektrum der extremen Rechten: Entstanden im Jahr 1996 als damalige Parallelorganisation der „Deutschen Liga für Volk und Heimat“ (DLVH), erprobt diese Gruppierung den Einbruch von Rechtsaußen in die politische Mitte. Unterstützung erhält „Pro“ von der FPÖ und dem VB. Doch größere wahlpolitische Erfolge außerhalb ihrer Ursprungstadt Köln konnten die „Pro“-Parteien bislang nicht erzielen: Lediglich 1,4 Prozent der Stimmen erreichten sie bei den NRW-Landtagswahlen 2010. Bei Wahlen in München (angetreten als „Pro München“) und Berlin (angetreten als „Pro Berlin“) landete ihr Stimmenanteil in der Bedeutungslosigkeit. Aktuell versucht „Pro“, die Anhängerschaft in NRW zu stärken und durch die Fusion mit anderen Gruppierungen zu vergrößern (vgl. Häusler 2008; Clemens/Puls 2014).

Spätestens seit der Sarrazin-Debatte wird hierzulande ausführlich die Frage der Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei diskutiert: Rund 18 Prozent der Wählerstimmen prognostizierte im September des Jahres 2010 eine Emnid-Umfrage einer fiktiven

„Raus aus dem Euro“ ist eine beliebte Forderung bei der extremen Rechten, hier während einer NPD-Demonstration



02 Henkel, Laudatio, 6.11.2012. <https://www.facebook.com/hansolafhenkel/posts/498026440229101>, abgerufen am 4.7.2013.

03 Henkel trocken, 13.8.2012. <http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/henkel-trocken-god-save-europe-not-the-euro/6993876.html>, abgerufen am 10.8.2013.

04 Im Verfassungsschutzbericht 1999 wurden dem BfB „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ bescheinigt. Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999 (2000), Paderborn, 92.

Sarrazin-Partei (WELT, 5.9.2010). Doch bislang konnte keine Partei rechts der Union dieses Einstellungspotential bündeln. Mit seinen Thesen bediente der Erfolgsautor Thilo Sarrazin jedoch nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologistische Zuschreibungen (vgl. Ahlheim 2011), sondern zudem auch eine Euro- und EU-skeptische Haltung. Für eine Buchpublikation gegen den Euro wurde ihm am 6. November 2012 der Deutsche Mittelstandspreis verliehen; die Laudatio hielt Hans-Olaf Henkel. In seiner Rede titulierte Henkel den Preisträger als „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes“. **02** Henkel, der Brüssel als Synonym für die derzeitige EU-Politik nimmt, in der „zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich“ greifen, kann als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro gelten, das Deutschland durch einen angeblich drohenden europäischen „Zwangssozialismus“ bedroht sieht. **03** Die im Jahr 2013 gegründete Alternative für Deutschland (AfD), die sich mit dem Euro-Thema politisch zu verankern versucht, hat Henkel zu einem ihrer Spitzenkandidaten für die Europawahl 2014 erkoren. Im Kontext der Euro-Krise hat die Partei schon in ihrer Entstehungsphase eine ungewöhnlich hohe mediale Aufmerksamkeit erhalten und ihren Einzug bei den Wahlen zum Bundestag im Jahr ihrer Gründung nur knapp verfehlt. Als eine Partei rechts von der FDP und den Unionsparteien weist die AfD Anknüpfungspunkte an den ehemaligen „Bund Freier Bürger“ (BfB) auf. Der BfB war eine nationalliberal und rechtspopulistisch ausgerichtete Partei, die aus Protestinitiativen gegen den Maastricht-Vertrag entstand und die sich im Laufe ihres parteipolitischen Werdegangs bis hinein in den rechtsextremen Rand radikalisierte. **04** Gründungsmitglieder des BfB gehören zu den Unterstützern der AfD, einer kandidiert gar auf deren Europaliste. Zudem erweist sich die AfD als neuer Anlaufpunkt für frühere Mitglieder anderer Rechtsaußenparteien wie der Partei „Die Freiheit“ oder den „Republikanern“ (REP). In neurechten Kreisen – hierbei besonders deutlich aus dem Umfeld der Wochenzeitung „Junge Freiheit“ – wird die AfD als möglicher Hoffnungsträger einer parteipolitisch bislang immer noch erfolglosen nationalistischen Rechten angesehen (Häusler 2013b).

Europäische Bündnisse

Im Europäischen Parlament (EP) sind zwar Rechtsaußenparteien vieler Länder vertreten, eine länderübergreifende Kooperation erweist sich jedoch als schwierig, da diese Parteien ganz auf ihre jeweiligen nationalen Interessen konzentriert und folglich untereinander zerstritten sind. Mit der Erweiterung der EU auf 27 Mitgliedsstaaten erhielt auch die populistische Rechte im EP eine politische Verstärkung: Durch den EU-Beitritt Bulgariens und Rumäniens im Januar 2007 konnte die erforderliche Zahl von Abgeordneten für eine Fraktionsbildung erreicht werden. Die neu entstandene Fraktion „Identität, Tradition, Souveränität“ (ITS) führte aufgrund nationaler Zwistigkeiten jedoch nur ein kurzfristiges Dasein (vgl. auch den Beitrag von Fabian Virchow in diesem Band).

Sollte es den Rechtsaußenparteien Europas jedoch gelingen, in die politische Mitte vorzudringen, könnte das mit der Zeit auch die Abwehrkräfte der demokratischen Parteien schwächen. In den skandinavischen Ländern, den Niederlanden und Italien haben sich etablierte Parteien bereits auf die Duldung durch Rechtsaußenparteien oder sogar auf eine Kooperation mit ihnen eingelassen.

Bislang haben offen neofaschistische Allianzen wie die 2004 gegründete „Europäische Nationale Front“, der neben der griechischen „Chrysi Avgi“ auch die NPD angehört, noch keine nachhaltig wirksame Kooperation zustande gebracht. Die von „Jobbik“, der „British National Party“ (BNP) und dem FN getragene „Europäische Allianz nationaler Bewegungen“, die 2012 als politische Partei auf europäischer Ebene anerkannt wurde, ist ebenfalls ein brüchiges Bündnis.

Übernationale Handlungsfähigkeit haben eher aktionsorientierte Zusammenschlüsse bewiesen. Im Januar 2008 gründeten der VB, die FPÖ und deutsche Rechtsaußenparteien (REP und „Pro Köln“) in Antwerpen das Bündnis „Städte gegen Islamisierung“ (als Gegengewicht zu der 2004 gebildeten „Europäischen Städtekoalition gegen Rassismus“), das länderübergreifende Kampagnen und Kongresse organisiert.

Einen Flügel der Rechtspopulisten stellt die Fraktion „Europa der Freiheit und der Demokratie“ im Europaparlament unter Führung der rechtspopulistischen „United Kingdom Independence Party“ (UKIP) dar (vgl. auch den Beitrag von Fabian Virchow in diesem Band), die „Europäische Allianz für Freiheit“ (u.a. FPÖ, VB und „Schwedendemokraten“) ist ein weiterer Zusammenschluss. Die größte rechtsextreme Partei in Europa, der „Front National“, strebt eine Aufspaltung der konservativen UMP an, um selbst zum entscheidenden Machtfaktor der französischen Rechten zu werden (vgl. Janssen 2013). Zugleich traf Marine Le Pen mit PVV-Chef Wilders zusammen: Sie streben eine neue rechtspopulistische Fraktion im kommenden EU-Parlament an. Mitwirken sollen die FPÖ, der VB, die „Schwedendemokraten“, die „Lega Nord“ und die „Slowakische Nationalpartei“ (SNS).

Einen dritten Block in der Riege rechter Europaskeptiker bildet die Fraktion der „Europäischen Konservativen und Reformisten“ im Europaparlament unter Führung der britischen Tories unter Premierminister James Cameron. Bernd Lucke, die unumstrittene Führungsfigur der AfD, bekundete politische Übereinstimmung mit den Tories, die bei den Europawahlen mit der rechtspopulistischen UKIP im Wettbewerb um Wählerstimmen stehen. Somit droht bei der Europawahl ein Einbruch von Rechtsaußen auf drei Ebenen: erstens durch eine Stärkung des traditionell extrem rechten Blocks in Süd- und Osteuropa, zweitens durch die Formierung einer rechtspopulistischen Fraktion unter Führung von Marine Le Pen und Wilders und drittens die Bildung eines wohlstandschauvinistischen Blocks marktradikaler Europafeinde unter Einbeziehung der AfD.

Mit der erfolgreichen Umsetzung der von der rechtspopulistischen „Schweizerischen Volkspartei“ inszenierten Volksinitiative „gegen Masseneinwanderung“ im Februar 2014 hat die einwanderungsfeindliche Politik rechter Parteien Auftrieb erhalten. Sie wurde von Vertreter_innen anderer rechtspopulistischer Parteien als vorbildlich angesehen und verdeutlicht deren einwanderungsfeindliche Stoßrichtung. Schon jetzt lassen sich auch hierzulande die Folgen des rechtspopulistischen Ringens um Zustimmung des rechten Wutbürgertums erkennen: ein Einbruch in die politische Mitte auf Kosten von entrechteten Minderheiten und der demokratischen Kultur. Weiteren Nährboden erhält die europafeindliche Rechte durch die sozialen Zumutungen einer angeblich alternativen neoliberalen Austeritätspolitik sowie das Fehlen eines transnationalen Identifikationsangebots, einer europäischen Großzählung mit demokratischer Bindungskraft.

Literatur

- Ahlheim, Klaus (2011): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover: Offizin.
- Botsch, Gideon (2012): Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland 1949 bis heute, Darmstadt: WBG.
- Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin (2009) (Hg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden: VS.
- Bundeszentrale für Politische Bildung (2013): Dossier Rechtsextreme Bewegungen in Russland, online verfügbar: <http://www.bpb.de/internationales/europa/russland/159428/rechtsextreme-bewegungen-03-05-2013>, Zugriff: 12.2.2014.
- Camus, Jean-Yves (2011): Neue Aspekte der radikalen Rechten, in: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog, Nr. 8/2011, 93 f.
- Clemens, Dominik/Puls, Hendrik (2014) (Hg.): 33 Fragen und Antworten zu ProKöln/ProNRW. Entwicklung, Ideologie und Strategien einer vermeintlichen Bürgerbewegung, Köln.
- Cuperus, Rene (2011): Der populistische Dammbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Wielenga, Frieso/Hartleb, Florian (Hg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, Münster: Waxmann, 163–178.
- Decker, Frank (2004): Der neue Rechtspopulismus, Opladen: Leske und Budrich.
- Decker, Oliver / Weißmann, Marliese / Kiess, Johannes / Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Frölich-Steffen, Susanne (2006): Rechtspopulistische Herausforderer in Konkordanzdemokratien. Erfahrungen aus Österreich, der Schweiz und den Niederlanden, in: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden: VS, 144–164.
- Hafenegger, Benno/Schönfelder, Sven (2007): Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für die kommunale und lokale Demokratie, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Häusler, Alexander (2013a): Antimuslimischer Rechtspopulismus – ein Markenzeichen der modernisierten extremen Rechten in Europa, in: Bathke, Peter/Hoffstadt, Anke (Hg.): Die neuen Rechten in Europa. Zwischen Neoliberalismus und Rassismus, Köln: PapyRossa.
- Häusler, Alexander (2013b): Die Alternative für Deutschland – eine neue rechtspopulistische Partei? Materialien und Deutungen zur vertiefenden Auseinandersetzung, herausgegeben von der Heinrich Böll Stiftung NRW, online verfügbar: <http://www.boell.de/de/2013/10/10/studie-zur-afd-rechtspopulistische-tendenzen>, Zugriff: 12.12.2013.
- Häusler, Alexander (2012): Europas rechte Ränder, in: Atlas der Globalisierung, 64–69.
- Häusler, Alexander (2008): Antimuslimischer Populismus als rechtes Wahlkampf-Ticket, in: Ders. (Hg.): Rechtspopulismus als Bürgerbewegung. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: VS, 155–169.
- Häusler, Alexander/Virchow, Fabian (2011): Breiviks profane Analysen, in: Zeit online, 26.7.2011, online verfügbar: <http://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2011-07/norwegen-manifest-breivik>, Zugriff: 12.2.2014.
- Ivaldi, Gilles/Swyngedouw, Marc (2006): Rechtsextremismus in populistischer Gestalt: Front National und Vlaams Blok, in: Decker, Frank (Hg.): Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?, Wiesbaden: VS, 121–143.
- Janssen, Thilo (2013): Die Europäisierung der rechten EU-Gegner. Rechte europäische Parteien und rechte Fraktionen im Europäischen Parlament vor den Europawahlen 2014. Eine Studie im Auftrag der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Berlin.
- Koop, Andreas/Marcks, Holger/Marsovszky, Magdalena (2013): Mit Pfeil, Kreuz und Krone. Nationalismus und autoritäre Krisenbewältigung in Ungarn, Münster: Unrast.
- Langebach, Martin/Raabe, Jan (2011): Die Genese einer extrem rechten Jugendkultur, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus im Wandel, Wiesbaden: VS, 36–53.
- Melzer, Ralf/Serafin, Sebastin (2013) (Hg.): Rechtsextremismus in Europa. Länderanalysen, Gegenstrategien und arbeitsmarktorientierte Ausstiegsarbeit, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (2012): Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2012.
- Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden: VS, 19–36.
- Reuter, Gerd (2009): Rechtspopulismus in Belgien und den Niederlanden. Unterschiede im niederländischsprachigen Raum, Wiesbaden: VS.
- Rosa Luxemburg Stiftung (2013) (Hg.): Neonazistische Mobilmachung im Zuge der Krise. Der Aufstieg der Nazi-Partei Goldene Morgenröte in Griechenland, Berlin.
- Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Friedrich-Ebert-Stiftung, Berlin.
- Schedler, Jan (2011): Modernisierte Antimoderne: Entwicklung des organisierten Neonazismus 1990–2010, in: Schedler, Jan/Häusler, Alexander (Hg.): Autonome Nationalisten. Neonazismus im Wandel, Wiesbaden: VS, 17–35.
- Virchow, Fabian (2013): Rechter Terror(ismus) in Deutschland. NSU als Prisma, in: Schmincke, Imke/Siri, Jasmin (Hg.): NSU-Terror. Ermittlungen am rechten Abgrund. Ereignis, Kontexte, Diskurse, Bielefeld: transcript, 71–78.
- Virchow, Fabian/Dornbusch, Christian (2008) (Hg.): 88 Fragen und Antworten zur NPD, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Wamper, Regina/Jadtschenko, Ekaterina/Jacobsen, Marc (Hg.) (2013): „Das hat doch nichts mit uns zu tun!“. Die Anschläge in Norwegen in deutschsprachigen Medien, Münster: Unrast.
- WELT, 5.9.2010: Umfrage: Jeder fünfte Deutsche würde eine Sarrazin-Partei wählen, online verfügbar: <http://www.welt.de/politik/deutschland/article9409117/Jeder-fuenfte-Deutsche-wuerde-Sarrazin-Partei-waehlen.html>, Zugriff: 13.2.2012.

Johannes Baldauf

Modernisierter Rechtsextremismus in sozialen Medien

Inszenierungsstrategien am Beispiel der „Identitären Bewegung“ und der „German Defense League“

Soziale Medien sind ein wichtiges Mittel modernisierter rechtsextremer Gruppen, um sich zu vernetzen und vor allem Jugendliche zu erreichen. Dabei zeigen die Beispiele der „Identitären Bewegung“ (IB) und der „German Defense League“ (GDL), die im Rahmen dieses Artikels vorgestellt werden, dass sich die Gestaltung der Internetpräsenzen und der Inszenierungsstrategien trotz ähnlicher Inhalte erheblich unterscheidet. Dabei gelingt es der IB, durch mediengerechte und zeitgemäße Inszenierungen, ihre rassistischen Inhalte über soziale Medien zu verbreiten, während die GDL marginalisiert bleibt.

Die „Identitäre Bewegung“

Ende Oktober 2012 sorgte die Besetzung einer Moschee in Poitiers, Frankreich, für Aufsehen. Die Gruppe, welche die Besetzung durchführte, nennt sich „Génération Identitaire“ und stellt eine Art Jugendorganisation des rechtsextremen „Bloc Identitaire“ dar. Auf islamfeindlichen Blogs wie „Politically Incorrect“ wurde die Aktion begeistert kommentiert, ebenso von Medien der Neuen Rechten wie „Blaue Narzisse“, „Junge Freiheit“, „Sezession“ und anderen.

Ebenfalls im Oktober wurde die Facebook-Seite der „Identitären Bewegung“, dem deutschen Ableger der „Génération Identitaire“, freigeschaltet. Die Anzahl der Likes liegt mittlerweile bei über 7000 (Stand Februar 2014). Zuvor schon wurde ein Video der französischen Gruppe über das Internet verbreitet, das den martialischen Titel „Déclaration de guerre – Génération Identitaire“ (Identitäre Generation – Die Kriegserklärung) trägt und ebenfalls enorme Resonanz in rechten Kreisen hervorrief. In diesem

Video formuliert die Gruppe ihr Hauptanliegen: eine Kampfansage an die „Herrschaft des Multikulti-Wahns“. Multikulturalismus sei schuld an der ‚Überfremdung‘ bzw. der ‚Islamisierung‘, welche Europa zu zerstören drohe.

Dieses Manifest tragen im Video sehr eindringlich verschiedene junge Menschen vor, womit eine weitere Botschaft unterstrichen wird: Die Politik habe durch den ‚Multikulti-Wahn‘ die europäische Kultur, die Identität verkauft. Die Jugend aber, denn aus ihr komme die ‚Identitäre Bewegung‘ und an diese wolle sie sich richten, besinne sich nun auf die europäische Kultur und kämpfe gegen die ‚Islamisierung‘ und für die eigene Identität.

Dem Feindbild Islam und der Drohkulisse der ‚Islamisierung‘ wird ein Europa gegenübergestellt, das frei von äußeren, ‚fremden‘ Einflüssen sein soll, um so jeweils die ‚nationale Identität‘ bewahren zu können. Dahinter verbirgt sich die Idee eines ‚Europas der Vaterländer‘, also ‚Frankreich den Franzosen‘ oder ‚Spanien den Spaniern‘. Dieses

Konzept des so genannten ‚Ethnopluralismus‘ ist einer der ideologischen Kernpunkte der Neuen Rechten. Der Rassismus der traditionellen Rechts-extremen wird ersetzt durch einen Kulturrassismus. An die Stelle des Wortes ‚Rasse‘ treten die Ersatzbegriffe ‚Ethnien‘ und ‚Kultur‘. Wenn also in diesem Kontext von Identität gesprochen wird, dann ist damit ‚kulturelle Identität‘ gemeint. Bei der neuen Rechten ist dies gleichbedeutend mit der ‚nationalen Identität‘, die durch Einflüsse von außen und den ‚Multikulturalismus‘ gestört und bedroht werde. Schuld am ‚Multikulti-Wahn‘ sei die 68er-Generation, die dadurch ebenfalls ein Feindbild darstellt.

Mit dieser Haltung steht die ‚Identitäre Bewegung‘ nicht allein da und kann daher als neuester Auswuchs der neurechten Strömung angesehen werden. Mit islamfeindlichen Kampagnen sorgen rechtspopulistische Bewegungen wie ‚Pro Köln‘, ‚Pro NRW‘ und ‚Die Freiheit‘ seit Jahren für Schlagzeilen; auch die 2013 gegründete AfD verstieg sich zu ähnlichen Äußerungen. In den Niederlanden positioniert sich Geert Wilders auf diese Weise mit der ‚Partij voor de Vrijheid‘, in der Schweiz die Schweizer Volkspartei (SVP), in Österreich die ‚Freiheitlichen‘ (FPÖ). Auch finden sich europaweite Netzwerke, deren Kernthema die Islamfeindlichkeit darstellt. Hierzu gehören Zusammenschlüsse wie ‚Cities against Islamisation‘ und die

Defense League. Spätestens seit dem Erfolg von Thilo Sarrazins Buch ‚Deutschland schafft sich ab‘ wurde klar, dass islamfeindliche Parolen nicht nur ein Thema des rechts-extremen Lagers darstellen, sondern entsprechende Ängste und Vorurteile in der Gesellschaft weit verbreitet und anschlussfähig sind.

Was macht die ‚Identitäre Bewegung‘ also zu etwas Besonderem, wenn die Inhalte letztlich nicht wirklich neu sind? Der Soziologe und Politikwissenschaftler Arno Klönne bemerkt dazu: ‚Die Neue Rechte möchte ‚massentauglich‘ werden‘ (Klönne 2012). Die Jugendlichen stehen im Fokus und dementsprechend wird die Strategie der Ansprache gestaltet, die im Folgenden aufgezeigt werden soll.

Ethnopluralismus

Unter Ethnopluralismus ist eine Spielart des modernisierten Rassismus zu verstehen, die sich vor allem bei Vertreter:innen der Neuen Rechten findet: Sie gehen von der Homogenität einzelner Ethnien oder „Völker“ aus, denen separate Territorien zugewiesen werden. Im Umkehrschluss lehnt das Konzept des Ethnopluralismus das Zusammenleben von Menschen unterschiedlicher regionaler oder kultureller Herkunft ab und erklärt eine plurale Migrationsgesellschaft für gescheitert. Das theoretische Konstrukt des Ethnopluralismus ermöglicht es der Neuen Rechten, rassistische Positionen zu verbreiten, ohne selbst auf das klassische rassistische Vokabular zurückzugreifen. Die Begriffe „Ethnie“, „Kultur“ oder „Volk“ ersetzen den Begriff der „Rasse“; statt von einer biologischen Ungleichwertigkeit wird von kulturellen Differenzen gesprochen. Im europäischen Kontext kann damit auch die Kooperation rechter Gruppierungen aus unterschiedlichen Ländern gerechtfertigt werden, solange die europäischen „Völker“ voneinander getrennt bleiben.

Vgl. Fischer, Gero (1998): Ethnopluralismus, Multikulturalismus und interkulturelle Erziehung, in: Reinalter, Helmut/Petri, Franko/Kaufmann, Rüdiger (Hg.): Das Weltbild des Rechtsextremismus. Die Strukturen der Entsolidarisierung, Innsbruck: StudienVerlag, 243–259.



Mit modernen Bildern und Pop-Anleihen
machen Rechtsextreme Werbung für ihre Sache

Zeichen und Symbole

Die Strategie der Ansprache, welche die IB verfolgt, beginnt beim Symbol und den Farben der Bewegung. Als Symbol wurde der griechische Buchstabe Lambda gewählt, der auch das Zeichen der spartanischen Hopliten im antiken Griechenland war. In der berühmten Schlacht bei den Thermopylen 480 v. Chr. sollen die Hopliten eine entscheidende Rolle gespielt und die persische Armee lange in ihrem Vormarsch aufgehalten haben. Eine überspitzte Darstellung der von Herodot überlieferten Ereignisse findet sich in der Graphic-Novel-Serie „300“ von Frank Miller aus dem Jahr 1998, die 2007 von Zack Snyder verfilmt wurde. Die Perser werden als dekadent und degeneriert, als eine nicht enden wollende Flut von Invasoren dargestellt. Dem gegenüber stehen die spartanischen Hopliten, die als reine, muskulöse, unbezwingbare und unerbittliche Krieger konträr zur persischen Streitmacht gezeichnet werden.

Snyders Filmadaption ist für das Selbstverständnis und die Selbstdarstellung der „Identitären“ zentral. Die persische Streitmacht als Invasion aus dem Orient wird von ihnen als Analogie zu der befürchteten ‚Islamisierung‘ Europas interpretiert; sich selbst verstehen die „Identitären“ als spartanische Hopliten, die – der Analogie folgend – das Bollwerk gegen die ‚Islamisierung‘ bilden.

Auch wenn durch historische Bezüge wie die spartanischen Hopliten intellektuelle Unterfütterung geboten wird, sind die Slogans der „Identitären Bewegung“ eher jugendaffin und vordergründig simpel: „0 % Rassismus – 100 % Identität“ oder „Nicht rechts, nicht links – identitär“. Diese Slogans verdeutlichen den Versuch, die mit der rechtsextremen Etikettierung verbundene Tabuisierung zu umgehen, indem man sich rhetorisch von rassistischen Gruppen distanziert. Um das Identitätskonzept jugendaffin aufzubereiten, werden weitere popkulturelle Anleihen genommen. Neben „300“ wird auf den 2009 erschienenen Science-Fiction Film „Avatar“ von James Cameron und auf die „Ewoks“ aus dem von George Lucas produzierten Weltraum-Epos „Star Wars“ verwiesen und die Lesart eines ‚Kulturkampfes‘ gegen eine Invasion betont, die den Frieden und die Harmonie der eigenen Welt zu zerstören droht.

So wie die IB sich als spartanische Hopliten inszenieren, versucht auch die europaweit vernetzte „Defense League“ sich das Image von Kriegerern zu geben. Jedoch bezieht dieser Zusammenschluss seine Anleihen nicht aus der Antike, sondern findet sie im Bild des mittelalterlichen Kreuzritters. Auch der norwegische Rechtsterrorist Anders Behring Breivik lehnt sich an das Selbstverständnis des Kreuzritters an, der gegen eine drohende ‚Islamisierung‘ Europas kämpfte, und behauptet im Kontakt zum britischen Ableger der Defense League (EDL) gestanden zu haben. Dies wird von der EDL jedoch bestritten.

Inszenierung: Online vs. Offline

Die „Identitäre Bewegung“ findet sich hauptsächlich im Internet. Neben der französischen Webseite und diversen Videos auf YouTube existieren dutzende Seiten im sozialen Netzwerk Facebook. Die „Identitäre Bewegung Deutschland“ (IDB) betreibt zum Beispiel keine eigene Homepage, sondern lediglich Facebook-Seiten. Es finden sich mehrere Facebook-Seiten lokaler Untergruppen der IDB, so zum Beispiel aus Berlin, Bremen, München, Fulda, Hamburg oder dem Saarland, die miteinander vernetzt sind. Die einzelnen Seiten werden unterschiedlich stark gepflegt, so dass einige täglich neue Inhalte bereitstellen, andere eher in Abständen mehrerer Tage oder Wochen. In der Gesamtschau suggerieren sie ein deutschlandweites, sogar ein europaweites Netzwerk. Der Präsident des Verfassungsschutzes Hans-Georg Maaßen bezeichnete die „Identitären“ Anfang 2013 als eine primär im Internet zu findende Erscheinungsform des Rechts extremismus mit „bislang wenig Realweltbezug“ doch die IDB behauptet von sich, ca. 350 Aktivist_innen und „mehrere tausend Menschen“ als Unterstützer_innen zu haben (Spiegel Online 2013).

Außerhalb sozialer Netzwerke lassen sich nur Aktionen mit wenigen Beteiligten dokumentieren: Mahnwachen für „deutsche Opfer“, denen angeblich wegen „anti-deutschem Rassismus“ Gewalt angetan wurde oder auch Flashmobs, wie zum Beispiel während der Eröffnungsfeier der Interkulturellen Woche in Frankfurt Ende Oktober 2012, als Vertreter der IDB mit Tiermasken verkleidet durch den Saal tanzten und dabei ein Schild mit dem Slogan „Multikulti wegbassen“ zeigten. Derartige Mahnwachen und Flashmobs dokumentieren die Aktivist_innen per Foto oder Video und bereiten sie für das Internet auf. Dabei fassen sie Fotos in Collagen zusammen und versehen sie mit Slogans und dem Lambda-Symbol. Videos werden mit Technomusik unterlegt, bei YouTube hochgeladen und ebenso wie die Fotos über Facebook geteilt. Die zahlreichen Facebook-Seiten der IDB unterstützen sich bei der viralen Verbreitung der Inhalte gegenseitig.

Im Frühling 2013 beteiligten sich einige Vertreter der IDB und der „German Defense League“ an einer Demonstration gegen den Bau einer Moschee in Hamburg. Die Fotos von der Demonstration wurden jedoch nicht unbearbeitet auf Facebook hochgeladen, sondern mit Helmen, Speeren und Schildern im Stil der „300“-Comics und dem Titel „Wie die Spartaner“ versehen. Was offline eher banal wirkte, bekam durch die Bearbeitung für das Netz eine heroische Note, um dem dokumentierten Handeln eine Bedeutung zu verleihen.

Die Dokumentation von Flashmobs, Mahnwachen und des Anbringens von Aufklebern an U-Bahnhöfen oder Straßenschildern stellt nur einen kleinen Teil der Inhalte dar, die auf den Facebook-Seiten der IDB bereitgestellt werden. Hinzu kommen längere Texte und sogar Video-Podcasts, die die Inhalte und Ziele der IDB beschreiben. Zuerst werden jedoch Grafiken bereitgestellt, die diverse Slogans der IDB transportieren und sich an Interessierte und Sympathisanten richten. Die Bandbreite der Slogans reicht dabei von Eigenwerbung bis zur emotionalen Ansprache mit lyrischen Anleihen („Uns

plagt das Heimweh in den eigenen Städten“). Die Produktion der Inhalte ist dabei stets professionell gemacht und optisch ansprechend.

Das soziale Netzwerk Facebook kann als Hauptanlaufpunkt der „Identitären Bewegung“ betrachtet werden. Über die aufbereiteten Inhalte sollen neue Sympathisanten und Mitglieder rekrutiert werden. Die IB betreibt ihre Präsenzen in den sozialen Netzwerken also nicht, weil es en vogue ist, auf Facebook präsent zu sein, sondern weil sie um das Potential digitaler Medien weiß. Mit geringem personellen Aufwand kann ein breites Publikum erreicht werden. Durch die vielen regionalen Unterseiten stellen die Beteiligten sogar einen persönlich-lokalen Bezug zu den Nutzer_innen her. Wie groß und wie aktiv ein örtlicher Ableger der IDB aber tatsächlich ist, wird nicht ersichtlich.



Facebook-Auftritt der französischen „Identitären Bewegung“. Auf dem Transparent steht: „Immigration – Islamisierung – morgen die Remigration!“

Die Internetauftritte des europaweiten Defense-League-Verbands unterscheiden sich trotz der ideologischen Übereinstimmung im Themenfeld „Anti-Islam“ stark von denen der IB. Die Hierarchie der Facebook-Seiten ist ähnlich: Unter den jeweiligen nationalen Seiten (zum Beispiel „English Defense League“, „German Defense League“, „Swedish Defense League“ etc.) gliedern sich die regionalen bzw. lokalen Seiten. Am stärksten ausgeprägt sind die Regional-Seiten bei der „English Defense League“, die mit über 25 000 Likes (Stand Januar 2014) auch die stärkste Facebook-Präsenz der „Defense-League“-Gruppierungen stellen. Die Seiten operieren hauptsächlich als Nachrichten-Aggregatoren anti-muslimischer Hetze, wie sie auch das rechtspopulistische Blog „Politically Incorrect“ betreibt: Täglich werden weltweit Nachrichtenmeldungen gesammelt und bereitgestellt, die untermauern sollen, dass ‚der Islam‘ eine Religion des Hasses sei und alle Muslime gewalttätig seien. Derartige rassistische Nachrichten-Aggregatoren gibt es im Internet und speziell auf Facebook viele, doch meist in geschlossenen Gruppen organisiert und nicht als Seite, die man per Like-Button abonnieren kann. Damit wirken die Facebook-Präsenzen eher nach innen und dienen hauptsächlich der ideologischen Festigung der eigenen Anhängerschaft. Zur Generierung neuer Anhänger_innen sind solche Netzauftritte

weniger geeignet. Die Präsenzen der „Defense League“ operieren schließlich gegenteilig zu denen der IB: Wirken bei letzterer die Facebook-Seiten als der Ort, der dem Offline-Handeln der Bewegung zu einer scheinbaren Bedeutung verhilft, so dokumentieren die „Defense-League“-Seiten das Offline-Handeln nicht einmal vollständig, sondern wirken nur als Begleitapparat ideologischer Festigung.

Die zuvor erwähnte Selbstinszenierung als Kreuzritter wird von der „Defense League“ weniger auf den Seiten der Bewegung als auf den privaten Facebook-Profilen der Anhängerschaft betrieben, in dem zum Beispiel als Profilbild die Zeichnung eines Kreuzritters gewählt wird.

Fazit

Zwar hat es die „Identitäre Bewegung“ bis Anfang des Jahres 2014 nicht geschafft, in Deutschland zu einer breiteren Strömung anzuwachsen. Ihr Versuch, „massentauglich“ zu werden, kann aktuell als gescheitert angesehen werden, während die „Defense League“ dieses Ziel gar nicht erst verfolgt hat. Dennoch sollten Akteur_innen im Kampf gegen Rechtsextremismus die IB und GDL sowie die Strategien ähnlicher Gruppierungen in sozialen Medien weiterhin aufmerksam beobachten. Im Vergleich mit der „Defense League“-Organisation ist dabei das breite Spektrum der Inszenierungsstrategien der IBD im Netz hervorzuheben. An ihrem Auftritt lässt sich beobachten, dass Rechts-extreme mit technischem und künstlerischem Können Rassismus mediengerecht aufbereiten und eine zeitgemäße Ansprache schaffen. Darauf gilt es passende, ebenso mediengerechte Antworten finden.

Johannes Baldauf studierte Literaturwissenschaft, Jüdische Studien und Deutsch als Fremdsprache in Jena, Potsdam und Berlin. Seit 2008 beschäftigt er sich mit Rechtsextremismus, Antisemitismus und Verschwörungstheorien im Internet. Für die Amadeu Antonio Stiftung referiert er über Erscheinungsformen von Neonazis und wirkungsvolle Gegenstrategien in sozialen Netzwerken. Seit 2014 koordiniert er das Projekt no-nazi.net.

Literatur

Klönne, Arno (2012): Kriegserklärung gegen den „alten Erzfeind“ – Die Neue Rechte möchte „massentauglich“ werden, 10.11.2012, online verfügbar: <http://www.heise.de/tp/blogs/8/153155>, Zugriff: 31.1.2014.

Spiegel Online (2013): Rechte Jugendbewegung „Identitäre“: Flashmob der Islamhasser. Spiegel Online, 1.2.2013, online verfügbar: <http://www.spiegel.de/schulspiegel/wissen/identitaere-rechtsextreme-islamfeinde-machen-auf-jugendbewegung-a-880400.html>, Zugriff: 31.1.2014.

Astrid Messerschmidt

Rassismuskritische Auseinandersetzung mit populären Gegenbildern Bildungsarbeit zu antimuslimischem und antiziganistischem Rassismus

Der Beitrag skizziert eine rassismuskritische Perspektive für die Auseinandersetzung mit antimuslimischem und antiziganistischem Rassismus. Ihm liegt die Frage zugrunde, inwiefern die Pädagogik als Wissenschaft und Praxis Zugänge zu einer kritischen Reflexion gesellschaftlicher Dominanzverhältnisse ermöglicht. Darum ist es schlecht bestellt, wenn pädagogisches Forschen und Handeln auf die Vermittlung instrumenteller Kompetenzen reduziert wird. Für die Auseinandersetzung mit einem normalisierten Rassismus ist eine „umfassende Arbeit an gesellschaftlichen Strukturen notwendig“, die es erst ermöglicht, Normalitäten zu erkennen, durch die rechte Weltbilder in der Mitte der Gesellschaft etabliert und damit zugleich unsichtbar werden. Bernd Fechner weist auf die sozialwissenschaftliche Diagnose eines „Wohlstandschauvinismus“ hin, in dessen Rahmen sich Rassismus „in einem Konformismus zu den unsere Konkurrenz- und Leistungsgesellschaft prägenden Werten und Prinzipien äußert“ (Fechner 2003, 46). Dieser Konformismus ermöglicht es, nicht über die Mitte der Gesellschaft zu sprechen, sondern davon

unterschiedene Gruppen zu markieren, die als problematisch gekennzeichnet werden.

Der Begriff ‚Gegenbilder‘ bezeichnet eine Praxis der offensiven Abgrenzung mit Tendenzen zur Feindlichkeit. Anders als bei der Bezeichnung ‚Fremdbilder‘ wird dabei nicht davon ausgegangen, dass es etwas substantiell Fremdes im Gegenüber gibt, sondern dass die Gegenüberstellung erst die Fremdheit konstituiert, die dann zur Legitimation der Abgrenzung verwendet werden kann. Gegenbilder dienen dazu, das Selbstbild fern zu halten von allen Eigenschaften, die dem Gegenüber zugeschrieben werden. Gegenbilder kommen in vielen Facetten vor. Sie können bürgerlich konnotiert sein, wenn sie Anständigkeit, Fleiß und andere Tugenden behaupten, die das Selbstbild ausmachen. Sie können die Modernität und Fortschrittlichkeit im Selbstbild betonen und das Gegenüber als besonders rückwärtsgewandt erscheinen lassen. Sie können die eigene Friedfertigkeit und demokratische Gesinnung unterstreichen und im Kontrast dazu ein gefährliches, gewalttätiges sowie undemokratisches Nicht-Wir herstellen.

Weißer Flecken – Rassismuskritische Bildung

Rassismus wird in der bundesdeutschen Öffentlichkeit bevorzugt als Praxis ‚extremistischer‘ Gruppierungen benannt, nicht aber als alltägliche Diskriminierungsform und als Weltbild, das in der Mitte der Gesellschaft verankert ist. Eigene Nähe zu rassistischen Vorstellungen kann dadurch ignoriert werden. Rassismus tritt stets als Problem von anderen auf, die nicht ‚wir‘ sind. Karin Scherschel zeigt, dass diesem Ansatz ein „Unvereinbarkeitsgedanke“ zugrunde liegt, die Argumentationsfigur einer gesellschaftlichen Mitte, die zwischen zwei Extremen existiert und sich von Linksextremen wie von Rechts-extremen unterscheidet (Scherschel 2006, 50). Dabei zeigt sich diese Kontrastierung insbesondere in den Diskursen derer, die für sich selbst eine aufgeklärte und kritische Position beanspruchen. „[A]ufklärerische Denkinhalte“ und rassistische „Ideologien der Abwertung“ werden „in einem kontradiktorischen Verhältnis stehend interpretiert“ (ebd., 49). En passant kann dabei auch noch ‚links‘ und ‚rechts‘ unter dem Extremismusbegriff vereinheitlicht werden. In der öffentlichen Debatte zeigt sich dieser Mechanismus insbesondere dann, wenn rassistisches Verhalten dem Rechtsextremismus zugeordnet wird. Der Gebrauch des Extremismusbegriffs lässt die Mitte der Gesellschaft unproblematisch und demokratisch integriert erscheinen. Scherschel bezeichnet das als „Täterschematismus“, bei dem Übeltäter identifiziert werden, die man klar von sich selbst und einer als vernünftig repräsentierten Mehrheit abgrenzen kann (ebd.). Rassisten erscheinen so gegenüber der zivilisierten Gesellschaft als marginalisierte Abweichler, die den Konsens der Gesellschaft nicht teilen.

Diesem distanzierenden Umgang stellt Paul Mecheril eine „rassismuskritische Perspektive“ gegenüber (Mecheril 2004, 205). Dabei wird versucht, die Erscheinungsformen von Rassismus immer wieder auf konkrete Diskriminierungserfahrungen zu beziehen und nicht von festgelegten Definitionen auszugehen, die im Rassismus ein „institutionalisiertes falsches Bewusstsein“ oder ein „irrationales Vorurteil“ sehen (ebd., 202 f.). Demgegenüber geht es darum, eine Haltung zu entwickeln, die rassistisches Wissen hinterfragt und dabei nicht wiederum in dualistische Konzeptionen des Eigenen und des Fremden verfällt. „Wege aus dem Rassismus“ sind ambivalent. „Es geht um Wege, die vom Rassismus fortführen und um Wege, die aus dem Rassismus kommen“ (ebd., 180). Als kritisch versteht sich dieser Ansatz, weil er das jeweils eigene Involviertsein reflektiert und die Problematik nicht als eine betrachtet, die anderen bescheinigt wird, die nun lernen sollen, wie man das ablegt.

Eine immanente Perspektive auf Rassismus wird in den „Critical Whiteness Studies“ eingenommen, wobei Whiteness sowohl als Analysekategorie wie auch als gelebte Erfahrung aufzufassen ist. Eine Gefahr der Übertragung der Critical-Whiteness-Ansätze auf den deutschen, post-nationalsozialistischen Kontext könnte darin liegen, mit der Konzentration auf die in der Bezeichnung Whiteness nahe gelegte Gegenüberstellung von ‚Black‘, sich der Analyse der antisemitischen Muster von Diskriminierung zu entledigen. Daher ist eine Kontextualisierung der mit Whiteness angestoßenen Kritik erforderlich, bei der spezifische Muster antisemitischer Projektionen in die Auseinandersetzung aufgenommen werden. Der Hinweis auf diese Gefahr ist aber selbst Ergebnis einer rassistischen Wahrnehmung, bei der Juden nicht als Schwarze vorstellbar sind und Schwarze nicht als Juden. Die Befürchtung, dass mit Whiteness eine Reduktion komplexer Diskriminierungsverhältnisse auf die Kontrastierung von Schwarz und Weiß erfolgen würde, ist also selbst ein Ausdruck der mit weißer Hegemonie verbundenen Identitätsbestimmungen. Dennoch wird der Begriff der Whiteness die Fixierung auf die Kategorie Hautfarbe nicht los, weshalb es beim Umgang mit dem Konzept zu einer Reflexion dieser Problematik und zu einer kontextualisierenden Ausarbeitung des Ansatzes im spezifischen zeitgeschichtlichen und kulturellen Zusammenhang kommen sollte. Möglicherweise liegt hier eine Grenze dieses Ansatzes, ohne dass dieser deshalb verworfen werden muss. Eher geht es darum, diese Beschränkung nicht zu verdrängen und in die Praxis einer Whiteness-kritischen Bildungsarbeit zu integrieren (vgl. Messerschmidt 2009, 221 ff.).

Susan Arndt betont, dass gerade aus einem kritischen Selbstverständnis heraus und in „gewollter Distanzierung zu Kolonialismus und Nationalsozialismus“ Weißsein „verleugnet und damit auf neue Weise ermächtigt“ wird (Arndt 2005, 27). Durch die „explizite Nicht-Thematisierung von Whiteness“ (Pech 2006, 71) werden Ungleichheitsverhältnisse zementiert und der Kritik entzogen. Um dieser Abwehr in der Bildungsarbeit entgegenzutreten, plädiert Ingmar Pech dafür, den Raum für die Artikulation widersprüchlicher Erfahrungen zu öffnen und zwischen Schuld- und Verantwortungsübernahme zu unterscheiden. „Während Schuldgefühle lähmen oder Vermeidungs- und Verdrängungsmechanismen provozieren können, bedeutet Verantwortung, die eigene Situiertheit zu betrachten, anzunehmen und einer kritischen Reflexion zugänglich zu machen“ (ebd., 85). Verantwortung für die Geschichte eigener Privilegiertheit zu übernehmen heißt

Whiteness

Whiteness steht für die Analyse und Kritik unmarkierter weißer Dominanz und bezeichnet ein nicht thematisiertes Verhältnis der Privilegierung und Entprivilegierung. Dabei steht ‚weiß‘ für eine dominante soziale Positionierung, die zur Norm geworden ist und deshalb nicht hinterfragt wird. In einer Gesellschaft, die Rassismus nicht als ihr eigenes Problem erkennt, wird Weißsein zu eben dieser Norm. Whiteness-Analysen greifen die Ordnung der Hautfarben in ihren machtvollen sozialen Wirkungen auf. Erst durch die gesellschaftlich erzeugten Bedeutungen und vor dem Hintergrund der Geschichte der Abwertung nicht-weißer Anderer ist Weißsein zu einer privilegierten Positionierung geworden. Whiteness-Analysen regen dazu an, unbekannte Hierarchien und Normalitäten der Privilegierung zum Thema zu machen. Whiteness als Analysekategorie und rassismuskritischer Begriff fordert dazu heraus, über dominante soziale Positionen zu sprechen, anstatt die Verhaltensweisen und Eigenschaften von Minderheiten zu problematisieren.

Rassismus

Rassismus bezeichnet eine Ideologie und Praxis der wissenschaftlich legitimierten, systematischen Herstellung von Ungleichwertigkeit und geht auf die koloniale Praxis der Erfindung ungleichwertiger ‚Menschenrassen‘ zurück, die dazu diente, Eroberung, Ausbeutung, Verschleppung und Versklavung nicht-europäischer Anderer zu rechtfertigen. Die Anwendung der Rassekategorie für Menschengruppen ist untrennbar mit der Legitimation einer Ordnung von wertvollen und wertlosen Menschen verbunden, weshalb es kein unschuldig Sprechen von ‚Rassen‘ geben kann. Rassismus gehört zur Geschichte der Moderne und taucht als humanwissenschaftliche Praxis der Unterscheidung im Zuge der Aufklärung auf, die mit der Idee der Gleichheit aller Menschen verbunden ist und deshalb einen Legitimationsbedarf für die fortwährende und durch koloniale Eroberungen intensivierte Praxis der Ungleichheit mit sich brachte. Alltäglich bedeutet Rassismus in der Gegenwart die Einschränkung von Rechten und einen erschwerten oder verweigerten Zugang zu Ressourcen für diejenigen, die durch rassistische Zuschreibungen als Gruppe konstituiert werden. Rassismus ist somit produktiv, d. h. er erzeugt durch pauschale Zuschreibungen defizitärer oder bedrohlicher Eigenschaften die Gruppen, die seiner Systematik entsprechen und denen der Subjektstatus verweigert wird.

Im deutschen Kontext werden beide Begriffe stark abgewehrt. Rassismus wird in einer nicht sensibilisierten Öffentlichkeit immer noch vorwiegend als vergangene Problematik oder als extremistisches Phänomen betrachtet. Ihn auf die Verhältnisse in der Demokratie zu beziehen und für die Mitte der Gesellschaft zu problematisieren, erscheint hierzulande erklärungsbedürftig. Die Dominanzgesellschaft als ‚weiß‘ zu kennzeichnen, ist ebenso ungewohnt. Schwarze Präsenz gehört kaum zum Selbstbild der deutschen Gesellschaft und Verhältnisse der Ungleichheit durch weiße Privilegierung werden nicht sichtbar gemacht. Die Ausblendung von Rassismus als gegenwärtiges Alltagsproblem zieht das Schweigen über weiße Privilegierungen nach sich. Die Anwendung beider Begriffe in der Praxis ist anspruchsvoll und bedarf jeweils einer gesellschaftlichen und zeitgeschichtlichen Kontextualisierung, um mit beiden so umgehen zu können, dass eigenes Involviertsein und Erfahrungen mit Privilegierung und Diskriminierung sagbar werden.

zunächst, diese Privilegiertheit überhaupt wahrzunehmen. Für die Praxis der Bildungsarbeit bedarf diese Unterscheidung von Schuld und Verantwortung einiger Anstrengungen. Die individualisierende Konzeption von ‚Schuld‘ überlagert häufig die strukturell zu verstehende Konzeption von ‚Verantwortung‘ und erzeugt Abwehr. Die eigene „Verortung in einem rassistischen Gefüge“ zu

thematisieren (ebd., 86), verändert die sozialen Beziehungen im Lernprozess, weil deutlich wird, dass es sich um ein gemeinsames Problem handelt. Dieses kann allerdings sehr unterschiedlich erlebt werden – abhängig davon, welche Machtposition eingenommen wird, welche Privilegien damit verbunden sind beziehungsweise welche Machtressourcen jemandem verwehrt werden.

Konturen rassismuskritischer Reflexion

Wer Rassismen analysieren will, stößt auf die eigene strukturelle Verwobenheit mit dem Problem – sei es aufgrund eigener Diskriminierungserfahrungen oder aufgrund der eigenen privilegierten sozialen Position, in der Whiteness unsichtbar bleibt, weil es der unausgesprochenen Norm entspricht. In Bildungsprozessen geht es darum, „nach einer nichtstabilisierenden, rassismuskritischen Umgangsweise von Weißen mit ihrer Whiteness“ zu suchen (Pech 2006, 83). Mit Whiteness als Analysekategorie kann versucht werden, die strukturellen Bedingungen von Dominanzverhältnissen zu verstehen, um diese kritisieren zu können. Dies unterscheidet sich von einem personalisierenden Zugang, der auf individuelle Einstellungsveränderung zielt und „den Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft erfolgreich verdeckt“ (Kalpaka 2003, 60). Dabei wird ‚Rassismus‘ als ein analytischer Begriff für die Untersuchung abstammungs- und herkunftsthematisierender Ungleichwertigkeitsvorstellungen verstanden. Es handelt sich hier nicht um ein individuelles Vorurteil, sondern um eine Denkweise und Praxis, die systematisch Zugehörigkeitsordnungen strukturiert und die Art und Weise steuert, wie Nichtzugehörigkeiten in der Migrationsgesellschaft wahrgenommen und angeordnet werden.

Solange pädagogische Institutionen unproblematische Selbstbilder pflegen, wird eine rassismuskritische Reflexion ausgebremst. Sie stößt auf eine verweigerte Auseinandersetzung mit dem vorhandenen Alltagsrassismus in

den Bildungsinstitutionen. Nichts fürchten Pädagog_innen mehr, als dass ihnen Diskriminierungen, geschweige denn Rassismus bescheinigt werden. Schon der Begriff der Diskriminierung wird zurückgewiesen, und Rassismus steht als ein Schreckenswort da, auratisch und nicht verwandt mit einem selbst. Die Auseinandersetzung wird durch zwei Strategien vermieden, die ich als postnationalsozialistische Praktiken kennzeichnen möchte: die Verlagerung in eine abgeschlossene Vergangenheit und die Wahrnehmung von Rassismus als etwas Randständigem, das von Extremist_innen praktiziert wird (vgl. Messerschmidt 2010). Diese starke Abwehr und Nichtthematisierung betrachte ich als Folge des „Wunsch(es), unschuldig zu sein“ (Schneider 2010, 122), den Christian Schneider in der zweiten Generation nach 1945 diagnostiziert hat und der offensichtlich weiter vermittelt worden ist. Der rassismuskritische Ansatz trifft auf diesen Wunsch. Der distanzierende Umgang mit dem Nationalsozialismus, der alles damit Verbundene stets auf Abstand hält, begünstigt das Schweigen über Rassismus. Rassismuskritik betont dagegen die allgemeine und deshalb auch die Kritiker_innen betreffende Einbindung in den gesellschaftlich verankerten Alltagsrassismus (vgl. Mecheril 2007). Die von Paul Mecheril angedeuteten „Wege aus dem Rassismus“ (Mecheril 2004, 176 ff.) werden in rassismuskritischer Perspektive zu Wegen im Rassismus, Bewegungen von Kritik innerhalb rassistischer Hegemonien.

Antimuslimischer Rassismus

In der bundesdeutschen Gesellschaft und in den westeuropäischen Nachbarländern bezog sich die Migrationsdebatte in den letzten Jahren ausgesprochen stark auf die religiösen Zugehörigkeiten. Problematische politische Entwicklungen, durch die der Islam für Herrschaftsinteressen in Anspruch genommen wird, bieten Aufhänger für die Abgrenzung von der muslimischen Minderheit, die insbesondere seit den Terroranschlägen von 2001 in den USA unter dem religiösen Gesichtspunkt wahrgenom-

men wird. In den letzten zehn Jahren sind insbesondere Migrant_innen, die einer Herkunft aus muslimisch geprägten Gesellschaften zugeordnet werden, als religiös konstituierte Gruppe wahrgenommen worden. Der Kategorie der Religion, die im Kontext bundesdeutscher Arbeitsmigration bis 2001 weitgehend unbedeutend gewesen war, wurde dabei eine identitätskonstitutive Bedeutung zugewiesen. Sie avancierte zum „identitäre[n] Schicksal“ bestimmter Subjekte (Mecheril/Thomas-Olalde 2011, 37).

Es kommt zu einer Islamisierung der Arbeitsmigration, während den Nachkommen der Arbeitsmigrant_innen vorgeworfen wird, sich selbst allzu religiös, d. h. allzu islamisch zu geben. Dabei wird ‚islamisch‘ identifiziert mit islamistisch/djihadistisch/salafistisch. Alles Islami-sche erscheint zwingend extremistisch und gefährlich. Rassismuskritische Bildungsarbeit ist deshalb herausgefordert, Unterscheidungen in dieses Begriffswirrwarr einzubringen. Die Rede vom ‚Islamismus‘ als Bezeichnung für fundamentalistische Religionsausübung und terroristische Aktion hat sich als ungeeignet erwiesen, da sie eine ganze Weltreligion diffamiert. Die Kategorie der Arbeit, die im Fokus der Nachkriegsmigration stand, verschwindet hinter der Religionsthematisierung, die eine Ausprägung von Kulturalisierung darstellt. Arbeitsverhältnisse, Märkte und Lebensbedingungen werden unter der Prämisse der Religionsproblematik ausgeblendet.

Die verspätet gegenüber den Arbeitsmigrant_innen und ihren Nachkommen von staatlicher Seite geäußerte Integrationsforderung überlagert eine kritische Aufarbeitung des Umgangs mit Arbeitsmigration in der Bundesrepublik. Entwickelt hat sich eine „antipluralistische Einführung des Integrationsdiskurses“ (Bielefeldt 2007, 18), bei der das Sprechen über Integration dazu benutzt wird, insbesondere muslimische Migrant_innen als kulturell Fremde zu adressieren. Aus der dominanzgesellschaftlichen Positionierung derer, deren Deutschsein nicht in Frage gestellt wird, werden neue Formen der Abgrenzung von der migrantischen Bevölkerung ausgeübt. Für eine migrationsgesellschaftliche Bildungsarbeit wird es deshalb relevant, Kenntnisse darüber zu erwerben, wie die Kategorie Religion für die Konstitution von Nichtzugehörigkeit instrumentalisiert wird. Die religionsbezogene Thematisierung von Migration hat zur Hervorbringung „eines ‚nicht-muslimischen‘ Wir-Narrativs“ (Mecheril/Thomas-Olalde 2011, 45) geführt und die binäre Ordnung von

national-kulturell Zugehörigen und vermeintlich Fremden verfestigt.

Im Kontext des antimuslimischen Rassismus wird die Geschlechterkategorie zum bevorzugten Aufhänger, wenn es darum geht, ein nationales Selbstbild aufgeklärter Fortschrittlichkeit zu behaupten. Diesem emanzipierten Selbstbild wird das Fremdbild der muslimischen Frau als Ausdruck kultureller Rückständigkeit und religiöser Unterdrückung gegenüber gestellt (vgl. Rommelspacher 2009). Als Prototyp für die ‚Fremden‘ dient dabei die muslimische Frau, die sich mit islamischen Attributen ausstattet. Sie gilt als defizitär, unemanzipiert und rückständig, insbesondere dann, wenn sie das ‚Kopftuch‘ trägt. Als orientalisierte Andere symbolisiert sie das, was westliche Frauen und die westliche Gesellschaft hinter sich gelassen zu haben glauben. Sie kann als Kontrastfolie für ein Selbstbild emanzipierter Fortschrittlichkeit eingesetzt werden. In letzter Zeit werden ungerechte oder gewalttätige Verhältnisse zwischen den Geschlechtern kaum noch hinsichtlich der weißen deutschen Gesellschaft diskutiert, sondern in erster Linie auf die muslimische Minderheit projiziert. Familienmacht, Ehe und sexuelle Gewalt erscheinen als Probleme der Muslime. Es kommt zu einer Sexualisierung im Diskurs um den Islam, wobei die Geschlechterverhältnisse der ‚Anderen‘ abgewertet und die eigene Situation idealisiert werden (vgl. ebd., 401). Emanzipation wird dabei nicht mehr an der Ungleichverteilung von Arbeit, Einkommen und Status bemessen, sondern „am *Abstand* zwischen der *westlichen* und der *muslimischen* Frau“ (ebd., Hervorhebung im Original). Das Selbstbild emanzipatorischer Fortschrittlichkeit wird dem Fremdbild patriarchaler Rückständigkeit gegenüber gestellt (vgl. Messerschmidt 2010). Die Geschlechterkategorie dient im Zusammenhang des antimuslimischen Rassismus dazu, eine Grenze zwischen Muslimen und Nichtmuslimen zu ziehen und dabei zugleich keine allgemeine Kritik geschlechterbezogener Ausgrenzung und Gewalt mehr zu artikulieren.

Antiziganistischer Rassismus

Unproblematische Selbstbilder liegen auch dem antiziganistischen Rassismus zugrunde, wobei hier eher Bilder von bürgerlicher Anständigkeit, Fleiß und Leistungsbereitschaft gegenüber der als nichtzugehörig adressierten Gruppe in Stellung gebracht werden (vgl. Scholz 2009). Wer sich gegen Antiziganismus engagiert, bezieht sich auf ein weitgehend vernachlässigtes Feld der Auseinandersetzung mit der Abwertung und Ausgrenzung von Minderheiten. In der bundesdeutschen Gesellschaft erfolgt jedes Engagement auf diesem Feld in einer Situation, in

der Antiziganismus zur Norm gehört, nicht auffällt und selten angesprochen wird. Eine reflexive Thematisierung von Antiziganismus ist auf diesem Hintergrund besonders herausgefordert, die Wahrnehmungen derer zum Thema zu machen, die sich kritisch mit der Problematik befassen und dafür eine Öffentlichkeit herstellen.

Bei der Herausbildung des modernen Antiziganismus, die im Kontext der Nationenbildung erfolgt, gehen Bürgerlichkeit und nationale Identität ein Bündnis ein, von dem alle, die aufgrund ihrer Lebensweise oder ihrer

territorialen Uneindeutigkeit nicht damit in Übereinstimmung zu bringen sind, als Fremde adressiert werden. Dazu gehören insbesondere die Juden, deren religiöse Identität für den Antijudaismus instrumentalisiert worden war und deren nationale Nichtidentität nun für den modernen nationalistischen Antisemitismus aufgegriffen wird (vgl. Holz 2001). Das „Gerücht über die Zigeuner“ kann in Anlehnung an Theodor W. Adornos und Max Horkheimers unübertroffene Antisemitismusdefinition vom „Gerücht über die Juden“ (Horkheimer/Adorno 1994 [1947]) in den Entstehungszusammenhang der bürgerlichen Gesellschaft eingeordnet werden. Es liefert der entstehenden nationalen Bürgerinnengesellschaft ein Gegenbild, in das die eigenen moralischen Verwerfungen im Zusammenhang kapitalisierter Werte und einer unübersichtlicher werdenden Welt hinein projiziert werden können. Das „Zigeuner“-Stereotyp ermöglicht es, nicht über eigene Unzulänglichkeiten gegenüber den Zumutungen einer rationalen Existenzform nachdenken zu müssen und sich nicht in Widerstand gegen die disziplinierenden Machtpraktiken zu begeben. Das alles kann ersetzt werden durch die Verlagerung der Aufmerksamkeit auf eine Gruppe, die als anders, fremd und unangepasst wahrgenommen und deren Zugehörigkeit zur Nation bestritten wird. In politischer Hinsicht kommt es im Übergang zur bürgerlichen Gesellschaft zur Formierung der Subjekte vom Untertan zum Citoyen und Bourgeois (Maciejewski 1996). Herrschaftsstrukturell kommt es zu einer ambivalenten Erfahrung von Unterordnung einerseits und dem Zwang zur Selbstdisziplinierung andererseits. Beides erzeugt ein übergreifendes Unbehagen, verbunden mit komplexer werdenden Lebenswelten, die immer schwerer zu durchschauen sind. Im Zuge dieser Entwicklung werden viele Gruppen zu Gegenbildern, da ihre Lebensweise, ihre Nöte und ihre Bewegungen in Raum und Zeit nicht zu den neuen bevölkerungspolitischen Herausforderungen passen. Bekämpft, verfolgt, interniert oder marginalisiert werden diese Gruppen weniger, weil sie anders leben, sondern weil der allgemeine Zwang zur Anpassung so unerträglich wird, dass ein Objekt gefunden werden muss, auf das sich die Aggression richten kann.

Für die aktuellen europäischen Ausprägungen von Antiziganismus ist der nationalistische Aspekt besonders relevant. Denn in der Praxis neuer Vertreibungen, Ausbürgerungen und der Verweigerung staatlicher Zugehörig-

keit wird die Kategorie des Nationalen wiederum zur entscheidenden Größe, was die Lebensbedingungen der Roma in Europa betrifft. Im Hinblick auf die Exilsituationen von Roma aus dem Kosovo und anderen Regionen des ehemaligen Jugoslawiens ist von Roma-Flüchtlingen die Rede, und die Bezeichnung verdeckt die dahinter stehenden Vertreibungspraktiken. Die politischen Ursachen der Flucht und die sozialen Ursachen der Auswanderung bleiben unthematisiert, solange den Roma eine Art Flüchtlingsidentität bescheinigt wird, was sie wiederum in einen hilflosen und subjektlosen Status versetzt und ihren Anspruch auf Bürgerrechte negiert. Demgegenüber ist eine Politisierung des Flucht- und Asyldiskurses erforderlich, um über die europapolitischen Kontexte zu sprechen, die zu Auswanderungsbewegungen führen, auch wenn diese Bewegungen nicht immer in Verfolgungsprozessen begründet sind. Rassismus ist als ein europäisches Problem anzuerkennen und anzugehen. Eine europäische rassismuskritische und migrationsgesellschaftlich kontextualisierte Bildungsarbeit hat sich auf neue und alte Nationalismen zu beziehen, die antimuslimisch, antiziganistisch und immer wieder antisemitisch auftreten. Diese Nationalismen werden insbesondere im demokratischen Kontext kulturalisiert, da nicht offen mit dem Kriterium des Nationalen argumentiert und stattdessen die Kategorie der Kultur eingesetzt wird, die irgendwie harmloser und weicher erscheint, die aber genauso wie die Bestimmung der Nation zur Verfestigung von Feind- und Gegenbildern benutzt werden kann.

Für eine rassismuskritische Bildung bedarf es einer Auseinandersetzung mit den Konturen von Gegenbildern und den diesen zugrunde liegenden Selbstbildern. Um ‚Fremdbilder‘ geht es dabei nicht, denn warum sollten diejenigen, die als anders positioniert werden ‚Fremde‘ sein? Eher werden sie fremd gemacht und als Fremde positioniert, um das Selbstbild als normal und angemessen zu repräsentieren. Dies funktioniert dadurch, dass Gegenbilder zu einem normalisierten Selbst hergestellt werden. Deshalb sollte eine rassismuskritische Bildungsarbeit das Sprechen über andere zum Thema machen. Sie kann so zu einer Kritik darüber anregen, wie in diesem Sprechen ein normatives bürgerliches Selbst hergestellt wird, das eine Folie der Abgrenzung abgibt, um zu Fremden gemachte andere als nichtzugehörig zu positionieren.

Literatur

Arndt, Susan (2005): Weißsein. Die verkannte Struktur kategorie Europas und Deutschlands, in: Eggers, Maureen Maisha/Kilomba, Grada/Piesche, Peggy/Arndt, Susan (Hg.): Mythen – Masken – Subjekte. Kritische Weißseinsforschung in Deutschland, Münster: Unrast, 24–28.

Bielefeldt, Heiner (2007): Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. Plädoyer für einen aufgeklärten Multikulturalismus, Bielefeld: transcript.

Fehler, Bernd (2003): Pädagogische Konzepte gegen Rechtsextremismus. Zum Stand der Debatte und zur Positionierung des Projekts, in: Jugendbegegnungsstätte Anne Frank (Hg.): Rechtsextremismus – was heißt das eigentlich heute? Über Rechtsextremismus, Rassismus und Zivilcourage – Prävention für Schule und Bildungsarbeit, Frankfurt/M.: Brandes & Apsel, 41–50.

Holz, Klaus (2001): Nationaler Antisemitismus. Wissenssoziologie einer Weltanschauung, Hamburg: Hamburger Edition.

Horkheimer, Max/Adorno, Theodor W. (1994): Elemente des Antisemitismus, in: dies.: Dialektik der Aufklärung. Philosophische Fragmente, Frankfurt/M.: Fischer, 177–217.

Kalpaka, Annita (2003): Stolpersteine und Edelsteine in der interkulturellen und antirassistischen Bildungsarbeit, in: Stender, Wolfram/Rohde, Georg/Weber, Thomas (Hg.): Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit, Frankfurt/M.: IKO-Verlag, 56–79.

Maciejewski, Franz (1996): Elemente des Antiziganismus, in: Giere, Jacqueline (Hg.): Die gesellschaftliche Konstruktion des Zigeuners. Zur Genese eines Vorurteils, Frankfurt/M.: Brandes & Apsel, 10–25.

Mecheril, Paul/Thomas-Olalde, Oscar (2011): Die Religion der Anderen, in: Allenbach, Birgit/Goel, Urmila/Hummrich, Merle/Weissköppl, Cordula (Hg.): Jugend, Migration, Religion. Interdisziplinäre Perspektiven, Baden-Baden: Nomos, 35–66.

Mecheril, Paul (2007): Die Normalität des Rassismus, in: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein-Westfalen, 13. Jg., Heft 2/2007, 3–9.

Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik, Weinheim: Beltz.

Messerschmidt, Astrid (2010): Differenzverhältnisse. Ansätze zur Kritik von Geschlechterordnungen und Impulse für die politische Bildung, in: Außerschulische Bildung, Heft 3/2010, 234–241.

Messerschmidt, Astrid (2009): Weltbilder und Selbstbilder. Bildungsprozesse im Umgang mit Globalisierung, Migration und Zeitgeschichte, Frankfurt/M.: Brandes & Apsel.

Pech, Ingmar (2006): Whiteness – akademischer Hype und praxisbezogene Ratlosigkeit? Überlegungen für eine Anschlussfähigkeit antirassistischer Praxen, in: Elverich, Gabi/Kalpaka, Annita/Reindlmeier, Karin (Hg.): Spurensicherung. Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft, Frankfurt/M./London: IKO-Verlag, 63–92.

Rommelspacher, Birgit (2009): Feminismus und kulturelle Dominanz. Kontroversen um die Emanzipation der muslimischen Frau, in: Berghahn, Sabine/Rostock, Petra (Hg.): Der Stoff, aus dem Konflikte sind. Debatten um das Kopftuch in Deutschland, Österreich und der Schweiz, Bielefeld: transcript, 395–411.

Scherschel, Karin (2006): Aufgeklärtes Denken und Abwertung ethnisch Anderer – historische und aktuelle Aspekte, in: Zeitschrift für Genozidforschung, Nr. 1/2006, 49–71.

Schneider, Christian (2010): Besichtigung eines ideologisierten Affekts: Trauer als zentrale Metapher deutscher Erinnerungspolitik, in: Jureit, Ulrike/Schneider, Christian: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart: Klett Cotta, 105–212.

Scholz, Roswitha (2009): Antiziganismus und Ausnahmezustand. Der „Zigeuner“ in der Arbeitsgesellschaft, in: End, Markus/Herold, Kathrin/Robel, Yvonne (Hg.): Antiziganistische Zustände. Zur Kritik eines allgegenwärtigen Ressentiments, Münster: Unrast, 24–40.

Hasret Karacuban

Muslimische Lebenswelten und antimuslimischer Rassismus

Wenn wir von antimuslimischem Rassismus sprechen, reden wir nicht nur über Moscheebaukonflikte und abwertende, teils abstrakte Diskurse über den Islam und die Muslim_innen. Wie alle Rassismen zielt der antimuslimische Rassismus auf das Erhalten geltender Herrschaftsverhältnisse, die durch Ausgrenzungsprozesse gesteuert werden. So werden Muslim_innen nicht nur rhetorisch herabgesetzt, sondern ihnen wird der Zugang zu entscheidenden Positionen in Politik, Wirtschaft und im Bildungssystem erschwert. Auch mit offenen Anfeindungen und Gewalt sind Musliminnen und Muslime bzw. diejenigen, die dafür gehalten werden, immer öfter konfrontiert.

Im Folgenden sollen zunächst einige einschneidende Ereignisse skizziert werden, die den Erfahrungshorizont von Muslim_innen in Bezug auf Ausgrenzung sowie rassistische Anfeindungen und Angriffe wiedergeben. In einem zweiten Schritt sollen Gegenstrategien und Anforderungen an einen adäquaten gesamtgesellschaftlichen Umgang mit antimuslimischem Rassismus diskutiert werden.

Diskurse. Recht. Gewalt.

9/11 – oder: die Mär vom Ursprung des antimuslimischen Rassismus

Am 11. September 2001 verübte eine Gruppe von Terroristen, die den Islam für ihre Verbrechen instrumentalisierten, Anschläge auf das World Trade Center in New York und auf das Pentagon in Washington. Dabei starben ca. 3000 Menschen. Vielfach werden die schrecklichen Anschläge vom 11. September 2001 als Ursache für den heute so weit verbreiteten antimuslimischen Rassismus bemüht, da die Furcht vor islamistischem Terrorismus in einen Generalverdacht gegen alle Muslim_innen mündete und ein Bedrohungsszenario aufgebaut wurde. Die Differenzierung zwischen Islam, Islamismus und islamistischem Terrorismus wurde und wird vielfach außer Acht gelassen.

Tatsächlich hat 9/11 zu einer Verstärkung antimuslimischer Ressentiments und Rassismen geführt. Doch auch lange vor 9/11 waren antiislamische Diskurse in Deutschland wahrzunehmen (Wagner 2010, 15–27). So debattierte man bereits vor dem Jahr 2001 über den Bau von repräsentativen Moscheen oder das Kopftuch bei Lehrerinnen.

Von Kopftuchverboten zum „Moslem-TÜV“

(Çevikkollu/Mysorekar 2008)

Als Fereshta Ludin 1999 die Einstellung als Beamtin in den Schuldienst verwehrt wurde, da sie nicht bereit war, ohne Kopftuch zu unterrichten, klagte sie sich bis zum Bundesverfassungsgericht durch. Das Bundesverfassungsgericht urteilte, dass es keine rechtliche Grundlage für ein Kopftuchverbot in Baden-Württemberg gebe und ein staatlicher Eingriff einer landesgesetzlichen Regelung bedürfe. 2004 hat das Land Baden-Württemberg ein solches Gesetz verabschiedet. Nordrhein-Westfalen und sieben weitere Bundesländer sind dem gefolgt.

Obwohl sich die Verbote auf den Beruf der Lehrerin beziehen, hatten die öffentlichen Debatten über das Kopftuch weitreichende Folgen für kopftuchtragende Frauen sowohl im pädagogischen Bereich als auch in der Privatwirtschaft. Das Kopftuch wird im öffentlichen Diskurs wahlweise mit dem Topos der „Unterdrückung der Frau durch den Islam“ oder dem der „gefährlichen Islamistin“ belegt. So bezeichnet die bekannte Frauenrechtlerin Alice Schwarzer das Kopftuch schon seit Jahren als „Flagge des Islamismus“⁰¹. In der Folge dieser rassistischen Markierung werden muslimische kopftuchtragende Frauen bei Bewerbungen oft nicht berücksichtigt (Peucker 2010, 57). Auch sind sie besonders häufig von rassistischen Beleidigungen und Angriffen betroffen.

Eine andere staatliche Maßnahme aus Baden-Württemberg, die gezielt Muslim_innen betrifft, ist der 2006 eingeführte „Einbürgerungsfragebogen“. Dieser Gesinnungstest musste nur von Muslim_innen beantwortet werden. Der Fragebogen hatte den Anspruch sicherzustellen, dass niemand eingebürgert werden kann, der sich nicht zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt (Zeit Online 2006). Dabei sind die Fragen so abstrus und mit rassistischen Untertönen gespickt, dass der Kabarettist Fatih Çevikkollu sie nicht nur in seinem Bühnenprogramm aufgreift, sondern auch zum Anlass nimmt, ein satirisches Buch über die antimuslimischen Ressentiments in unserer Gesellschaft zu schreiben.

Brennende Moscheen

In rechtspopulistischen und rechtsextremen Kreisen ist die Vorstellung, dass „die Nacht kommen [wird], in der brennende Moscheen den Himmel erhellen werden“⁰², schon seit langem verbreitet. Immer wieder hat es Vandalismus, Schändungen und auch Brandanschläge an Moscheen gegeben. Im Jahr 2010 gab es in Berlin sogar eine Serie von Brandanschlägen auf islamische Einrichtungen und Moscheen, was zu großer Verunsicherung bei Muslim_innen geführt hat. Als der Täter letztlich von der Polizei gefasst wurde, stellte man fest, dass er unter psychischen Störungen litt, und wertete die Anschläge daher nicht als politisch motivierte Straftaten. Dass bei einem offensichtlich verwirrten Menschen, der über Monate hinweg ausschließlich Moscheen und islamische Einrichtungen in Brand setzen wollte, durchaus auch antimuslimische Ressentiments die treibende Kraft gewesen sein könnten, liegt jedoch mehr als nahe.

Im Sommer 2011 wurde in einer Serie von Brandanschlägen auf unterschiedliche Ziele auch ein Brand in einer im Bau befindlichen Moschee in Bergkamen gelegt. Der Bürgermeister Roland Schäfer kam nicht zur Moschee, um der Gemeinde zu signalisieren, dass er sich für ihre Sicherheit einsetzen werde. Erst auf Anfrage eines Fernsehteams

⁰¹ Zuletzt verwendete Schwarzer dieses Bild im Rahmen ihrer Ehrenprofessur an der Universität Duisburg-Essen. Vgl. hierzu Sinan 2010.

⁰² Zitiert aus einer Hass-Mail an den Moscheeverein in Wertheim vom Sprecher des Moscheevereins Ömer Akbulut im Film „Heimvorteil – Moscheebau in Wertheim“ (D, 2008) des Filmemachers Jan Gabriel.

der ARD-Sendung Monitor besuchte Schäfer die Brandstelle. Auf die Frage, warum er nicht früher der Gemeinde sein Bedauern ausgesprochen hatte, entgegnete er, dass es in Bergkamen über 400 Einsätze der Feuerwehr in einem Jahr gebe und er nicht zu jeder Brandstelle kommen könne. Das sei für ihn „auf derselben Ebene wie das Anstecken von Müllcontainern, das Abbrennen von Gelben Säcken“ (ARD 2011). Auch wenn die Stellungnahme des Bürgermeisters in der Sendung nur verkürzt wiedergegeben wurde, ist eine derartige Bagatellisierung eines wahrscheinlich rassistisch motivierten Brandanschlags doch mindestens als verantwortungslos zu werten.



Anhänger_innen der rechts-populistischen „Pro-Bewegung“

Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini

Am 1. Juli 2009 wurde Marwa El-Sherbini während eines Prozesses vor dem Dresdener Landgericht mit 18 Messerstichen von Alex Wiens ermordet. Wiens hatte im August 2008 El-Sherbini wiederholt beleidigt. Er beschimpfte sie als „Islamistin“ und „Terroristin“. Daraufhin zeigte El-Sherbini ihn an und es kam zu einem Strafprozess, währenddessen sich Wiens mehrfach abfällig über Muslim_innen äußerte. El-Sherbini hatte gerade ihre Zeugenaussage getätigt, als sie von Wiens mit einem Messer angegriffen wurde. Die im dritten Monat schwangere Frau starb noch im Gerichtssaal. Ihr Ehemann, der sie vor der Attacke schützen wollte, wurde lebensgefährlich verletzt und von einem herbeieilenden Polizisten, der ihn für den Täter hielt, angeschossen. Der dreijährige Sohn der beiden wurde ebenso wie der Richter, die Anwälte und andere Anwesende Zeuge der Tat. Alex Wiens wurde am 11. November 2009 wegen Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Eine besondere Schwere der Schuld wurde festgestellt.

Dieser brutale Mord schockierte viele Muslim_innen. Es ist der erste bekannt gewordene Tötungsfall mit antimuslimischer Motivation. Dennoch erfolgten die Reaktionen von Politik und Medienöffentlichkeit erst vergleichsweise spät und waren zunächst verhalten. Erst durch Druck aus dem Ausland und von Muslim_innen in Deutschland

wurde die Tat von politischer Seite verurteilt und den Hinterbliebenen des Opfers Anteilnahme ausgesprochen. Nachdem die Tat verurteilt worden war, ging der öffentliche Diskurs wieder den Weg der Relativierung. Die Tat wurde als Einzelfall, als die Tat eines verwirrten Russlanddeutschen kommentiert und nicht bzw. nur von wenigen in den Kontext eines seit Jahren anhaltenden gesellschaftlichen Klimas, in dem islamophobe Botschaften Raum finden, die antimuslimischen Rassismus nähren, gestellt (Kusche 2011).

Der Gründer des Labels StyleIslam, Melih Keser, startete damals unter dem Titel „Wo bleibt Merkel?“ eine Online-Petition mit der Aufforderung an Bundeskanzlerin Angela Merkel, sich zu dem Mord an Marwa El-Sherbini zu äußern, die von über 10 000 Menschen unterzeichnet wurde. Merkel sprach indes mit dem ägyptischen Botschafter. Doch an die Muslim_innen in Deutschland hat sie sich in dieser Angelegenheit bis heute nicht gewandt.

Anschläge von Oslo und Utøya

Im Juli 2011 tötete Anders Breivik in Oslo und auf der nahegelegenen Insel Utøya insgesamt 77 Menschen. Durch die Bombe im Osloer Regierungsviertel verloren acht Menschen ihr Leben. Auf der Insel Utøya schoss Breivik gezielt auf Jugendliche, die zum alljährlichen Zeltlager der Jugendorganisation der sozialdemokratischen Partei Norwegens gekommen waren. Dabei war er als Polizist verkleidet. Tatmotiv war der Kampf gegen die multikulturelle Gesellschaft und der Hass auf Muslim_innen. Breivik hatte die Tat lange und gründlich geplant. Kurz vor der Tat versandte er sein „Manifest“ per E-Mail an über 100 Empfänger_innen. Teile des über 1500seitigen Textes stammen von rechts-populistischen Internetplattformen, die auch in Deutschland aktiv sind. Die Anschläge in Norwegen haben einen Schock in ganz Europa ausgelöst. Bisher hielt man Rechtspopulist_innen zwar für offen feindselig und für geistige Brandstifter, doch das Gewaltpotential, das die Ideologie der Rechtspopulisten birgt, wurde nicht erkannt.

Kurze Zeit nachdem bekannt geworden war, dass es in Oslo eine Explosion gegeben hatte, rechneten viele noch mit einem terroristischen Anschlag von Al-Qaida. Die bekannte Religionspädagogin Lamyia Kaddor hoffte auf ihrem Facebook-Profil, dass es „kein (islamistisch-motivierter) Anschlag in Oslo“⁰³ sei. Wie Kaddor hatten wahrscheinlich viele Muslim_innen befürchtet, dass sie sich wieder einmal auf eine undifferenzierte Terrorismusdebatte vorbereiten müssen. Denn diese Debatten kannte man aus der Vergangenheit. Nicht nur die Presse dachte nicht an einen rechtsterroristischen Akt, auch Muslim_innen waren es gewohnt, hinter jedem terroristischen Anschlag zunächst einmal Al-Qaida und Co. zu vermuten. Auch ihnen kam es nicht in den Sinn, dass es sich bei dem Anschlag in Oslo um rechte Gewalt handeln könnte. Als sich die Informationen auf einen rechtsterroristischen Akt verdichteten, waren viele Muslim_innen zunächst erleichtert, dass sie nicht für diese schreckliche Tat verantwortlich gemacht werden konnten. Doch diese Erleichterung wurde um ein Vielfaches von dem Schrecken über die kaltblütige und menschenverachtende Tat Breiviks überschattet. Die Forderung, rechte Gewalt und antimuslimischen Rassismus endlich ernst zu nehmen, wurde immer lauter und ist zu Recht bisher nicht abgeebbt.

⁰³ www.facebook.com/lamyia.kaddor
am 22. Juli 2011 um 16.23 Uhr.

Gegenstrategien

Es ist sehr natürlich und richtig, dass Betroffene sich bemühen, Gegenstrategien zu Diskriminierung und Rassismus zu entwickeln, dass sie versuchen, sich zu wehren. So bemühen sich auch Muslim_innen, antimuslimischem Rassismus etwas entgegenzusetzen. Sie rufen zu unterschiedlichen Formen des Protests auf, bilden Netzwerke und

versuchen, eine Gegenöffentlichkeit zu schaffen, in der Mainstreamdiskurse über den Islam und die Muslim_innen kritisch reflektiert werden.

Besonders aktiv sind hier muslimische Frauen. Das Begegnungs- und Fortbildungszentrum muslimischer Frauen e.V. (BFmF), das Aktionsbündnis muslimischer Frauen e.V. und das Zentrum für islamische Frauenforschung und Frauenförderung e.V. sind nur einige Beispiele für muslimische Frauenorganisationen, die praktische Beratungs- und Fortbildungsarbeit leisten, sich aber auch über öffentliche Stellungnahmen, eigene Publikationen und Veranstaltungen in die öffentlichen Debatten einbringen. Ein häufig bedientes Bild antimuslimischer Diskurse ist das der unterdrückten Muslima, welches muslimische Frauen unmittelbar zu spüren bekommen und in deren Folge sie aktiv werden, um ihren Protest hörbar zu machen.

Einen anderen Weg, Protest zu artikulieren, hat die Publizistin und Philosophin Hilal Sezgin gewählt. Als Antwort auf die Sarrazin-Debatte gab sie den Sammelband „Manifest der Vielen – Deutschland erfindet sich neu“ (Sezgin 2011) heraus. In dem Band finden sich Beiträge von fast dreißig muslimischen Autorinnen und Autoren, die ihre eigene Perspektive auf die multikulturelle Gesellschaft und die Apologet_innen ihres Scheiterns zum Besten geben. Sie feiern und verteidigen die Vielfalt auf sehr unterschiedliche Weise. Das „Manifest der Vielen“ ist eine bemerkenswerte Sammlung und erreichte eine vergleichsweise breite Öffentlichkeit. An die Erfolge des Buches von Thilo Sarrazin kam es freilich nicht heran.

Muslim_innen bemühen sich auf allen gesellschaftlichen Ebenen, Bündnisse und Netzwerke aufzubauen, um so gesellschaftliche Teilhabe zu sichern und Ressentiments und Rassismen entgegenzuwirken. Dies funktioniert leider unterschiedlich gut, weil entweder auf muslimischer Seite die Zugänge zu entscheidenden Stellen fehlen, sie sich nicht so schnell vorwagen oder aber aufgrund fehlender personeller Kapazitäten. Ein weiterer Grund, warum die Zusammenarbeit muslimischer und mehrheitsgesellschaftlicher Zivilgesellschaft nicht funktioniert, sind Vorbehalte seitens der Mehrheitsgesellschaft in Bezug auf muslimische Organisationen – auch da, wo es um das Engagement gegen Rassismus und Rechtsextremismus geht.

Obwohl es auf muslimischer Seite großen Protest und einiges an Engagement gegen rassistische Stereotype und Einstellungen gibt, wird es die Minderheit der Muslim_innen allein nicht schaffen, rassistischen Einstellungen und ausgrenzenden Strukturen wirksam entgegenzutreten. Es bedarf eines Umdenkens bei einem großen Teil der Mehrheitsgesellschaft und einer Öffnung der Zugänge zu entscheidenden Positionen in Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, um dem antimuslimischen Rassismus in unserer Gesellschaft den Nährboden zu entziehen.

Dazu gehört aber auch zunächst einmal Sensibilität für das Problem des antimuslimischen Rassismus zu schaffen. Auch nach den oben nachgezeichneten Ereignissen ist oft ein Abwehrreflex bei Vertreter_innen der Mehrheitsgesellschaft zu beobachten, wenn von antimuslimischem Rassismus die Rede ist. Oft wird der Begriff Rassismus im Zusammenhang mit der Diskriminierung von Muslim_innen negiert, da Muslim_innen ja keine „Rasse“ darstellen – die Tatsache, dass es keine biologisch unterscheidbaren Menschenrassen gibt, sowie das Verständnis dafür, dass in der Rassismusforschung von „Rassen“ als gesellschaftlichen Konstrukten ausgegangen wird, scheint vielen weder bekannt noch begreifbar zu sein. Auch der Verweis auf die Gefahr des islamistischen Terrorismus wird häufig herangezogen, um antimuslimischen Rassismus zu verharmlosen und gleichzeitig die lange aufgebaute Angstkulisse aufrechtzuerhalten. Tritt antimuslimischer Rassismus in Form von Straftaten auf, wird der Täter nicht selten als isolierter und verwirrter Einzeltäter bezeichnet, wodurch die Tat von den teils hoch problematischen bis rassistischen gesellschaftlichen Debatten entkoppelt wird. So kann sich die sogenannte Mitte der Gesellschaft von jeder Verantwortung lösen und zum Alltag zurückkehren.

Doch Rassismus ist ganz klar auch in der Mitte der Gesellschaft verankert. Zurzeit treffen antimuslimische Positionen in dieser Mitte auf besonders starken Zuspruch, wie die Studie „Die Mitte in der Krise“ der Friedrich-Ebert-Stiftung sehr eindrucksvoll dokumentiert (Decker/Weißmann/Kiess/Brähler 2010, 134 f.). Antimuslimische Diskurse werden von der extremen Rechten aufgegriffen, doch in die Gesellschaft eingeführt werden sie von Politik, Publizistik und den Massenmedien. Mediale Botschaften, die den Islam und die Muslim_innen unermüdlich marginalisieren und dämonisieren, strukturieren gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse, die nicht in das Bild einer offenen Gesellschaft passen, die Pluralität, soziale Gerechtigkeit und sozialen Aufstieg ermöglichen soll. Insofern steht jede Form von Rassismus in Konflikt mit unserem Ideal von einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Daher müssen Meinungsmacher_innen auch in die Verantwortung genommen werden. Sie müssen sensibler und präziser arbeiten, wenn sie von Minderheiten sprechen.

Darüber hinaus ist von der Politik eine aktive und offensive Antirassismuspoltik gefordert. Dazu gehört die Stärkung zivilgesellschaftlicher Strukturen und Bündnisse, die sich der Antirassismuarbeit verpflichtet haben, aber auch ein genaueres Hinschauen. Antimuslimischer Rassismus muss ebenso wie Antisemitismus in den Kriminalitätsstatistiken sichtbar erfasst werden, damit entsprechende Straftaten identifizierbar sind. Der Staat darf sich an dieser Stelle nicht selbst blind machen. Gerade vor dem Hintergrund, dass wir inzwischen wissen, dass Rechtsterrorismus in Deutschland existiert, was der damalige Bundesinnenminister Friedrich nach den rechtsterroristischen Anschlägen in Norwegen noch verneinte, sollte klar sein, dass rechte Gewalt weder relativiert noch verharmlost werden darf. Die rechtsterroristische Gruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) konnte nur deshalb über ein Jahrzehnt unentdeckt bleiben, weil der Blick der Sicherheitsbehörden für rechte und rassistische Gewalt sehr unscharf war. Wie sonst kann es sein, dass die Polizei bei den neun an Menschen mit Migrationshintergrund verübten Morden nicht gezielt in Richtung rassistisch motivierter Taten ermittelte, sondern bis zuletzt davon ausging, es müsse sich um Drogen- oder Bandenkriminalität handeln? Je weiter die Ermittlungen voranschreiten, desto deutlicher zeigen sich die Verbindungen des NSU zur neonazistischen Szene und desto mehr Unterstützer werden bekannt. Selbst ein Verweis auf die Verbrechen des NSU in einem in der rechtsextremen Szene beliebten Lied der Neonazi-Band „Gigi und die braunen Stadtmusikanten“ war bereits seit 2010 in Umlauf. Es ist also nur schwer zu erklären, warum die Sicherheitsbehörden nicht früher auf die rechtsterroristische Zelle aufmerksam geworden sind.

Eine mögliche Erklärung ist, dass sich Politik und Sicherheitsbehörden durch die öffentlichen Debatten über islamistischen Terrorismus und Linksextremismus den Blick für den Rechtsextremismus haben verstellen lassen. Politik und Sicherheitsbehörden müssen sich also gleichermaßen die Frage stellen, wie sie in Zukunft mit Rassismus und Rechtsextremismus umgehen wollen, um rechte und rassistische Gewalt weitestgehend zu verhindern und der weiteren Verbreitung rassistischer Einstellungen in der Gesellschaft entgegenzuwirken.

Bei dem Beitrag handelt es sich um eine leicht überarbeitete und aktualisierte Fassung des Artikels „Wie werden Menschen zu MuslimInnen gemacht? Muslimische Lebenswelten und antimuslimischer Rassismus“ von Hasret Karacuban, der 2012 in der Publikation „Moscheebaukonflikte und ihre Instrumentalisierung durch die extreme Rechte“ (herausgegeben von Patrick Fels, Hans-Peter Killguss und Hendrik Puls) in der Reihe „Beiträge und Materialien der Info- und Bildungsstelle gegen Rechtsextremismus“ erschien. Wir danken für die freundliche Genehmigung zum Abdruck.

Antimuslimischer Rassismus, Islamophobie und „Islamkritik“

Um die Ressentiments zu beschreiben, die Muslimen und Muslima entgegengebracht werden, greifen Fachleute und Expert_innen auf unterschiedliche Begriffe zurück. Islamophobie und antimuslimischer Rassismus sind häufig verwendete Bezeichnungen.

Wenn die tatsächliche oder vermeintliche Zugehörigkeit zum Islam dazu verwendet wird, Menschen bestimmte (negative) Eigenschaften zuzuschreiben – etwa eine erhöhte Gewaltbereitschaft –, so ist von antimuslimischem Rassismus zu sprechen. Andere Zugehörigkeiten wie etwa soziale Herkunft werden ausgeblendet und die Menschen allein auf ihre Religion reduziert. In der Regel betrifft dies vor allem Menschen mit Migrationsgeschichte, wenn die Gesellschaften, in denen ihre familiären Wurzeln liegen, muslimisch geprägt sind.

Der Begriff der Islamophobie betont die Furcht vor dem Islam und beschreibt das Phänomen, den Islam häufig als gegenüber dem Christentum feindliche und minderwertige Religion zu porträtieren. „Der Islam“ erscheint dabei als einheitliches Gebilde, ohne dass beispielsweise zwischen unterschiedlichen religiösen Strömungen, Traditionen und Religionen differenziert oder die Instrumentalisierung des Islam durch bestimmte Gruppierungen thematisiert wird.

Der Terminus „Islamophobie“ wird von Teilen der Fachwelt auch problematisiert, da „Phobie“ auf eine krankhafte und irrationale Gefühlsregung verweist, die Motivation und Argumente von Islamfeinden jedoch häufig durchaus rational und nicht zwangsläufig angstbesetzt sind. „Islamkritiker“ ist meistens eine Selbstbezeichnung rechtspopulistischer und extrem rechter Autor_innen und Gruppierungen, die in der Regel auf ihr Recht auf Meinungsfreiheit verweisen und behaupten, ihre Kritik an „dem Islam“ und „den Muslimen“ sei nicht rassistisch motiviert, sondern mit einer objektiven Problemanalyse unterlegt.

Vgl. Virchow, Fabian (2012): Islamkritik – Islamophobie – Antimuslimismus – Antimuslimischer Rassismus. Zur Begrifflichkeit eines viel diskutierten Phänomens, in: Killguss, Hans-Peter/Häusler, Alexander (Hg.): Das Geschäft mit der Angst. Rechtspopulismus, Muslimfeindlichkeit und die extreme Rechte in Europa, Köln, 15–19.

Literatur

ARD: Monitor (2011): MuslimFeinde in Deutschland – Volksverhetzer im bürgerlichen Gewand, 4.8.2011.

Çevikkollu, Fatih/Mysorekar, Sheila (2008): Der Moslem-TÜV – Deutschland, einig Fatihland, Reinbek: Rowohlt.

Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, herausgegeben von Nora Langenbacher im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, online verfügbar: <http://www.library.fes.de/pdf-files/do/07504-20120321.pdf>, Zugriff: 24.3.2014.

Kusche, Robert (2011): Spätes Rauschen im Blätterwald. Die mediale Rezeption des Mordes an Marwa El-Sherbini, In: Opferberatung des RAA Sachsen e.V.: Tödliche Realitäten. Der rassistische Mord an Marwa El-Sherbini, Hoyerswerda, 95–109.

Peucker, Mario (2010): Diskriminierung aufgrund der islamischen Religionszugehörigkeit im Kontext Arbeitsleben – Erkenntnisse, Fragen und Handlungsempfehlungen. Erkenntnisse der sozialwissenschaftlichen Forschung und Handlungsempfehlungen. Antidiskriminierungsstelle des Bundes: Berlin.

Sat, Sinan (2010): Alice Schwarzer warnt vor Islamisierung der Türkei, Der Westen, 14.12.2010, online verfügbar: <http://www.derwesten.de/staedte/duisburg/alice-schwarzer-warnt-vor-islamisierung-der-tuerkei-id4060206.html>, Zugriff: 24.3.2014.

Sezgin, Hilal (Hg.) (2011): Manifest der Vielen – Deutschland erfindet sich neu, Blumenbar Verlag: Berlin.

Wagner, Constantin (2010): Diskriminierende Darstellungen von MuslimInnen in deutschen Medien, In: Heinrich-Böll-Stiftung: Rassismus und Diskriminierung in Deutschland, Berlin, 15–27, online verfügbar: http://www.heimatkunde.boell.de/sites/default/files/downloads/diversity/Dossier_Rassismus_und_Diskriminierung.pdf, Zugriff: 24.3.2014.

Zeit online (2006): 30 Fragen für den Pass, Zeit Online, 1.11.2006, online verfügbar: <http://www.zeit.de/online/2006/02/gesinnungstest/komplettansicht>, Zugriff: 24.3.2014.

Elisa Schmidt

Was tun gegen Antiziganismus? Strategien und Methoden für die Bildungsarbeit

Obwohl antiziganistische Vorurteile gesellschaftlich weit verbreitet und tief verankert sind, wurde diesem Thema in der Bildungsarbeit bisher nur vereinzelt Aufmerksamkeit gewidmet. Im Folgenden wird ein pädagogisches Seminarangebot vorgestellt, das multiperspektivische Zugänge zu den verschiedenen Ebenen von Antiziganismus eröffnet und die kritische Auseinandersetzung mit den eigenen Vorurteilen fördert. Um Antiziganismus konsequent und nachhaltig entgegenzuwirken, müssen solche kurzzeitpädagogischen Bildungsangebote jedoch in beständige schulische und außerschulische Aufklärungs- und Bildungsmaßnahmen eingebunden sein.

Wer sich mit dem Thema Antiziganismus beschäftigt, begegnet einer erheblichen Verbreitung ablehnender Haltungen (vgl. Heitmeyer 2012, 39f.). Diese basieren auf einem umfangreichen Vorurteilsrepertoire und einer diffusen Assoziationsflut bezüglich des Begriffs „Zigeuner“. Das antiziganistische Konstrukt vom „Zigeuner“ ist in den europäischen Gesellschaften weit verbreitet und tief verankert (vgl. End 2011). Menschen, die als „Zigeuner“ angesehen werden, darunter häufig Sinti und Roma, treffen auf Vorbehalte, Ablehnung und diskriminierende Praktiken seitens der Mehrheitsbevölkerungen. In der Öffentlichkeit werden Roma als ethnisch und kulturell homogene und nach außen abgeschlossene Gruppe dargestellt, die anders und fremd sei (vgl. u. a. Zentralrat Deutscher Sinti und Roma 2010; Graevskaja 2013). Auch in politischen und medialen Debatten finden sich nur wenige Beiträge, die vorurteilsfrei und minderheitensensibel sind. Es bestehen weit reichende Übereinstimmungen in den Ressentiments gegenüber Sinti und Roma, die in den Diskursen als „Armutszuwanderer“ und „Sozialschmarotzer“ und damit undifferenziert als Problem und Bedrohung inszeniert werden.

Trotz des feststellbaren Bedarfs kann für eine (außer-)schulische Bildungsarbeit zum Themenkomplex Antiziganismus bisher nur auf sehr wenige Materialien zurückgegriffen werden. In den Rahmenlehrplänen selbst werden die Herkunftsgeschichte, die unterschiedlichen Verfolgungserfahrungen sowie die gegenwärtigen Situationen von Sinti

01 Beispielsweise Berndt 2007, Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma 2010, Nowak und Rosenberg 2010, Ortmeier et al. 1998, Rombase 2004, Verband Deutscher Sinti und Roma – Landesverband Hessen 2009.

und Roma in Deutschland und Europa häufig vollständig ausgespart oder nur marginal berücksichtigt. Eine selbstreflexive Auseinandersetzung mit dem historischen und aktuellen Antiziganismus findet in der Regel weder in Schulen noch in Form außerschulischer Bildungsangebote statt. In den letzten Jahren entstanden einige empfehlenswerte Materialsammlungen, um diesem Defizit Abhilfe zu verschaffen. 01 Diese Bildungsmaterialien nehmen sich der Thematik allerdings größtenteils in einer auf das kognitiv-dialogische Lernen ausgerichteten Art und Weise an und sind primär für die Anwendung im Geschichts- und Sozialkunde-Unterricht konzipiert. Aufgrund dieses Mangels an Bildungsmaterialien, die in vielfältigen Kontexten anwendbar sind, fand sich 2009 ein kleines interdisziplinäres Team aus verschiedenen Wissenschaftsbereichen sowie aus der pädagogischen Praxis, darunter Sinti, Roma und Nicht-Sinti oder -Roma, unter der Projektleitung der Jugendbildungsstätte Kaubstraße zusammen. Zielsetzung des Projekts war es, ein Seminarkonzept zu entwickeln, das demokratische Kompetenzen stärkt, für den historischen und aktuell existierenden Antiziganismus sensibilisiert, Selbstreflexion fördert, kritisches Urteilsvermögen schärft und die Dekonstruktion von antiziganistischen Vorurteilen ermöglicht.

Der methodische Schwerpunkt des Seminarkonzepts liegt im Bereich des Erfahrungslernens. Dabei wurden Ansätze der Demokratiepädagogik, der Konfliktpädagogik, der Menschenrechtsbildung, der interkulturellen Bildung und der historisch-politischen Bildung in das Methodenkonzept integriert. Das entstandene Methodenspektrum reicht von interaktiven Diskussions- und Positionierungsübungen sowie der Arbeit mit aktuellen Fernsehbeiträgen, Filmen und Liedern über Rollenspiele, Fallbeispiele, Simulationen, Karten- und Quizspiele bis hin zu einem Stadtspiel.

Den Abschluss des Projekts bildete die Publikation der Projektergebnisse in einem Handbuch (Alte Feuerwache e.V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße 2012). Darin werden neben einführenden Informationen zum historischen und aktuellen Antiziganismus in Europa und Deutschland sowie zur Struktur und Funktionsweise antiziganistischer Ressentiments das pädagogische Konzept und 27 Übungsvorschläge vorgestellt.



Demonstration von Roma-Aktivist_innen

Seit der Veröffentlichung hat das Autor_innenteam ca. 25 Fortbildungen für pädagogisch Tätige aus verschiedensten Arbeitsbereichen sowie mehrere Seminare mit Kindern und Jugendlichen durchgeführt. Diese Seminare und Fortbildungen zielen nicht vorrangig auf das bloße Erzeugen und Sichern bestimmter Lernergebnisse. Vielmehr werden vielfältige Erlebnis- und Erkenntnisbereiche eröffnet, um eine reflektierte und tiefgehende Beschäftigung – häufig auch mit den eigenen Vorurteilen – zu ermöglichen. In ergebnisoffenen Übungen werden Situationen geschaffen, in denen sich die Teilnehmenden mit kontroversen Positionen, Einstellungen und Bedürfnissen konfrontiert sehen und handeln müssen.

Die im Methodenhandbuch vorgestellten Übungen gliedern sich in vier aufeinander aufbauende Abschnitte: Thematischer Einstieg, Wissen und historischer Hintergrund, Sensibilisierung und Dekonstruktion. Entlang dieses Aufbaus werden im Folgenden wesentliche Lernziele und Fragestellungen näher erläutert.

Strikte Trennung zwischen Antiziganismus und „über Sinti und Roma“ reden

Häufig tragen Teilnehmende bzw. Organisator_innen im Vorfeld bzw. zu Beginn von Fortbildungen Fragen und Themenwünsche an die Seminarleitung heran, die nicht im engeren Sinn zum Themenfeld Antiziganismus gehören. Hierzu zählen vor allem die Erwartung an das Seminar, dass Handlungsstrategien im Umgang mit Sinti und Roma vermittelt würden sowie der Wunsch nach einer Einführung in die Kultur der Sinti und Roma. Die Seminarleitung greift solche Fragen und Erwartungen dahingehend auf, dass sie thematisiert, woher bestimmte Vorannahmen stammen, welche verallgemeinerbare Aussagekraft individuellen Erfahrungen beigemessen werden kann und unter welchen Bedingungen beispielsweise soziale Problemlagen ethnisiert werden.

Im Fokus der Seminare zu Antiziganismus steht jedoch nicht die Minderheit der Sinti und Roma sondern die Vorurteilsstrukturen und daraus resultierenden vielfältigen Diskriminierungspraktiken seitens der Mehrheitsbevölkerungen. Auch wenn in einigen Übungen auf die Verfolgungsgeschichte beispielsweise deutscher Sinti und Roma, auf Selbstorganisationen oder auf bestimmte kulturelle Elemente wie Sprachen und Selbstbezeichnungen eingegangen wird, muss dieser auf die Mehrheitsbevölkerung ausgerichtete Fokus immer wieder betont werden.

Antiziganismus

„Antiziganismus bezeichnet ein historisch gewachsenes und sich selbst stabilisierendes soziales Phänomen, das 1. eine homogenisierende und essentialisierende Wahrnehmung und Darstellung bestimmter sozialer Gruppen und Individuen unter dem Stigma ‚Zigeuner‘ oder anderer verwandter Bezeichnungen, 2. eine damit verbundene Zuschreibung spezifischer devianter Eigenschaften an die so Stigmatisierten sowie 3. vor diesem Hintergrund entstehende diskriminierende soziale Strukturen und gewaltförmige Praxen umfasst.“

Zitiert aus End, Markus (2013): Antiziganismus. Zur Verteidigung eines wissenschaftlichen Begriffs in kritischer Absicht. In: Bartels, Alexandra/von Borcke, Tobias/End, Markus/Friedrich, Anna (Hg.): Antiziganistische Zustände 2. Kritische Positionen gegen gewaltvolle Verhältnisse. Münster, Unrast, 39–72, hier 47.

Keine Stereotypen von außen einbringen

Analog zu anderen Bildungsangeboten im Antidiskriminierungsbereich stellte sich auch bei der Entwicklung von Methoden zur Auseinandersetzung mit Antiziganismus die Frage, wie dieses Thema in einem Seminkontext erörtert werden kann, ohne einschlägige Bilder und Stereotypen neu einzuführen, zu bekräftigen oder zu reproduzieren. Um

das Risiko einer (Re-)Produktion von antiziganistischen Vorurteilen möglichst gering zu halten, verzichten die Übungen bewusst darauf, klassische Stereotype vorzugeben. So werden in den Übungen zum thematischen Einstieg die Kenntnisse der Teilnehmer_innen erkundet und bereits vorhandene (antiziganistische) Vorstellungen und Einstellungen im Teilnehmendenkreis herausgearbeitet. Beispielsweise werden die Teilnehmenden dazu veranlasst, anhand einer willkürlichen Auswahl von Gegenständen ihre Assoziationen zum Thema Antiziganismus zu äußern. Im weiteren Verlauf des Seminars werden dann ausschließlich die von den Teilnehmer_innen selbst angeführten Bilder und Aussagen dazu herangezogen, die unterschiedlichen Ebenen und Ausprägungen des Antiziganismus weiter zu ergründen und die Vorurteile der Teilnehmer_innen zu dekonstruieren.

Grundlegende Informationen zum Thema vermitteln

Ein wesentlicher Bestandteil der Seminare ist die sachgemäße Vermittlung von Wissen zum Themenbereich. Beispielsweise erarbeiten und reflektieren die Teilnehmer_innen relevante Begrifflichkeiten (z. B. Eigen- und Fremdbezeichnungen), die Geschichte des Antiziganismus und der Verfolgung von Sinti und Roma sowie Fragen zur gegenwärtigen sehr diversen Diskriminierungssituation von Sinti und Roma in Europa. Mithilfe verschiedener Einstiegsübungen wird zum einen sprachlichen und begrifflichen Unsicherheiten begegnet, so dass die Teilnehmenden sich anschließend mit einer gewissen Sicherheit und ohne Furcht vor Bloßstellung in die inhaltliche Auseinandersetzung begeben können. Zum anderen werden im Rahmen der Seminareinheit Wissen und historischer Hintergrund Grundlagenkenntnisse vermittelt, die eine weitere fundierte Beschäftigung mit komplexen Fragen innerhalb der folgenden Seminareinheiten ermöglichen. Nicht zuletzt sorgt die Konfrontation mit vermeintlich „gesicherten Fakten“ im Zusammenhang mit den vorhandenen stereotypen Vorstellungen von Wissen über Sinti und Roma bereits zu diesem frühen Zeitpunkt der Seminare für gewünschte Irritationen.

Für die unterschiedlichen Formen von Antiziganismus sensibilisieren

Anschließende Übungen fördern im weiteren Verlauf des Seminars durch Perspektivwechsel, Rollenspiele und Identifikationsangebote eine Sensibilisierung für antiziganistische Stereotypisierung und Diskriminierung. Die Teilnehmer_innen setzen sich damit auseinander, wie Antiziganismus auf unterschiedlichen Ebenen entsteht und wirkt. Dabei lernen sie seine verschiedenen Ausformungen, von direkter Gewalt und offener Diskriminierung über verbale Anfeindungen und psychischen Druck bis hin zu struktureller Diskriminierung und subtilen Zuschreibungen kennen. Die Teilnehmer_innen beschäftigen sich in der Seminareinheit Sensibilisierung mit Macht- und Herrschaftsverhältnissen, die zur Diskriminierung von Sinti und Roma geführt haben und führen, sowie mit multiplen Diskriminierungen aufgrund von Geschlecht, Staatsangehörigkeit oder wirtschaftlicher Situation. So wird beispielsweise in Rollenspielen herausgearbeitet, welche Faktoren gesellschaftliche Teilhabe begünstigen und welche hemmend wirken können.

Die Annahme einer homogenen Kulturgemeinschaft dekonstruieren

Eines der Hauptanliegen des Seminarangebots ist es, die Wahrnehmung von Sinti und Roma als eine ethnisch und kulturell einheitliche Gemeinschaft kritisch zu hinterfragen. Diese Wahrnehmung wird der Realität nicht gerecht. Vielmehr entspringt sie dem in

nahezu allen Rassismen feststellbaren Prozess der Homogenisierung und Essentialisierung der Fremdgruppe (vgl. Rommelspacher 2011, 29), in diesem Falle also der als „Zigeuner“ Bezeichneten.

Vor allem in der Seminareinheit Sensibilisierung wird daher wiederholt thematisiert, dass die Lebenswirklichkeiten und das Selbstverständnis verschiedener Sinti und Roma genauso unterschiedlich sind wie die anderer Bevölkerungsgruppen. Die Übungen dazu gehen methodisch den „Weg über die Person“ (Schröder et al. 2004, 36). Dieser Zugang zur Thematik soll auf individueller Ebene verdeutlichen, dass Lebensentwürfe nicht direkt oder geradlinig aus gesellschaftlichen Großgruppen und ihren vermeintlichen Normen und Werten abgeleitet werden. Dabei wird betont, dass auch unter den Angehörigen der Minderheit sehr diverse Normen und Lebensvorstellungen existieren. Die Teilnehmer_innen können auf diese Weise erkennen, dass die Zugehörigkeit zur Minderheit der Sinti und Roma, wie zu anderen Gruppen, keineswegs als absolut und alle anderen „Identitätsmerkmale“ determinierend verstanden werden kann, sondern als ein individuell unterschiedlich stark gewichtetes Element der Identität. Hiermit wird die Zielstellung verbunden, dass die Teilnehmenden Sinti und Roma zukünftig als Individuen abseits von antiziganistischen Klischees wahrnehmen. Wie sehr diese Klischees die Wahrnehmung der Teilnehmenden beeinträchtigen, wird zudem durch Übungen, die sich explizit mit Identitätsbildungsprozessen beschäftigen, veranschaulicht. In diesen Übungen reflektieren die Teilnehmenden, dass Gruppen oftmals aufgrund weniger Attribute von Dritten und somit „von außen“ konstruiert und konstituiert werden. Im Zuge dieses intensiven Reflexionsprozesses wird die Willkür ethnisierender Zuschreibungen sichtbar und Prozesse von divergierenden Selbst- und Fremdzuschreibungen und -wahrnehmungen werden herausgearbeitet.

Konstruktionslogik antiziganistischer Stereotypen aufarbeiten

In der Seminareinheit Dekonstruktion werden Mechanismen bei der Entstehung und Verankerung von „Zigeuner“-Bildern aufgezeigt sowie selbstständig von den Teilnehmenden erkannt und kritisiert. Da sich diese Bilder historisch vielfach gewandelt haben und gleichzeitig einzelne Bestandteile der vorurteilshaften Bilder über die Geschichte hinweg große Kontinuitäten aufweisen, fokussieren die Übungen sowohl historische als auch aktuelle Erscheinungsformen des Antiziganismus. Insbesondere der medialen Mitwirkung an der (Re-)Produktion von stereotypen „Zigeuner“-Bildern wird in dieser Seminareinheit angemessen Platz eingeräumt. Beispielsweise gleichen die Teilnehmer_innen verschiedene Artikel aus Printmedien mit den Vorgaben des Deutschen Presserates ab und analysieren die Berichterstattung über Roma und Sinti. Hierbei offenbart sich regelmäßig eine ganze Reihe von Verstößen gegen den Pressekodex. ⁰²

Insgesamt erhalten wir unabhängig vom Alter der Teilnehmenden viele positive (wenn auch nicht immer unkritische) Rückmeldungen zu den Seminaren und Fortbildungen. Dieses Feedback und die wahrnehmbaren Reaktionen der Teilnehmer_innen führen zu der Überzeugung, dass im geschützten Raum der Seminare sehr viele wichtige Denkanstöße und Reflexionsprozesse ausgelöst werden und tief gehende Auseinandersetzungen mit dem gesellschaftlichen und individuellen Phänomen des Antiziganismus stattfinden.

Hinreichend bekannt ist jedoch, dass kurzzeitpädagogische Bildungsangebote allein nicht dazu geeignet sind, mit massiven Vorteilen und tief verankerten Weltbildern zu brechen, sondern vor allem einen Auftakt für eine intensive Beschäftigung mit dem Thema darstellen.

Um Antiziganismus konsequent und nachhaltig entgegenzuwirken, müssen erstens Bildungsangebote wie das hier vorgestellte und andere pädagogische Handreichungen

⁰² Der Zentralrat Deutscher Sinti und Roma reicht jährlich Dutzende von Beschwerden beim Deutschen Presserat ein, um gegen diskriminierende Berichterstattung vorzugehen (Rose 2010, 10 f.).

stärker ineinander greifen, weitere Verbreitung finden und durch vielfältige Lern- und Aufklärungsangebote ergänzt werden. Zweitens muss grundsätzlich die Bereitschaft der Pädagog_innen wachsen, sich mit dem komplexen und ihnen oft nicht vertrauten Thema Antiziganismus persönlich auseinanderzusetzen sowie die gewonnen methodischen und selbstreflexiven Kenntnisse in ihrer pädagogischen Praxis umzusetzen. Drittens müssen dem Thema entsprechende Kapazitäten in der schulischen und außerschulischen Bildungsarbeit eingeräumt werden.

Elisa Schmidt, B.A. Soziale Arbeit; Mitautorin „Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus“; freiberufliche Seminarleiterin mit den Arbeitsschwerpunkten: Methodik und Didaktik der (außerschulischen) Bildungsarbeit, Soziale Gerechtigkeit, Demokratiepädagogik, Kritische Medienbildung und Antiziganismus; zurzeit berufsbegleitendes Masterstudium „Soziale Arbeit als Menschenrechtsprofession“.

Literatur

Alte Feuerwache e.V., Jugendbildungsstätte Kaubstraße (Hg.) (2012): Methodenhandbuch zum Thema Antiziganismus für die schulische und außerschulische Bildungsarbeit, Münster: Unrast.

Berndt, Antje (2007): Mehrheit, Macht, Geschichte: 7 Biografien zwischen Verfolgung, Diskriminierung und Selbstbehauptung. Interkulturelles Geschichtslernen: Interviews, Übungen, Projektideen. Herausgegeben vom Anne-Frank-Zentrum, Mülheim an der Ruhr: Verlag an der Ruhr.

Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma (2010): Elses Geschichte – Themen und Materialien für eine Bearbeitung im Unterricht, Heidelberg: Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma, online verfügbar: http://www.elses-geschichte.de/buch/assets/download/themen_materialien.pdf, Zugriff: 27.2.2014.

End, Markus (2011): Bilder und Sinnstruktur des Antiziganismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte Heft 22/23, 15–21.

Graevskaja, Alexandra (2013): „Die machen unser schönes Viertel kaputt!“ Rassismus und Antiziganismus am Beispiel Duisburgs, in: Kellershohn, Helmut/Jobst, Paul (Hg.): Der Kampf um Räume. Neoliberale und extrem rechte Konzepte von Hegemonie und Expansion, Münster: Unrast, 75–111.

Heitmeyer, Wilhelm (2012): Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit (GMF) in einem entscherten Jahrzehnt, in: Ders. (Hg.): Deutsche Zustände, Berlin: Suhrkamp, 15–41.

Ortmeyer, Christoph/Peters, Elke/Strauß, Daniel (1998): Antiziganismus: Geschichte und Gegenwart deutscher Sinti und Roma. Materialien zum Unterricht/Sekundarstufe I; Bd. 135: Gesellschaftslehre, Geschichte, Wiesbaden: Hessisches Landesinstitut für Pädagogik.

Rombase (2004): Handbuch, Graz: Universität Graz, online verfügbar: <http://romani.uni-graz.at/rombase/ped/data/handbuch.de.pdf>, Zugriff: 27.2.2014.

Rommelspacher, Birgit (2011): Was ist eigentlich Rassismus?, in: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik. Bd. 1: Rassismustheorie und -forschung, Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 25–38.

Rose, Romani (2010): Diskriminierende Kennzeichnungen der Minderheit in Presse und Fernsehen – eine Bestandsaufnahme, in: Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Hg.): Diskriminierungsverbot und Freiheit der Medien. Das Beispiel Sinti und Roma. Dokumentation einer Medientagung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma in Kooperation mit dem Deutschen Presserat und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. November 2009 in Berlin, Schriftenreihe Band 6, Heidelberg, 9–16.

Rosenberg, Petra/Nowak, Měto (2010): Deutsche Sinti und Roma. Eine Brandenburger Minderheit und ihre Thematisierung im Unterricht, Potsdam: Zentrum für Lehrerfortbildung an der Universität Potsdam.

Schröder, Achim/Balzter, Nadine/Schroedter, Thomas (2004): Politische Jugendbildung auf dem Prüfstand. Ergebnisse einer bundesweiten Evaluation. Weinheim: Juventa Verlag.

Verband Deutscher Sinti und Roma, Landesverband Hessen (2009): Medienkoffer für Schule und Unterricht zu den Themen „Sinti und Roma“ und „Antiziganismus“, Marburg: I-Verb.de.

Zentralrat Deutscher Sinti und Roma (Hg.) (2010): Diskriminierungsverbot und Freiheit der Medien. Das Beispiel Sinti und Roma. Dokumentation einer Medientagung des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma in Kooperation mit dem Deutschen Presserat und der Friedrich-Ebert-Stiftung am 5. November 2009 in Berlin, Schriftenreihe Band 6, Heidelberg.

Christa Kaletsch/Tami Rickert

Berücksichtigung pluraler Perspektiven Erweiterung der Handlungsnotwendigkeiten in der Beratungspraxis

„Wir wissen nicht, wie lange wir den Druck noch aushalten können. Ehrlich gesagt, denken wir verstärkt darüber nach, hier wegzuziehen“, berichtet eine Frau mittleren Alters, die mit ihrem Sohn und ihrem Lebenspartner seit mehr als zwölf Jahren in einem Einfamilienhaus lebt. „Unser Sohn möchte nun doch lieber die Schule wechseln“, berichtet eine Beratungsnehmer_in. Sie habe ihre Wege nach der Schule sehr verändert, berichtet eine Schüler_in. „Bin ich erstmal zu Hause, gehe ich lieber nicht mehr raus.“ ⁰¹

Immer wieder werden Menschen in Situationen gebracht, in denen sie sich vor die Entscheidung gestellt sehen zu weichen, da sie in eine Auseinandersetzung mit neonazistischen Akteuren geraten sind. Die Gründe sind häufig vielfältig und komplex und haben – nach Eindruck unserer Beratungspraxis – sehr viel mit der Wahrnehmung und den Herangehensweisen im Umgang mit Erscheinungsformen des modernen Rechtsextremismus zu tun. Häufig geraten diejenigen, die sich vom Auftreten rechtsextremer Akteure betroffen fühlen und/oder bedroht werden, in eine Minderposition. Nur selten gelingt es, dass Nachbar_innen, Mitschüler_innen, Lehrer_innen, Vereinsmitglieder oder Bürgermeister_innen sich rasch und zielgerichtet den Bedürfnissen der Betroffenen zuwenden und eindeutig Schutz und Solidarität mit den Betroffenen

entwickeln. In der Regel überwiegen Zurückhaltung, Skepsis und das Infragestellen der von Betroffenen beschriebenen Wahrnehmung.

Häufig geraten diejenigen, die das Auftreten rechtsextremer Akteure kritisch begleiten und/oder durch diese bedroht werden, in eine Art „Beweislast“. Das heißt andere, bisher nicht involvierte, zivilgesellschaftliche und auch staatliche Akteure bringen sie in die Situation, in der sie belegen müssen, dass es sich bei den rechtsextremen Akteuren tatsächlich um solche handelt. Dieses – vielfach auch von der Polizei gegenüber Minderjährigen praktizierte – Vorgehen ist gefährlich für die Betroffenen und führt zu einer Eskalation.

Gleiches gilt, wenn öffentlichwirksame Bekenntnisse „gegen Rechts“ übereilt getroffen werden: Da die Existenz

⁰¹ Die exemplarischen O-Töne aus unserer Beratungsarbeit wurden bewusst aus den Kontexten „herausgerissen“ und neu zusammengefügt, um den Leser_innen die immer wieder anzutreffenden Symptome und Muster verdeutlichen zu können, gleichzeitig aber auch die Anonymität der Beratungsnehmer_innen zu wahren.



Gespräch zwischen zwei Workshops während der Tagung „salonfähig, trittsicher“

rechtsextremer Akteure auch nur mittelbar Beteiligte, zum Beispiel Bürgermeister_innen, Vereinsvorsitzende und Schulleiter_innen beunruhigt, wünschen sie sich verständlicherweise eine Lösung. Dabei steht dann häufig der Wunsch im Mittelpunkt, das Problem bewältigen zu können, im Sinne von aus der Welt zu schaffen. In diesem Fall kann auf eine längere Phase der Nichtbeachtung eine fast plötzlich wirkende Einsicht erfolgen, die dann nicht selten in der Idee mündet, durch eine möglichst breit angelegte, öffentlichkeitswirksame Aktion bekannt zu geben, dass Rechtsextremismus vor Ort nicht geduldet werde. Diese oft in bester Absicht ergriffene Initiative verkennt, dass die rechtsextremen Akteure aufgrund dieser Bekenntnisse nicht einfach verschwinden werden. Im Gegenteil: Sie können sich dadurch herausgefordert fühlen und bemühen sich nun darum, als ein selbstverständlicher Bestandteil der lokalen oder Dorfgemeinschaft wahrgenommen zu werden und gleichzeitig gezielt gegen einzelne Menschen eine andauernde Bedrohung aufzubauen. Dies wiederum hat häufig weitere negative Folgen: So rücken diejenigen, die frühzeitig in eine Auseinandersetzung geraten sind, zum einen noch stärker in das Blickfeld der rechtsextremen Akteure und werden zum anderen nicht selten von anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, die ihnen eigentlich Schutz und Solidarität bieten müssten, als „Problem“

und „störend“ wahrgenommen. Mancherorts findet in diesem Zusammenhang eine Täter-Opfer-Umkehr statt. Schlimmstenfalls stellt sich dann beispielsweise im ländlichen Raum die „Dorfgemeinschaft“ schützend vor rechtsextreme Akteure, die seit Jahren im Ort als gute Nachbar_innen bekannt sind, und macht die unter den Anfeindungen der Neonazis leidenden Betroffenen zu denjenigen, die das „eigentlich gute Klima im Ort“ in Frage gestellt und gestört haben.

Für das Entstehen dieser immer wieder bemerkbaren Muster in der Auseinandersetzung mit Neonazismus, aber auch im Umgang mit den verschiedenen Erscheinungsformen von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit in Institutionen und Kommunen, erscheint uns zentral, dass die Auseinandersetzung und Bewertung der Tat ein Höchstmaß an Energie bindet. Das erschwert es darüber nachzudenken, was zu tun ist, damit sich alle Menschen vor Ort wohl und sicher und in ihrer Menschenwürde geachtet fühlen können. Nur vereinzelt gelingt es, die dominanten Akteure der (örtlichen) Zivilgesellschaft für eine Perspektiverweiterung zu gewinnen und Empathie für potentiell Betroffene zu wecken.

Um zivile Kräfte gegen Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamfeindlichkeit, Antiziganismus und Antihomosexualität sowie weitere Formen Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und davon Betroffene zu stärken, ist es notwendig Täter_innenfixierungen zu

vermeiden. Häufig konzentrieren sich alle Aktivitäten auf die Täter_innen, Handlungsstrategien orientieren sich an ihnen, Betroffenheiten sind oft unsichtbar, weil sie zum Teil übersehen, nicht wahrgenommen oder auch nicht ernst genommen werden. Selten stehen in der Beratungspraxis die folgenden Fragen im Raum: Sind vor Ort Menschen von Rechtsextremismus betroffen, werden Bedrohungen erlebt? Welche Bedürfnisse und Handlungsoptionen haben Betroffene? Wie können sie vor häufig alltäglichen Angriffen, Bedrohungen und Übergriffen geschützt werden? Was erleben sie als unterstützend? Dabei ist zu berücksichtigen, dass es um die Bedürfnisse der Betroffenen geht und nicht um unsere eigenen Interpretationen und Annahmen. Nicht unwesentlich für die Beratungsarbeit ist hierbei auch die Frage: Wie kann sich die Situation der Betroffenen durch die Beratungsarbeit verbessern und worauf muss geachtet werden, damit sich die Situation für Betroffene durch Beratungsarbeit nicht noch zusätzlich verschlechtert?

Wichtig für die Beantwortung dieser Fragen und für die Wahrnehmung von Betroffenheiten ist zu erkennen, dass dem Erleben von alltäglichen Bedrohungen oder Übergriffen häufig Erfahrungen struktureller und institutioneller Ungleichbehandlung und Diskriminierung sowie alltägliche Diskriminierungserfahrungen vorausgehen. Es muss demnach berücksichtigt werden, dass die Erfahrung der Viktimisierung vielschichtig sein kann und dass sie häufig mit Erlebnissen der Marginalisierung und der strukturellen Ausgrenzung verbunden ist. Dabei spielen auch rassistische, antisemitische, antiziganistische, anti-homosexuelle und islamfeindliche Diskurse in Medien, Politik und gesellschaftlichem Umfeld eine Rolle. „Ideologien der Ungleichwertigkeit [sind] nicht nur unter rechten Schläger_innen zu finden. Sie sind auch in Asylgesetzgebung und Abschiebep Praxis eingeschrieben sowie in Denkweisen über ‚Ausländerkriminalität‘ und ‚unüberwindbare kulturelle Differenz‘“ (Köbberling 2010, 192).

Potenziell Betroffene beschreiben die Auswirkungen institutioneller Diskriminierung und Praktiken eines strukturellen Rassismus vielfach als relevanter für ihr Erleben als die Auseinandersetzung mit rechtsextremen Akteuren. Die Autorinnen haben ein über zwei Jahre laufendes Projekt zur „Perspektiverweiterung und (Entwicklung von) Handlungsempfehlungen für die Beratungspraxis“ im Rahmen des Beratungsnetzwerks gegen Rechtsextremismus in Hessen angestoßen und begleitet, in dem elf zivilgesellschaftliche Akteure, wie z. B. der Landesverband der Sinti und Roma, die Initiative Schwarze Menschen in Deutschland und Jugendliche ohne Grenzen um ihre Wahrnehmungen und Empfehlungen gebeten

wurden. Dabei wurde insbesondere die Schule als Ort der Verstärkung von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und strukturell begründeter Ungleichbehandlung von fast allen befragten Projektpartner_innen und damit zugleich als wichtiges Entwicklungsfeld beschrieben (vgl. LKS 2013).

Öffentliche Medien verstärken und reproduzieren in manchen Berichterstattungen gruppenbezogene menschenfeindliche Einstellungen, indem sie diskriminierende Stereotype und klischeehafte Vorstellungen verbreiten. Diskriminierungserfahrungen im Alltag werden im gesellschaftlichen Umfeld häufig nicht als solche wahrgenommen, sondern relativiert, verharmlost oder nivelliert. Dabei liegt die Brutalität der Ablehnungs- und Ausgrenzungserfahrungen in der „ständigen Präsenz im Alltag“ (Pieper 2013, 100). Rassismus im Alltag zeigt sich beispielsweise durch „kleine Blicke und Gesten, die verweigernde Begrüßung oder ein leises Tuscheln und Lachen“ (ebd.), deutliche Signalisierung der selbstverständlichen Annahme einer Nicht-Zugehörigkeit oder Gewöhnung an Äußerungen diskriminierender Schimpfworte. Ein Mitglied von Jugendliche ohne Grenzen, einer Initiative von jugendlichen Flüchtlingen, die sich für ihre Interessen und Belange einsetzen, schildert eine solche Diskriminierungserfahrung in einer Begegnungsstätte: Die meisten Mitglieder der Gruppe waren Muslime und hatten im Vorfeld darum gebeten, dies beim Essensangebot zu berücksichtigen. Auf den Essensschildern stand, welches Essen angeboten wird, „nur bei Putengulasch stand ‚Moslems‘ drauf“ (LKS 2013, 22). In diesem Beispiel wird deutlich, wie Menschen durch die schlichte Äußerung von Wünschen zu einer besonderen Gruppe und als solche sichtbar gemacht werden. Es finden Kulturalisierungen statt, wobei die ‚Anderen‘ jedoch erst zu Anderen gemacht und damit als nicht zugehörig definiert werden. Annita Kalpaka spricht in diesem Zusammenhang in Anlehnung an den Begriff „Othering“ von „Andern“ oder „Geanderten“ (Kalpaka 2009, 26). Zudem wird verkannt, dass Gruppen in sich heterogen sein können. Auch unhinterfragte Vorstellungen von Heteronormativität und nicht-gleichgeschlechtlichen Lebensweisen können im Alltag diskriminierende Auswirkungen haben und z. B. dazu führen, die eigene Lebensweise permanent zu verstecken: „Eine Teilnehmerin aus der Junglesbengruppe hat gefordert, dass sie sich nicht ständig erklären möchte, warum sie lesbisch lebt und woran sie gemerkt hat, dass sie Frauen liebt. Lesben wird damit immer vor Augen geführt, dass sie nicht der Norm entsprechen. Heterosexuelle stellen ihre sexuelle Identität nicht in Frage und überlegen sich nicht, woran sie gemerkt haben, dass sie heterosexuell sind. Die in Situationen des

Angsträume

Angsträume sind beweglich und verändern sich. „Menschen gehen davon aus, dass sie sich in ihrer Lebenswelt körperlich unversehrt bewegen können, dass die Normen und Regeln unserer Gesellschaft sie vor Angriffen, aber auch vor Beleidigungen, Bedrohungen und unangenehmen Situationen schützen.“ Diese Regeln und Normen sind in Frage gestellt, sobald „Zonen potentieller Gewalt [...] sich ausdehnen und den Angegriffenen den öffentlichen Raum verschließen. Es entstehen Orte oder Situationen, an denen die Betroffenen davon ausgehen, wieder angegriffen werden zu können“ (Pieper 2013, S. 106).

Kennennlernens beispielsweise immer wieder an Frauen gestellte Frage nach einem Freund „sollte einen größeren Raum vielfältiger Lebensgestaltungen eröffnen und die Möglichkeit der gleichgeschlechtlichen Beziehung mit einbeziehen“ (LKS, 63). Diskriminierungserfahrungen werden in nahezu allen Lebensbereichen gemacht: So berichten Personen in einer Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma von antiziganistischen Erfahrungen in der Schule, während der Ausbildung, im Berufsleben, bei der Arbeitssuche, bei der Wohnungssuche, im Verein, auf Rastplätzen, Campingplätzen und in zwischenmenschlichen Beziehungen (vgl. Strauß 2011, 90). Die im Alltag „transportierten Abwertungen sind subtil und für Außenstehende nur schwer als direkte Beleidigungen oder gar als rassistisch motivierte Ausgrenzung zu identifizieren“ (Pieper 2013, 101). Durch die Häufung von Diskriminierungserfahrungen im Alltag „kann eine Sensibilisierung für Blicke und die subtilen Mechanismen der Ausgrenzung entstehen“ (ebd.). Das Schweigen und der fehlende Widerspruch umstehender Personen werden häufig als Zustimmung empfunden, was es für Betroffene sehr schwierig macht, sich zu wehren (vgl. ebd.).

Vor diesem Hintergrund müssen Angriffe, Bedrohungen und Übergriffe von rechtsextremer Seite betrachtet werden. Rechtsextreme Gewalttaten sind „Botschaftstaten“ (Porath 2013, 229); Menschen werden dabei nicht als Individuen angegriffen, sondern als Repräsentant_innen einer von Täter_innen konstruierten und abgewerteten Gruppe (vgl. ebd.). Die Botschaft besteht darin, z. B. an einem Ort nicht erwünscht zu sein, nicht dazuzugehören oder weniger Rechte zu haben als andere. Durch die verbreitete Vorstellung einer prinzipiellen Ungleichwertigkeit der Menschen in der Gesamtgesellschaft (vgl. Heitmeyer

2012) werden Gewalttaten häufig als im Sinne des Willens der Mehrheitsgesellschaft wahrgenommen. „Dass diese Denkweisen von breiten Teilen der Gesellschaft geteilt werden, begründet [...] für die Betroffenen die Angst vor erneuter Viktimisierung“ (Köbberling 2010, 192). Botschaftstaten bedeuten eine „kollektive Viktimisierung“; sie haben Wirkung auf alle, die von den Täter_innen dieser konstruierten Gruppe zugeordnet werden, und verursachen Ängste und Unsicherheiten bei all diesen Personen (vgl. Porath 2013, 229). Dies führt häufig dazu, dass öffentliche Räume gemieden werden und Angsträume entstehen. Ein besonderes Kennzeichen rechts-extremer Gewalttaten ist, dass sie als Vorsatz bei Gelegenheit bezeichnet werden können. Es werden demnach gezielt Menschen angegriffen, die dem eigenen Feindbild entsprechen. Begegnungen finden

aber häufig zufällig statt, wobei jedes mögliche Verhalten der Angegriffenen als Provokation aufgefasst wird (vgl. Porath 2013, 229).

Fehlreaktionen wie z. B. Verharmlosung, Relativierung der Tat, fehlende Empathie, Schuldzuweisung an die Betroffenen durch das gesellschaftliche Umfeld, Polizei, Justiz oder andere Behörden, aber auch alltägliche Konfrontation mit Vorurteilen, Ablehnung und Ausgrenzung verstärken die Opferwerdung und können als „sekundäre Viktimisierung“ bezeichnet werden. „Alltägliche Formen von Diskriminierung und Rassismus entwickeln nach einer Gewalterfahrung für die Betroffenen häufig eine bedrohliche Dimension neuer Art“ (Köbberling 2010, S. 193). Nicht selten wird Betroffenen unterstellt, sie hätten Schuld oder Mitschuld an der Tat, oder die Schwere der Tat selbst wird geringer eingestuft. Auch erkennt die Polizei politisch motivierte Kriminalität häufig nicht als solche an.

In der Beratungsarbeit stellt sich die Frage, in welcher Weise diese Ungleichwertigkeitsideologien (unbewusst) reproduziert werden und damit die erneute Viktimisierung verstärkt wird. So bedarf es einer Klärung, wer eine Situation aus welcher Position heraus interpretiert. In der Beratung ist daher eine kritische und selbstreflexive Haltung zentral (vgl. Köbberling 2010, 194 ff.). Tobias Pieper stellt zudem treffend fest: „Berater_innen ohne Rassismuserfahrungen stoßen in der Beratung von Betroffenen von Rassismus durch die Unmöglichkeit der Erfahrungskonvergenz auf strukturelle Probleme“ (Pieper 2013, 108). Daher wäre eine Erweiterung der Beratungsteams vonnöten, um heterogene Erfahrungen einzubeziehen und eine Auseinandersetzung mit „Weißem-Privilegien“ und den damit verbundenen Machtpositionen innerhalb des Beratungskontextes“ zu ermöglichen (Pieper 2013, 108).

Heterogene Erfahrungen in der Beratungsarbeit zu berücksichtigen und daraus folgende Handlungsnotwendigkeiten abzuleiten bedeutet, in der Beratungspraxis Strukturen zu schaffen, die es Menschen ermöglichen, Antworten auf die o. g. Fragen zu geben und sich dabei nicht als ‚Geanderte‘, sondern als handlungsfähige Akteure erleben zu können. Dabei lässt sich auf Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit übertragen, was Mecheril für die rassismuskritische Perspektive empfiehlt: Um der Gefahr zu begegnen, dass in der Thematisierung von Zugehörigkeitserfahrungen Dominanz reproduziert wird, also Menschen in die Situation gebracht werden, ihre Lebensweise rechtfertigen oder auch nur erklären zu müssen, „bedarf es [...] einer genauen Beschäftigung mit der Struktur der Räume, in denen Rassismuserfahrungen thematisiert und kommuniziert werden“ (Mecheril 2004, 209).

Aufgrund der sekundären und kollektiven Viktimisierung sowie der häufig auftretenden Entsolidarisierung des gesellschaftlichen Umfeldes muss Beratungsarbeit der Marginalisierung von Betroffenen entgegenwirken und Solidarisierungsprozesse anregen, sie muss eine „lokale Intervention“ beinhalten. „Lokale Intervention zielt darauf ab, Sensibilisierungsprozesse für die Situation der Betroffenenengruppen sowie praktische Solidarisierungen mit den Betroffenen anzuregen“ (Köbberling 2013, 245). Die Auseinandersetzung mit Diskriminierungserfahrungen im Alltag und mit struktureller Ausgrenzung und Benachteiligung ist ein Bestandteil davon. Leider gibt es in Hessen bisher keine Strukturen für eine entsprechende, angemessene und unabhängige Opferberatung, die eine solche lokale Intervention und dadurch die Stärkung von und Solidarisierung mit Betroffenen ermöglicht.

Christa Kaletsch, M.A Fachjournalismus Geschichte, freie Autorin, Trainerin und Beraterin in den Bereichen konstruktive Konfliktbearbeitung, Demokratie- und Menschenrechtsbildung. Seit 2003 Beratungsarbeit zum Umgang mit Rassismus und Diskriminierungsgeschehen in Schulen. Mitglied des Beratungsteams „Zivile Kräfte stärken“ der Bildungsstätte Anne Frank.

Tami Rickert, M. A. Pädagogik, Psychologie, Soziologie. Seit 2008 Bildungsreferentin in der Bildungsstätte Anne Frank mit den Arbeitsschwerpunkten Entwicklung pädagogischer Konzepte zu antisemitismuskritischer Bildungsarbeit und Beratungsarbeit gegen Rechtsextremismus und unterschiedliche Formen von Diskriminierung.

Literatur

Heitmeyer, Wilhelm (Hg.) (2012): Deutsche Zustände. Folge 10, Frankfurt/M.: Suhrkamp

Kalpaka, Annita (2009): Institutionelle Diskriminierung im Blick – Von der Notwendigkeit Ausblendungen und Verstrickungen in rassismuskritischer Bildungsarbeit zu thematisieren, in: Melter, Claus/Mecheril, Paul (Hg.): Rassismuskritik Band 1: Rassismustheorie und -forschung. Schwalbach/Ts.: Wochenschau, 25–40.

Köbberling, Gesa (2010): Rechte Gewalt – Beratung im interkulturellen Kontext, in: Hartmann, Jutta (Hg.): Perspektiven professioneller Opferhilfe. Theorie und Praxis eines interdisziplinären Handlungsfelds. Wiesbaden: VS, 189–205.

Köbberling, Gesa (2013): Lokale Intervention als raumbezogenes Handlungsfeld, in: Opferperspektive e.V. (Hg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt – An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster: Westfälisches Dampfboot, 243–260.

LKS (Landeskoordinierungsstelle des beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus) (Hg.) (2013): Nicht über, sondern mit den Betroffenen reden. Perspektiverweiterungen und Handlungsempfehlungen für die Beratungspraxis, online verfügbar: <http://beratungsnetzwerk-hessen.de>, Zugriff: 27.2.2014.

Mecheril, Paul (2004): Einführung in die Migrationspädagogik. Weinheim und Basel: Beltz.

Pieper, Tobias (2013): Das Zusammenspiel von Alltagsrassismus und Gewalt, in: Opferperspektive e.V. (Hg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt – An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster: Westfälisches Dampfboot, 98–110.

Porath, Judith (2013): Beratung für Betroffene rechter Gewalt – Spezifik des Arbeitsansatzes und des Beratungskonzeptes, in: Opferperspektive e.V. (Hg.): Rassistische Diskriminierung und rechte Gewalt – An der Seite der Betroffenen beraten, informieren, intervenieren. Münster: Westfälisches Dampfboot, 227–242.

Strauß, Daniel (Hg.) (2011): Studie zur aktuellen Bildungssituation deutscher Sinti und Roma. Dokumentation und Forschungsbericht. Marburg, online verfügbar: http://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/2011_Strauss_Studie_Sinti_Bildung.pdf, Zugriff: 27.2.2014.

Ole Jantschek

Eine kosmopolitische Perspektive Rechtspopulismus als Herausforderung für die europabezogene politische Bildung

Quer durch Europa erreichten Parteien, die dem rechten Spektrum zuzuordnen sind, in den vergangenen Jahren einen beachtlichen Anteil der Wähler_innen (vgl. Häusler 2013, 65; Bauer 2013). Insbesondere rechtspopulistischen und „wohlstandschauvinistischen“ Parteien (Häusler) ist es gelungen, in eher liberalen und von Migration geprägten Gesellschaften wie den Niederlanden, Österreich, den skandinavischen Ländern oder der Schweiz ihre Positionen über traditionell für rechtsextreme Positionen erreichbare Wählergruppen hinaus zu verbreiten. Mit Kampagnen zum Verbot von Minaretten oder zur Einschränkung der Personenfreizügigkeit (Stichwort: „Armutsmigration“) konnten sie rassistischen und europafeindlichen Deutungen mediale Aufmerksamkeit verschaffen und auf diese Weise politische Diskurse bis weit in das demokratische Parteiensystem verändern.

Dieser Artikel geht von der Prämisse aus, dass ein solches Vordringen rechtspopulistischer Positionen in die politische Mitte auch in Deutschland stattfinden kann (vgl. Decker/Kiess/Brähler 2012; Klein/Heitmeyer 2012). Diese Entwicklung ist nicht nur ein Problem der einzelnen Mitgliedsstaaten, sondern stellt die Identität des europäischen Einigungsprojekts, die demokratische Kultur und die Offenheit einer europäisch gedachten, transnationalen Gesellschaft in Frage. Die europabezogene politische Bildung muss daher adäquat auf das Phänomen reagieren. Ihr spezifischer Beitrag kann an dieser Stelle darin bestehen, Themen, die von rechtspopulistischen Parteien besetzt werden, aufzugreifen und den politischen Forderungen mit einem differenzierten Blick auf Problemlagen und Lösungsstrategien zu begegnen. Wichtig ist dabei, den rassistisch oder europafeindlich motivierten Deutungen nicht ungewollt zu weiterer Aufmerksamkeit zu verhelfen. So kann zum Beispiel ein Aufgreifen der Diskussion über

die „Zuwanderung in Sozialsysteme“ die unzutreffende Wahrnehmung verstärken, hierbei handele es sich um eine empirisch gesicherte Tatsache.

Dieser Artikel macht deswegen zusätzlich einen anderen Ansatz stark: Europabezogene politische Bildung sollte zunächst ihre eigenen Grundlagen aus kosmopolitischer Perspektive reflektieren, um den Deutungskategorien rechtspopulistischer Parteien mit der Vision einer europäischen Demokratie zu begegnen, die von der Anerkennung von Differenz und der Zusicherung gleicher Rechte für alle Bürger_innen geprägt ist. Die grundsätzliche Aufgabe politischer Jugendbildung besteht darin, jungen Menschen differenziertes Wissen über gesellschaftliche Problemlagen zu vermitteln, die Kritik- und Reflexionsfähigkeit zu stärken und zu politischem Handeln anzuregen. Daher gilt es, junge Menschen als Bürger_innen einer europäischen Demokratie im Werden ernst zu nehmen. Bei der Gestaltung von Seminaren und Tagungen ist es vor

diesem Hintergrund sinnvoll, vor allem zwei Themenfelder stärker in den Blick zu rücken. Zum einen braucht es Begegnungen, die statt eines Austauschs über nationale Narrative einen multiperspektivischen Dialog der Erinnerungskulturen ermöglichen. Dies beinhaltet eine Sensibilisierung dafür, dass es auch innerhalb der nationalstaatlich verfassten Gesellschaften eine große Diversität historischer Erfahrungen und Wahrnehmungen unterschiedlicher Communities gibt. Zum anderen müssen Gegenwartsfragen nach gesellschaftlicher Teilhabe, europäischer Solidarität, der Bewältigung von transnationalen Problemlagen und der Rolle Europas in der Welt diskutiert werden. Wo rechtspopulistische Parteien sich als Anwalt der demokratischen Mitbestimmung inszenieren, sollte politische Bildung tatsächliche Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen und Räume zum kritischen Nachdenken über die Zukunft des europäischen Einigungsprojekts eröffnen.

Rechtspopulismus – eine Herausforderung der europäischen Demokratie(n)

Drei Gründe sprechen dafür, den Rechtspopulismus als europäisches Phänomen in der politischen Bildung ernst zu nehmen. Zum einen lernen rechtspopulistische Parteien voneinander, übernehmen beispielsweise Themen und Inszenierungsformen wie an der praktisch identischen Gestaltung von Kampagnen gegen den Bau von Minaretten durch die Schweizer Volkspartei (SVP), den französischen „Front National“ (FN) und die deutschen „Pro“-Zusammenschlüsse in den Jahren 2006 bis 2010 zu sehen war. Zweitens gelingt es ihnen trotz eines real geringen Vernetzungsgrads, das Bild einer europäischen Bewegung zu inszenieren, wie etwa der Auftritt von Marine Le Pen und Geert Wilders im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 belegt, in dem sie die Gründung einer „Europäischen Allianz für die Freiheit“ (SPON, 23.11.2013) angekündigt haben. Diesen Politiker_innen ist es in den vergangenen Jahren gelungen, auf kommunaler, regionaler und – im Falle der Niederlande – nationaler Ebene in Regierungsverantwortung zu kommen. Sie haben dabei den politischen Diskurs beispielweise zu Fragen der Asyl- und Flüchtlingspolitik, dem Zusammenleben in der Migrationsgesellschaft und nicht zuletzt zur Europäischen Integration mit populistischen Forderungen nach rechts verschieben können und dafür auch in Deutschland hohe mediale Aufmerksamkeit erhalten. Der dritte und langfristig wichtigste Grund liegt allerdings in der Funktion, die „Europa“ in rechtspopulistischen Diskursen und Argumentationsmustern spielt. Rechtspopulistische Parteien nutzen die Chiffren „Europa“, „Brüssel“ oder „EU“ einer-

seits als Projektionsfläche für ihre gegen das politische und gesellschaftliche Establishment gerichteten Diskurse. Europa erscheint in ihrer Darstellung als abgehobenes Projekt korrupter Eliten, die den Kontakt zu den Ängsten und Sorgen der Bevölkerung verloren haben und durch ihr Handeln die kulturellen Traditionen und die nationale Souveränität der einzelnen Mitgliedsstaaten untergraben. Andererseits wird Europa von Rechtspopulist_innen aber auch als positiver Referenzpunkt missbraucht, um eine westliche Wertegemeinschaft der Freiheit zu konstruieren, die es gegen eine vermeintliche „Islamisierung“ zu verteidigen gilt (vgl. ausführlich den Beitrag von Häusler in diesem Band).

Rechtspopulismus als Diskursstruktur und Politikstil

Die Berliner Politikwissenschaftlerin Paula Diehl bezeichnet Populismus als eine „Diskursstruktur“ und hält fest: „[Rechtsp]opulismus ist [...] die Brücke dafür, rechtsradikale Ideologeme innerhalb der Demokratie zu vermitteln und zugleich ihre Prinzipien wie Gleichheit, Pluralität und Toleranz auszuhöhlen. [...] [D]ahinter verbirgt sich das Bild einer homogenen Gesellschaft, die Pluralismus ablehnt und Rassismus anpreist.“ (Diehl 2014, 55) Die identitätspolitischen Argumentationsmuster des Rechtspopulismus beruhen auf dem Denken in Dichotomien und unüberbrückbaren gesellschaftlichen Konfliktlagen. Referenzgröße des rechtspopulistischen Diskurses ist das „Volk“, dem homogene, in nationalen und ethnischen Kategorien gedachte Charakteristika, Einstellungen und Werte zugeschrieben werden. Die pluralistische Realität der Migrationsgesellschaft und der heutigen Gesellschaft mit ihren individuellen Lebensentwürfen, unterschiedlichen politischen, sozialen, kulturellen oder religiösen Milieus und die Vielfalt konkurrierender Sinnstiftungsangebote blenden Rechtspopulist_innen bewusst aus oder diskreditieren sie als „Werterelativismus“ und „Multikulti“. Den Unsicherheiten der Spätmoderne, in der jede_r Einzelne permanent mit Entscheidungen über seine Werte, Lebensentscheidungen und damit letztlich seine eigene Identität konfrontiert ist, setzen rechtspopulistische Politiker_innen ein Versprechen entgegen: Sie suggerieren, dass es möglich sei, zu alten Sicherheiten zurückzukehren und Unübersichtlichkeit durch klare traditionelle Werte zu ordnen.

Der Politikstil des Rechtspopulismus lebt dabei vom realen oder inszenierten Konflikt zum etablierten Parteiensystem und der „political correctness“ einer angeblich herrschenden Elite. Er braucht die Skandalisierung, um mediale Öffentlichkeit zu kreieren und damit die eigene Rolle als „Tabubrecher“ und Stimme der Vernunft und des

Volkes zu veranschaulichen. Auf wissenschaftliche Argumente wird mit dem Verweis reagiert, unliebsame Meinungen sollten totgeschwiegen werden. Dieses Muster, das sich in dem Satz „Das muss man doch endlich einmal sagen dürfen“ zusammenfassen lässt, ließ sich in Deutschland besonders deutlich in der Debatte um das Buch „Deutschland schafft sich ab“ des ehemaligen Berliner Finanzsenators und Bundesbankdirektors Thilo Sarrazin nachvollziehen (Sarrazin 2010). Der „Ghostwriter einer verängstigten Gesellschaft“ (Schirrmacher 2010) wurde trotz offen rassistischer und inhaltlich widerlegbarer Argumente von einer Allianz bekannter Sympathisant_innen wie dem Publizisten Hendryk M. Broder oder dem Philosophen Peter Sloterdijk unterstützt. Dieser sagte gegenüber dem Magazin Cicero: „Wir haben uns – unter dem Deckmantel der Redefreiheit und der unbehinderten Meinungsäußerung – in einem System der Unterwürfigkeit, besser gesagt: der organisierten sprachlichen und gedanklichen Feigheit eingerichtet, das praktisch das ganze soziale Feld von oben bis unten paralyisiert.“ (Cicero 11/2009, zitiert nach Bahners 2011, 15) Sarrazins jüngstes Buch „Der neue Tugendterror“ (Sarrazin 2014) folgt diesem bewährten Skandalisierungsschema, indem der Autor wiederum beklagt, dass in Deutschland unliebsame Meinungen von Politik und Medien unterdrückt, während erwünschte Ansichten als Tatsachen dargestellt würden. Zu diesen Äußerungen schreibt Jakob Augstein: „Aber er selbst tut nichts anderes. Er widerlegt immerzu Prämissen, die außer ihm niemand aufstellt. Er behauptet, sich jeder Polemik zu enthalten,

während er in Wahrheit fortwährend polemisiert. Das erste unterläuft die Logik. Das zweite die Redlichkeit.“ (Augstein 2014) Auch die Medien, die für die Inszenierung von Debatten Gegenpositionen benötigen, tragen dazu bei, Argumente und Positionen, die in einem demokratischen Rechtsstaat wegen ihres menschenrechtswidrigen, rassistischen Charakters nicht unwidersprochen bleiben dürfen, einer breiten Öffentlichkeit als diskussionswürdige Alternativen zu präsentieren und auf diese Weise salonfähig zu machen (vgl. ausführlich Bade 2013 und Bahners 2011). Damit ist die Gefahr verbunden, dass die Qualität politischer Auseinandersetzungen leidet und es für die Bürger_innen immer schwieriger wird, zwischen Fakten und Ideologie zu unterscheiden beziehungsweise die Qualität einzelner Argumente zu bewerten. Es stellt sich daher die Frage, wie Politik, Medien und Zivilgesellschaft auf populistische Initiativen reagieren können, ohne selbst ungewollt als Teil der Skandalisierungsmaschinerie zu fungieren (vgl. Bauer 2013, 30 f.).

Politische Bildung leistet an dieser Stelle einen wichtigen Beitrag, wenn sie diese Mechanismen der Skandalisierung und den Politikstil des Rechtspopulismus offenlegt und zeigt, wie dadurch Probleme erst in einer spezifischen Weise gedeutet werden. Aufgrund der Mischung von vermeintlicher Wissenschaftlichkeit, arrangierten Fakten und Polemik, die beispielsweise den Stil von Sarrazin prägt, besteht ansonsten die Gefahr, sich in der vorgegebenen Rahmung zu verfangen und den Vorwurf zu bedienen, dass angebliche Wahrheiten tabuisiert werden sollen.

Alternative zum Nationalismus: Das kosmopolitische Europa

Mit Blick auf Europa ist festzuhalten, dass die eben skizzierten Weltbilder sowohl innerhalb der Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten Ungleichwertigkeitsvorstellungen verstärken als auch zur Konstruktion neuer Abgrenzungen zwischen den europäischen Gesellschaften führen. Das Konzept des so genannten „Ethnopluralismus“ (vgl. den Beitrag von Johannes Baldauf in diesem Band) erlaubt es zwar rhetorisch – nach dem Motto „Jeder auf seiner Scholle“ – eine Differenz der national-homogen Mitgliedsstaaten der EU anzuerkennen. Die Erfahrung der ‚Eurokrise‘ zeigt aber, dass diese Konstruktion auch innerhalb des ethnopluralistischen Flügels brüchig ist und unter Rückgriff auf tradierte Stereotypen schnell neue Differenzlinien, zum Beispiel gegen vermeintlich faule ‚Südländer‘ oder den ‚unzivilisierten Balkan‘, reaktiviert werden können. Das Ideal der Rechtspopulist_innen von Europa ist das einer ‚Kampfgemeinschaft wiedererstarkender Nationalstaaten, in denen gute Patrioten sich über streng

bewachte Landesgrenzen hinweg die Hände reichen zum gemeinschaftlichen Kampf gegen das ‚System Islam‘ sowie gegen Schnorrer aus balkanischen Randbezirken und aus Griechenland“ (FAZ, 5.9.2011).

Die Narrative der ‚Kampfgemeinschaft‘ und damit verbundenen Praktiken von Ausgrenzung und Diskriminierung lassen sich nur dann wirksam bekämpfen, wenn dem ein grundlegend anderes Verständnis Europas und der europäischen Bürgerschaft entgegen steht, das auf der Anerkennung von Differenz und dem Schutz von gleichen Rechten und Teilhabechancen gründet. Ulrich Beck und Edgar Grande haben 2004 die Vision eines kosmopolitischen Europas formuliert (Beck/Grande 2004). Sie kritisieren, dass Europa „an einem nationalen Selbstmißverständnis“ kranke und damit noch immer der falschen Wahrnehmung folge, dass es nur entweder die Nation oder Europa geben könne und folglich die nationale Souveränität gegen eine europäische Identität verteidigt werden

oben: Jugendliche diskutieren bei einem Akademie-Workshop Wege aus der ‚Eurokrise‘. Im Gespräch mit Dr. Wolf Klinz, ALDE, in der Evangelischen Akademie. **unten:** Teilnehmer:innen der Tagung „salonfähig, trittsicher“ in der Evangelischen Akademie Frankfurt.

müsse. „Begriff und Idee des ‚kosmopolitischen Europa‘ brechen mit dieser Entweder-Oder-Logik der Europäisierung, mit dem nationalen Blick und dem methodologischen Nationalismus“ (ebd., 14). Damit zeichnen die Autoren das Bild eines offenen politischen Projekts, das nicht versucht, „Europa über vorpolitische, ‚kulturelle‘ Gemeinsamkeiten zu definieren“ (ebd., 22). Sie plädieren für ein zugleich selbstkritisches wie selbstbewusstes Europa: „Die Traditionen des Kolonialismus, des Nationalismus, der Vertreibung und des Völkermordes sind europäischen Ursprungs, aber ebenso sind es die Werte und Rechtskategorien, an denen sie gemessen und als Verbrechen gegen die Menschheit verurteilt werden.“ (ebd., 21) Die zentrale Vision dieses kosmopolitischen Europas lautet, dass es „für eine besondere Form des gesellschaftlichen Umgangs mit kultureller Andersartigkeit“ stehe (ebd., 25, Hervorhebung im Original): Die Strategie eines „national“ gedachten Europas bestünde darin, Unterschiede nach innen zu vereinheitlichen und sich nach außen abzugrenzen. Kosmopolitismus hingegen zeichnet sich dadurch aus, dass „im Denken, Zusammenleben und Handeln die Anerkennung von Andersheit zur Maxime wird, und zwar sowohl im Innern als auch nach außen. Unterschiede werden weder hierarchisch geordnet noch aufgelöst, sondern als solche akzeptiert, ja positiv bewertet. Der Kosmopolitismus bejaht, was in den Positionen der hierarchischen Verschiedenheit und der universellen Gleichheit ausgeschlossen ist: die Anderen als verschieden und als gleich wahrzunehmen“ (ebd., 27, Hervorhebung im Original).



Die Pointe liegt darin, dass ein solches kosmopolitisches Europa Nationen voraussetze und zugleich von innen her öffne: „Das Kosmopolitische verändert und bewahrt, es öffnet die Geschichte, Gegenwart und Zukunft einzelner Nationalgesellschaften und das Verhältnis der Nationalgesellschaften zueinander“ (ebd., 32). Zugleich bezieht sich das kosmopolitische Europa aber auf universelle Normen; für die Stabilisierung eines positiven Selbstverständnisses bedarf es daher gerade nicht des Rückgriffes auf innere Homogenisierungs- und externe Abgrenzungsstrategien. Die Spannungen zwischen dieser Vision eines

zukünftigen europäischen Selbstverständnisses und aktuellen Strategien beispielsweise im Bereich der Asyl- und Flüchtlingspolitik sind offensichtlich.

Handlungsempfehlung 1: Thematisierung von Diversität statt europäischer Identität

In der Logik des Nationalismus besteht letztlich ein un-aufhebbarer Gegensatz zwischen dem Fortbestehen der Nation und der Europäischen Integration. Diese Gegenüberstellung ist der Nährboden für das Vordringen rechts-populistischer Argumentationsmuster in den europäischen Gesellschaften und deren Abgrenzung untereinander. Folgerichtig muss eine europabezogene politische Bildung diesen Gegensatz überwinden und stattdessen eine Wahrnehmung fördern, dass es bereits heute eine transnationale europäische Gesellschaft gibt, deren Stabilität in der Anerkennung von Differenz besteht.

Die offiziellen Diskurse, auch von „proeuropäischen“ Politiker_innen, sind in dieser Hinsicht häufig keine Hilfe, weil sie Begründungsnarrative konstruieren, die gerade nicht Offenheit und den Umgang mit Ambivalenz oder Differenz zum Inhalt haben, sondern Eindeutigkeit versprechen und versuchen eine Entwicklungslinie von der griechischen Antike über die Aufklärung bis zum „Friedensprojekt Europa“ zu ziehen. Solche Großerzählungen erscheinen schon vor dem Hintergrund der unterschiedlichen, national gedeuteten Perspektiven in Europa äußerst problematisch, weil sie Antagonismen, konfligierende Lesarten und Ambivalenzen zu vereinheitlichen suchen und asymmetrische Machtverhältnisse ausblenden. Vor allem aber können sie nicht die vielfältigen Erfahrungen repräsentieren, die in den von Migration und gesellschaftlicher Diversität geprägten europäischen Gesellschaften heute vorhanden sind. Jeder Versuch der Konstruktion einer europäischen Großerzählung birgt die Gefahr eines neuen Eurozentrismus und der Hervorhebung einer vermeintlich überlegenen „europäischen Zivilisation“. Dies wird in den Versuchen rechtspopulistischer Parteien deutlich, ihre Islamfeindlichkeit mit Verweis auf die Gefährdung der „europäischen“ Errungenschaften Meinungsfreiheit, Frauenrechte, Gleichberechtigung Homosexueller und Laizismus zu rechtfertigen.

Politische Bildung sollte sich demgegenüber ausdrücklich nicht der Schaffung einer europäischen Identität verschreiben. Zum einen ist eine solche normative Zielsetzung mit ihrem Selbstverständnis unvereinbar, Kontroversen zuzulassen und die eigene Reflexion zu befördern. Zum anderen würde sich ein solcher Ansatz weiterhin in einem nationalstaatlich geprägten Kategoriensystem bewegen,

in dem das Vorhandensein einer gemeinsamen Identität zur Voraussetzung der Legitimation eines Staates gemacht wird (Richter 2004, 176 f.; Massing 2004, 153). Deutlich wird dies, wenn Jugendliche mit der Frage konfrontiert werden, ob es eine europäische Identität gibt und welche Länder (nicht) zu Europa gehören. Ohne Moderation kann dann schnell eine Abwägung zwischen entweder nationaler oder europäischer Zugehörigkeit entstehen und das europäische Projekt als illegitim erscheinen.

Eine kosmopolitisch reflektierte politische Bildung sollte dagegen die innere Diversität der europäischen Gesellschaften und die Vielschichtigkeit historischer Erfahrungen zum Ausgangspunkt nehmen. Gewinnbringend sind hier zum Beispiel Zugänge, die es Jugendlichen ermöglichen, sich über ihre individuellen, biographischen Erfahrungen den unterschiedlichen Deutungen historischer Ereignisse in der Gegenwart anzunähern, sich über Erinnerungskulturen auszutauschen, vor allem aber auch Leerstellen im kollektiven Gedächtnis der jeweiligen Bezugsgruppen zu identifizieren. So kann die Fähigkeit entstehen, die Vielschichtigkeit der eigenen Identität und anderer Teilnehmer_innen als Bereicherung zu erfahren. Dies war auch der Ansatz der Evangelischen Akademie Frankfurt, der Kreisau-Initiative, der Bildungsstätte Anne Frank und weiterer Projektpartner bei dem internationalen Projekt „Once upon today“ (vgl. Jantschek/Szaflik 2013). Dabei erkundeten junge Erwachsene aus Deutschland, Polen, der Ukraine und Israel, welche Berührungspunkte, Übereinstimmungen und Spannungen zwischen ihren eigenen Biographien, den Erzählungen der Gemeinschaften, denen sie sich zugehörig fühlen, und den „offiziellen“ Geschichtsschreibungen ihrer Länder bestehen. In diesem Prozess wurden sie für unterschiedliche Perspektiven sensibilisiert und identifizierten Leerstellen im jeweiligen kollektiven Gedächtnis, beispielsweise die Ausblendung der Erfahrungen von Minderheiten und gesellschaftlicher Vielfalt.

Handlungsempfehlung 2: Streit über Alternativen statt 'mehr-oder-weniger-Europa'

Die zweite Handlungsempfehlung aus einer kosmopolitischen Perspektive besteht darin, einen ergebnisoffenen, aber informierten Streit über die Themen zu ermöglichen, denen Rechtspopulist_innen mit Abgrenzung, Entsolidarisierung und Nationalismus begegnen wollen. Aktuell sind dies unter anderem die Überwindung der europäischen Staatsschuldenkrise, der Umgang mit Mobilität von Arbeitskräften in Europa, die europäische Migrations- und Flüchtlingspolitik und die Frage nach der zukünftigen Gestalt Europas.

Es gab es in den vergangenen Jahren einige interessante Debattenbeiträge, die Impulse für einen neuen europäischen Gesellschaftsvertrag (Beck 2012), eine transnationale solidarische Ökonomie als Basis einer europäischen Demokratie (Negt 2012) und eine europäische *res publica* formulieren (Gauck 2013; Guérot/Menasse 2013; Menasse 2012; Goulard/Monti 2012). Gemeinsam ist all diesen Ansätzen, dass sie Fragen der demokratischen Mitbestimmung der europäischen Bürger_innen und der Zukunft der europäischen Demokratie mit einem Plädoyer für mehr transnational gedachte soziale Gerechtigkeit und der Frage nach gemeinsamen politischen Projekten Europas und seiner Rolle in der Welt verbinden. Tatsächlich hat gerade die ‚Krise‘ seit 2009 verdeutlicht, dass der einfache Gegensatz zwischen ‚mehr‘ und ‚weniger‘ Europa noch der Logik eines Integrationsprozesses entspricht, über den die Regierungen der Mitgliedsstaaten souverän entscheiden können. Die Integrationsdynamik, die sich spätestens aus der Einführung einer gemeinsamen Währung im Hinblick auf die Gestaltung europäischer Regeln im Bereich der Wirtschafts-, Finanz- und Fiskalpolitik ergeben hat, zeigt aber, dass stattdessen über alternative Politikangebote diskutiert werden muss. So gehen die Meinungen darüber, mit welchen Maßnahmen die Instabilität der Eurozone überwunden werden soll, nicht nur anhand von nationalen Interessen auseinander. Vielmehr gibt es unterschiedliche ordnungspolitische Vorstellungen zwischen den Parteien, Interessensgruppen, zivilgesellschaftlichen Akteuren und Expert_innen in Europa. Insofern birgt die Krise die Chance einer stärkeren Politisierung jenseits national konstruierter Interessensgegensätze und damit Ansatzpunkte für die politische Bildung, um die Bedeutung Europas für die Rückgewinnung politischer Gestaltungsmacht über die Märkte zu thematisieren. Mit dieser Zielsetzung hat die Evangelische Akademie Frankfurt beispielsweise Tagungen zur Zukunft der Europäischen Union und zum Thema „Verantwortung und Solidarität in Europa“ angeboten, in denen sich Jugendliche

mit konträren Sichtweisen auseinandersetzen und dazu kreativ mit Hilfe digitaler Medien Meinungen, Wünsche und Anliegen entwickeln konnten (vgl. Jantschek; Schad-Smith 2013). Dabei bieten sich erfahrungsgemäß Themen an, die die Lebenssituation junger Menschen aufgreifen und an ihrem Alltag ansetzen: die Jugendarbeitslosigkeit in Europa, Mobilität, Bildung und Ausbildung – und damit verbundene Fragen, in welcher Gesellschaft junge Menschen in Zukunft leben wollen, welche Erwartungen an eigene politische Mitbestimmungsmöglichkeiten und welche Vorstellungen von Gerechtigkeit sie haben. Daneben muss es um transnationale und globale Problemlagen gehen, die verdeutlichen, dass der Rückzug in das nationalstaatliche Schneckenhaus wenig überzeugend ist und die Europäer_innen gemeinsame Interessen global vertreten müssen, um mit ihrem Vorstellungen gehört zu werden, so etwa in der Klimapolitik, dem Einsatz für Menschenrechte und Sozialstandards. Ein solcher Ansatz vertraut auf die Errungenschaften und Potentiale der EU. Ein Fehler wäre es allerdings auch, dabei vor Themenfeldern zurückzuschrecken, die die EU bzw. ihre bisherigen Politiken in einem kritischen Licht erscheinen lassen, wie etwa die Migrations- und Flüchtlingspolitik oder das Management der Eurokrise. Gerade diese verdeutlichen, dass Europa ein politisches Projekt ist, das die Diskussion über alternative Lösungswege und die Schaffung neuer Gestaltungsspielräume für seine Entwicklung dringend braucht. Erst dieser Streit und die Möglichkeit, zwischen unterschiedlichen Positionen zu wählen, machen Politik interessant. Politische Bildung kann dabei Wissen und die Fähigkeit zum Perspektivwechsel, Verständnis für Akteure, Interessen und Interdependenzen vermitteln, die Voraussetzung für einen „informierten und urteilsfähigen Zuschauer“ sind. Sie kann Beteiligungsmöglichkeiten aufzeigen und zur Beteiligung ermutigen bzw. Kompetenzen für aktives bürgerschaftliches Engagement anbieten, sei es unter dem Leitbild eines „interventionsfähigen Bürgers“ oder eines „Aktivbürger[s]“ (vgl. Massing 2004, 150).

Fazit

Europäische Bürger_innen: verschieden und gleich

Ein kosmopolitischer Blick in der politischen Bildung sensibilisiert dafür, Jugendlichen und jungen Erwachsenen einen Raum zu bieten, in dem sie sich als Bürger_innen einer politischen Gemeinschaft erleben, die von Vielfalt und Differenz, aber auch gemeinsamen politischen Projekten geprägt ist. Langfristig ist dies die notwendige Strategie, um dem rechtspopulistischen Politikstil, seinen Ungleichwertigkeitsvorstellungen, simplen Politikangeboten und

falschen Gegenüberstellungen erfolgreich entgegen zu wirken. Der Begriff der Bürger_in verweist dabei auf ein integratives Konzept. Zugehörigkeit bemisst sich nicht nach irgendwie ethnisch oder kulturell konstruierten Kategorien, sondern nach der Bereitschaft sich mit der europäischen Demokratie zu identifizieren und sich in ihr zu engagieren. Die Europäischen Bürger_innen sind dabei verschieden und ihren Rechten nach gleich.

Ole Jantschek studierte Internationale Beziehungen und Osteuropastudien in Dresden, Lausanne, Krakau und Berlin. Er arbeitet bei der Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung (ET) in Berlin. Zuvor war er von 2010 bis 2013 Studienleiter für Politik und gesellschaftspolitische Jugendbildung an der Evangelischen Akademie Frankfurt. Arbeitsschwerpunkte: Europäische Bürgerschaft, Historisch-politische Bildung. Er ist Vorsitzender der Kreisau-Initiative e.V.

Literatur

- Augstein, Jakob (2014): Böser Geist der sozialen Kälte. S.P.O.N. – Im Zweifel links, Spiegel Online 24.2.2014, online verfügbar: <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jakob-augstein-zum-neuen-buch-von-thilo-sarrazin-a-955247-druck.html>, Zugriff: 27.2.2014.
- Bade, Klaus J. (2013): Kritik und Gewalt. Sarrazin-Debatte, ‚Islamkritik‘ und Terror in der Einwanderungsgesellschaft, Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.
- Bahners, Patrick (2011): Die Panikmacher. Die deutsche Angst vor dem Islam. Eine Streitschrift, München: C. H. Beck.
- Bauer, Werner T. (2010): Rechtspopulismus in Europa. Vergängliches Phänomen oder auf dem Weg zum politischen Mainstream?, Internationale Politikanalyse, Friedrich-Ebert-Stiftung, online verfügbar: <http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/07293.pdf>, Zugriff: 27.2.2014.
- Beck, Ulrich (2012): Das deutsche Europa. Neue Machtlandschaften im Zeichen der Krise, Berlin: edition suhrkamp digital.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2004). Das kosmopolitische Europa. Gesellschaft und Politik in der zweiten Moderne, Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2012): Die Mitte im Umbruch. Rechts-extreme Einstellungen in Deutschland 2012, herausgegeben von Ralf Melzer im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung, online verfügbar: http://www.fes-gegen-rechtsextremismus.de/pdf_12/mitte-im-umbruch_www.pdf, Zugriff: 27.2.2014.
- Diehl, Paula (2014): Von wegen gut für die Demokratie: Runter mit der Maske, The European 1/2014, 54–55.
- Dürr, Benjamin (2013): Initiative von Wilders und Le Pen: Europas Rechtspopulisten wollen Brüssel entmachten, Spiegel Online 23.11.2013, online verfügbar: <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-parlament-wilders-und-le-pen-gruenden-allianz-fuer-die-freiheit-a-933458.html>, Zugriff: 27.2.2014.
- Guérot, Ulrike/Menasse, Robert (2013): Es lebe die Europäische Republik!, FAZ, 28.3.2013, online verfügbar: <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/eurokrise/zukunft-europas-es-lebe-die-europaeische-republik-12126084.html>, Zugriff: 27.2.2014.
- Goulard, Sylvie/Monti, Marion (2012): De la démocratie en Europe. Voir plus loin, Paris: Flammarion.
- Jantschek, Ole/Szaflik, Joanna (2013): Once upon today. Project Documentation, online verfügbar: <http://www.once-upon-today.org/2013/02/project-documentation>, Zugriff: 27.2.2014.
- Jantschek, Ole/Schad-Smith, Simone (2013): Unser Europa der Zukunft. Jugendliche entwickeln und bloggen ihre Wünsche, Ideen und Visionen, in: Waldmann, Klaus/Erben, Friedrun (Hg.): Digitale Medien in der politischen Jugendbildung. Blogs, Clips und Apps, Berlin: Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung, 19–28.
- Klein, Anna/Heitmeyer, Wilhelm (2012): Demokratie auf dem rechten Weg. Entwicklungen rechtspopulistischer Orientierungen und politischen Verhaltens in den letzten zehn Jahren, in: Heitmeyer, Wilhelm (Hg.): Deutsche Zustände. Folge 10, Berlin: Suhrkamp, 87–104.
- Massing, Peter (2004): Bürgerleitbilder – Anknüpfungspunkte für eine europazentrierte Didaktik, in: Weißeno, Georg (Hg.): Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 144–157.
- Menasse, Robert (2012): Der Europäische Landbote: Die Wut der Bürger und der Friede Europas oder Warum die geschenkte Demokratie einer erkämpften weichen muss, Wien: Zsolna.
- Negt, Oskar (2012): Gesellschaftsentwurf Europa, Göttingen: Steidl.
- Richter, Dagmar (2004): „Doing Europe“ statt „Europäische Identität“ als Ziel politischer Bildung, in: Weißeno, Georg (Hg.): Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung, 172–184.
- Sarrazin, Thilo (2014): Der neue Tugendterror: Über die Grenzen der Meinungsfreiheit in Deutschland, München: DVA.
- Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab: Wie wir unser Land aufs Spiel setzen, München: DVA.
- Schirrmacher, Frank (2010): Ein fataler Irrweg, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 29.8.2010, online verfügbar: <http://www.faz.net/aktuell/feuilleton/sarrazin/die-debatte/sarrazins-konsequenz-ein-fataler-irrweg-11022033.html>, Zugriff: 27.2.2014.

Die Vielfalt-Mediathek des IDA e.V.

Dokumentation, Information und Nachhaltigkeit

Lokales Engagement gegen Rassismus, Beratung zum Thema Rechtsextremismus, Unterstützung von Flüchtlingen bei der Arbeitssuche oder Demokratieerziehung in der Kita – zahlreiche zivilgesellschaftliche Projekte, die sich solchen Aufgaben widmen, werden durch die Bundesprogramme „Toleranz fördern – Kompetenz stärken“ des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend sowie die XENOS-Programme des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales gefördert.

Die Projekte haben eine Vielzahl von Materialien erstellt: Bücher, Broschüren, Arbeitshilfen, Filme, aber auch Webportale, Kalender, Spiele und Musik-CDs. Für andere Projektträger, Multiplikator_innen und Interessierte sind das Wissen und die Kompetenzen, die in den einzelnen Projekten entstanden sind, eine unschätzbare Hilfe für die (Fort-)Entwicklung wirksamer Strategien gegen Rechtsextremismus und Rassismus.

Um die Projektmaterialien einer interessierten Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen und die Nachhaltigkeit der Projekte zu sichern, recherchiert und archiviert die Vielfalt-Mediathek des IDA e.V. in Kooperation mit dem

DGB Bildungswerk Bund Materialien aus den derzeit laufenden Bundesprogrammen. Darüber hinaus finden sich in der Mediathek Publikationen der Vorläuferprogramme „Vielfalt tut gut. Jugend für Toleranz und Demokratie“ und „kompetent. für Demokratie – Beratungsnetzwerke gegen Rechtsextremismus“. Das Themenspektrum reicht von Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus über Migration und Migrationsgeschichte bis zu Interkulturellem Lernen, Diversität und Demokratieerziehung.

Mittlerweile stellt die Vielfalt-Mediathek fast 1900 Medien zur Verfügung, die auf www.vielfalt-mediathek.de recherchiert, heruntergeladen oder für 14 Tage kostenlos ausgeliehen werden können. Die Recherche ist über eine Suchmaske möglich, die Ausleihe erfolgt online.

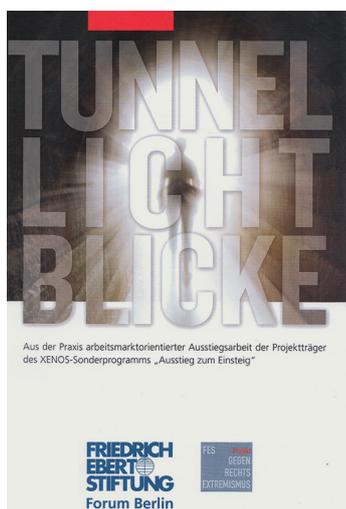
Alle in diesem Reader vorgestellten Materialien zum Thema Rechtsextremismus sind über die Vielfalt-Mediathek zu beziehen.



Broschüre der Vielfalt-Mediathek zu den Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus (2014)

Seit über 20 Jahren werden immer wieder Bundesprogramme gegen Rechtsextremismus aufgelegt. Es ist daher an der Zeit, Bilanz zu ziehen. Die Vielfalt-Mediathek, die als eine von wenigen Institutionen über einen Gesamtüberblick verfügt, hat eine Broschüre herausgegeben, die sich mit den unterschiedlichen Bundesprogrammen gegen Rechtsextremismus auseinandersetzt. Ausgewiesene Expert_innen besprechen die vielen unterschiedlichen Facetten und Themen der verschiedenen Bundesprogramme – wie Präventionskonzepte oder Auswirkungen auf die extreme Rechte – und unterziehen sie einer konstruktiven Analyse und Bewertung.

Ausgewählte Materialien aus der Vielfalt-Mediathek:



Friedrich-Ebert-Stiftung Forum Berlin (Hg.) (2012):

Tunnel Licht Blicke

Aus der Praxis arbeitsmarktorientierter Ausstiegsarbeit der Projektträger des XENOS-Sonderprogramms „Ausstieg zum Einstieg“

Das Xenos-Sonderprogramm „Ausstieg zum Einstieg“ fördert Projekte, die ausstiegsorientierte Arbeit gegen Rechtsextremismus leisten. In einer gemeinsamen Broschüre, herausgegeben von der Friedrich-Ebert-Stiftung, stellen sich die Projektträger einer breiten Öffentlichkeit vor.

Die Publikation stellt die Projekte vor und schildert Fallbeispiele aus ihrer Arbeit. Dabei wird die Vielfalt der Themen und Ansätze deutlich: Der erste Teil der Broschüre stellt die präventive Ausstiegsarbeit dar, der zweite Teil widmet sich den Ansätzen der sozialraumorientierten Ausstiegsarbeit und der dritte Teil behandelt die unmittelbare Ansprache von Individuen oder Gruppen sowie die Auseinandersetzung mit der extrem rechten Ideologie. Eingeleitet werden die jeweiligen Kapitel mit kurzen Definitionen der jeweiligen Ansätze, dann folgt die Darstellung der Projekte.



Fels, Patrick/Muckel, Julian (2013):

Demokratie als Aufgabe

herausgegeben von FORENA Forschungsschwerpunkt Rechtsextremismus/Neonazismus, Fachhochschule Düsseldorf

Die Expertise, die von Patrick Fels und Julian Muckel im Auftrag von „Arbeit und Leben DGB/VHS“ erstellt wurde, legt ihren Fokus auf Strömungen, Handlungen und Tendenzen der extremen Rechte in der Stadt Aachen und ihrer unmittelbaren Umgebung. Es werden die unterschiedlichen Gruppierungen der äußersten Rechten in Aachen und Umgebung vorgestellt sowie ihre Strategien zur Machtgewinnung analysiert. Die Autoren stellen dagegen Konzepte vor, wie Kommunen allgemein und Aachen speziell auf diese Bedrohungen reagieren können, und welche Möglichkeiten existieren, Gruppierungen der extremen Rechten in diesem Rahmen nachhaltig etwas entgegenzusetzen.



Brückner, Stefan (2013):

Kita-Beratung zur Demokratieförderung – gegen Rechtsextremismus

herausgegeben von der Landeskoordinierungsstelle Jugendstiftung
Baden-Württemberg

Der Umgang mit Kindern aus extrem rechten Familien in Kindertagesstätten und Kindergärten beschäftigt seit längerem Erzieher_innen und Eltern. Seien es neonazistische Symbole auf den Kleidern der Kinder, extrem rechte Eltern, die sich in der Elternarbeit einbringen oder Kinder, die beim Malen Hakenkreuze zeichnen: Es gibt viele Fälle und Beispiele, bei denen ein sensibler Umgang erforderlich ist.

Die Broschüre der Jugendstiftung Baden-Württemberg geht auf das Thema „Rechtsextremismus in Kindertagesstätten“ ein und stellt eine fünfteilige Workshopreihe vor, bei der ein Kita-Team beraten und begleitet wurde. Die Publikation stellt die Inhalte der Workshops vor, gibt Fallbeispiele und stellt Kopiervorlagen zur Verfügung.

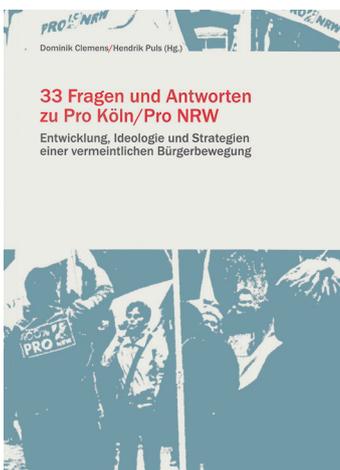


Rappenglück, Stefan (2013):

Planspiel Demonstrationen rechtsextremer Gruppierungen

herausgegeben vom Landesamt für Soziales, Jugend und Versorgung
Landesjugendamt Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus

Extrem rechte Aufmärsche und Demonstrationen sind ein Problem für viele Städte und Kommunen. Das Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus in Rheinland-Pfalz hat ein Planspiel entwickelt, um die rechtlichen Aspekte ebenso wie die Handlungsdynamik eines neonazistischen Aufmarschs zu beleuchten. Das Planspiel, das in der Broschüre vorgestellt wird, möchte die Teilnehmer_innen dazu anregen, trotz der Komplexität des Themas eigene Handlungskompetenzen zu entwickeln. Die Broschüre erläutert Zielsetzung und Ablauf des Planspiels und stellt Materialien für die Durchführung zur Verfügung. Das Planspiel, das auf 3–4 Stunden ausgerichtet ist, kann mit 25 bis maximal 86 Personen durchgeführt werden. Auf einer beigefügten CD finden sich Kopiervorlagen, Rollenprofile und Informationen zum Versammlungsrecht.



Dominik Clemens/Hendrik Puls (Hg.) (2014):

33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW

Entwicklung, Ideologie und Strategien einer
vermeintlichen Bürgerbewegung

Die extrem rechte Partei „Pro Köln“ und ihre kommunalpolitische Erweiterung „Pro NRW“ haben sich als feste Größe im Spektrum der extrem Rechten Nordrhein-Westfalens etabliert. Das Buch „33 Fragen und Antworten zu Pro Köln/Pro NRW“ stellt die Ideologie und Strategien der vermeintlichen Bürgerbewegungen vor, gibt Einblicke in das Unterstützerfeld und zeigt auf, aus welchem politischen Umfeld „Pro Köln“ und „Pro NRW“ stammen. Darüber hinaus weist das Buch Methoden aus, den Einfluss von „Pro Köln“ und „Pro NRW“ zurückzudrängen.

Adressen

Herausgeber_innen

Karima Benbrahim/Dr. Barbara Manthe
Informations- und Dokumentationszentrum
für Antirassismuarbeit (IDA) e.V.

Volmerswerther Straße 20
40221 Düsseldorf
Tel. 02 11/15 92 55-5
Fax 02 11/15 92 55-69

info@idaev.de
www.idaev.de

Ole Jantschek

Evangelische Trägergruppe für
gesellschaftspolitische Jugendbildung

Auguststraße 80
10117 Berlin
Tel. 030/28 39 54-47
Fax 030/28 39 54-70

jantschek@politische-jugendbildung-et.de
www.politische-jugendbildung-et.de

Organisationen, die sich europaweit gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Diskriminierung engagieren

European Network Against Racism
(ENAR)

60 Rue Gallait, 3rd Floor
B-1030 Brussels
Tel. +32/22 29 35-70
Fax +32/22 29 35-75

info@enar-eu.org
www.enar-eu.org

Netz gegen Rassismus, für gleiche Rechte
c/o DGB-Bundesvorstand
Referat Migrationspolitik

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Tel. 030/24 06 0-342

kontakt@netz-gegen-rassismus.de
www.netz-gegen-rassismus.de

Europäische Kommission gegen
Rassismus und Intoleranz (ECRI)
Secretariat of ECRI

Council of Europe
F- 67075 Strasbourg Cedex
Tel. +33 388/41 29 64
Fax +33 388/41 39 87

ecri@coe.int
www.coe.int/t/dghl/monitoring/ecri/

No Hate Speech Movement
Youth Department of the Council of Europe
European Youth Centre

30, rue Pierre Coubertin
F- 67000 Strasbourg
Tel. +33 388/41 23 00

youth.nohatespeech@coe.int
info@nohatespeechmovement.org
www.nohatespeechmovement.org

LICRA - ligue internationale contre
le racisme et l'antisémitisme

42, rue du Louvre
F-75001 Paris
Tél. +33 1/45 08 08 08
Fax +33 1/45 08 18 18

www.licra.org

UNITED for Intercultural Action
European network against nationalism,
racism, fascism and in support of
migrants and refugees

Postbus 413
NL -1000 AK Amsterdam
Tel. +31 20/68 34-778
Fax +31 20/68 34-582

info@unitedagainstracism.org
www.unitedagainstracism.org

ISSN 1616-6027